DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 14. August 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 187 - 33.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

POLITIK

Enttäuschung: Die Rede des südafrikanischen Präsidenten Pieter Botha (Foto) in Durban ist von der weißen liberalen Opposition in Südafrika mit Enttäuschung und Verbitterung aufgenommen worden. Botha hatte seine Gesprächsbereitschaft mit den Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik betont. (S. 5)



China: Die chinesische Führung mißt dem sowjetischen Vorschlag für beiderseitige Kürzungen bei den Grenztruppen „große Bedeutung" zu, erklärte Außenminister Wu Xuegian. Allerdings bestehen noch Hindernisse auf dem Weg zu einer Normalisierung der Beziehungen, hieß es.

Abberufung: Die peruanische Regierung hat ihren Botschafter aus der „DDR" zurückgerufen. Grund: Die „DDR" sei nicht auf die Aufforderung Limas eingegangen, Aufklärung über eine Waffenlieferung nach Peru zu schaffen, die für die dortigen Rebellen bestimmt gewesen sei.

Festnahme: Drei deutschstämmige Sowjetbürger sind in Moskau von der sowjetischen Polizei bei dem Versuch festgenommen worden, vor der Bonner Botschaft für ihre Ausreise in die Bundesrepublik zu demonstrieren. Die beiden Frauen und ein Mann wurden von den Polizisten gewaltsam daran gehindert, sich der Botschaft zu nähern. (S. 5)

Flucht: Acht Tschechoslowaken sind in Stockholm von ihrem sowjetischen Kreuzfahrtschiff „Michail Kalinin" geflüchtet. Sechs von ihnen baten in Schweden um politisches Asyl.

Indien: Das Oberhaus des indischen Parlaments hat die Schaffung sogenannter Schutzgebiete entlang der Grenze zu Pakistan befürwortet. Das Ziel ist es, den Kampf gegen Sikh-Extremisten besser führen zu können.

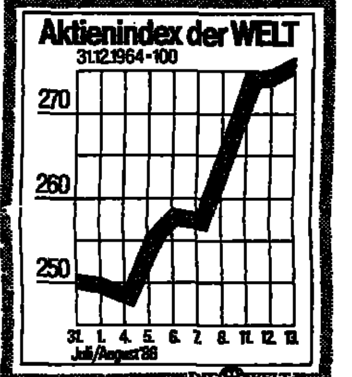
Kurdenangriff: Bei einem Überfall kurdischer Seperatisten auf einen Militärkonvoi in der südöstlichen Provinz Hakkari sind zwölf türkische Polizisten getötet worden. Der Kampf der Separatisten hat in den beiden vergangenen Jahren 410 Opfer gefordert.

Renten: Die Finanzen der Rentenversicherung sind nach Meinung des Bundesverbandes Deutscher Rentenversicherungsträger unter den jetzigen Umständen bis 1990 gesichert. Wegen der sich verändernden Bevölkerungsstruktur bestehe aber ein aktueller Handlungsbedarf, der zu gesetzgeberischen Maßnahmen führen müsse. Dies erklärte der Bundesgeschäftsführer, Rudolf Kolb.

WIRTSCHAFT

Stabilität: Der gegenwärtige geldpolitische Kurs sollte nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beibehalten werden. Dies sollte auch geschehen, wenn dabei die Zentralbankgeldmenge am Jahresende über dem offiziellen Zieltrichter der Bundesbank liege. Die Entwicklung komme den wachstumspolitischen Erfordernissen entgegen und eine erneute Inflation sei nicht zu befürchten, urteilt das DIW. (S. 9)

Börse: Am Aktienmarkt setzte sich der Aufwärtstrend fort. Der Rentenmarkt schloß knapp behauptet. WELT-Aktienindex 276,77 (275,05). BHF-Rentenindex 107,430 (107,427). BHF-Performance-Index 106,606 (106,574). Dollar-Mittelkurs 2,0690 (2,0719) Mark. Goldpreis je Feinunze 388,00 (384,00) Dollar.



KULTUR

Vergessen? Vor 50 Jahren starb die Literatur-Nobelpreisträgerin Grazia Deledda (Foto). In mehr als 40 Bänden beschrieb die Autodidaktin die Menschen und das Leben ihrer sardischen Heimat. Romane wie „Elias Portolu" oder „Der Efeu" machten sie bekannt. 50 Jahre nach ihrem Tod scheinen jedoch ihre Werke vergessen zu sein. (S. 17)



Entdeckt: Salzburg hat für sein Festspiel-Repertoire selten gespielte Oratorien entdeckt. So bot die Stadt bereits die Passion „Golgotha" von Frank Martin und Gabriele d'Annunzios „Le Martyre de Saint Sébastien" mit der Musik von Claude Debussy. Vorläufiger Höhepunkt ist Krzysztof Pendereckis Totentanz „Die schwarze Maske". Das Stück soll morgen abend in der Festspielstadt uraufgeführt werden. (S. 17)

SPORT

Allgemein: Das Vermögen des Deutschen Sportbundes (DSB) betrug Ende 1985 knapp neun Millionen Mark. Die Summe wird ausgewiesen durch ein Bankguthaben (4,96 Millioen Mark) und Wertpapiere (3,99).

Tennis: Die Saarbrückerin Claudia Kohde-Kilsch hat beim Turnier in Manhattan Beach die dritte Runde erreicht. Die an Nummer drei gesetzte Deutsche besiegte Sabrina Goles (Jugoslawien) mit 7:5, 6:2. (S.6)

AUS ALLER WELT

Zweifel: An den Darstellungen der vor Neufundland geborgenen tamilischen Bootsflüchtlinge (Foto) mehren sich die Zweifel. Entgegen ihrer Version scheinen sie nicht aus Indien, sondern aus der Bundesrepublik nach Kanada gelangt zu sein. (S. 18)

Stiche: Für die meisten Menschen sind Insektenstiche zwar schmerzhaft aber harmlos. Für Insekten-Allergiker jedoch kann ein Stich lebensbedrohlich werden. Eine „Schockapotheke" kann das Leben retten. (S. 18)



Leserbriefe und Personalien	Seite 5
Umwelt – Forschung – Technik	Seite 6
Fernsehen	Seite 16
Wetter: Leicht veränderlich	Seite 18

Morgen, am Tage Mariä Himmelfahrt, erscheint die WELT zur gewohnten Stunde; sie wird unseren Abonnenten in einigen Teilen Bayerns und im Saarland aber erst am Samstag zugestellt werden können, weil Regional- und Lokalzeitungen, mit denen wir zusammenarbeiten, am Freitag nicht erscheinen.

Kohl: Von Normalität kann in Deutschland keine Rede sein

Gedenkstunden zum 25. Jahrestag des Mauerbaus / Paraden in Ost-Berlin

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Führende Politiker der Bundesrepublik Deutschland mit Bundeskanzler Helmut Kohl an der Spitze appellierten gestern im Plenarsaal des Deutschen Reichstages an die „DDR", die Mauer durchlässiger zu machen und ein erträgliches Miteinander der Deutschen zu ermöglichen. Viele Berliner gedachten des Mauerbaus vor 25 Jahren in Gedenkstunden, Gottesdiensten und bei Kranzniederlegungen.

Im anderen Teil der Stadt ein militantes Bild: Elite-Einheiten der „Kampfgruppen" paradierten stundenlang vor Staats- und Parteichef Erich Honecker, dem Chefplaner dieses „Monuments der Unmenschlichkeit" (Kohl).

Die zentrale Gedenkstunde von Bundesregierung, Berliner Senat und Abgeordnetenhaus benutzte eine junge Mutter aus der „DDR", um während der Live-Übertragung in ZDF und ARD vor einem Millionenpublikum auf die unmenschliche Haltung der „DDR" aufmerksam zu machen. Ost-Berlin läßt ihre drei Kindern nicht in den Westen. Nach der Ansprache von Willy Brandt und vor der Rede des Kanzlers ging die Übersiedlerin ans Pult:

„Herr Brandt, ich bin ein Live-Beispiel, ich bin vier Jahre von meinen Kindern getrennt. Ich appelliere heute an Sie und an die Bundesregierung, alles zu tun, damit meine Kinder endlich bei mir sind ... Ich weiß nicht mehr, was ich tun soll. Die Hinhaltung von der Ostzone – es geht nicht mehr, Herr Brandt!"

SEITE 4:
Interview mit Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen

Als Hauptredner verband der Kanzler sein Bekenntnis zum Fortgang einer „Politik der kleinen Schritte zum Wohle der Menschen" mit dem Appell an die „DDR"-Führung, mehr Reiseerleichterungen zu verfügen. Dies könnte das politische Klima verbessern und „mehr Vertrauen schaffen"; denn die „DDR" sei heute weltweit als Staat anerkannt. Sie wirke innerlich gefestigter und verfüge über mehr eigenen Spielraum, „um die Folgen der Teilung für die Menschen zu mildern". Gleichwohl sei die „DDR" durch ein „Defizit an Legitimität" gekennzeichnet. „Solange es Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl gibt, kann von Normalität in Deutschland keine Rede sein."

Willy Brandt, vor 25 Jahren Regierender Bürgermeister der Stadt, erinnerte an die „Bitterkeit ohnmächtigen Zorns" jener Tage: „Es fehlt nicht viel, und die kalte Wut kommt wieder hoch." Der SPD-Vorsitzende setzte sich für die Fortsetzung der Entspannunspolitik ein, die mithelfen könne, die Mauer zu überwinden. Der Mauerbau sei im Rückblick auch als „geistiger Wendepunkt" in Richtung auf die spätere Ostpolitik zu sehen.

Der Regierende Bürgermeister Diepgen (CDU) forderte die andere Seite auf, „mehr Türen in der Mauer" zu öffnen und das Brandenburger Tor wieder als Übergang zu nutzen.

Auch Papst Johannes Paul II. gedachte gestern bei seiner Generalaudienz im Vatikan der Maueropfer. Auf Deutsch sagte er: „Laßt uns für die Toten, die Versöhnung und für den Frieden beten, für Gerechtigkeit und Freiheit."

DER KOMMENTAR

Neue Perspektiven

GÜNTER ZEHM

Die Erklärung des amerikanischen Präsidenten zum Mauerbau und seine diesbezüglichen Ausführungen in Chicago ergeben zusammen ein höchst bemerkenswertes Dokument. Reagan annonciert nicht mehr und nicht weniger als eine neue, aktive Etappe amerikanischer Berlin- und Mitteleuropapolitik.

Er werde das Problem der Mauer „ohne Zögern" beim Gipfel mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow anschneiden, sagte er in Chicago. „Noch vor dem nächsten Jahrestag" werde Berlin „Thema ernsthafter Diskussion zwischen Ost und West sein": so das offizielle Präsidenten-Statement. Dergleichen hat man lange nicht mehr gehört. Berlin tritt wieder aus dem Schlagschatten der Weltpolitik heraus.

Sensationell klangen auch Reagans historische Anmerkungen zum 13. August 1961 inklusive der implizierten Kritik an der damaligen Kennedy-Regierung. „Nie hätte die Mauer gebaut werden dürfen", sagte der Präsident; es sei eine eminente Verletzung des Vier-Mächte-Status gewesen. Die USA hätten sofort einschreiten müssen – und auch können, denn keinesfalls hätten die Sowjets der Mauer wegen Krieg riskiert.

Beides, die historische Kritik wie das aktuelle Versprechen, läßt erkennen, daß das gegenwärtige Washington nicht gewillt ist, auf Kosten der Eingemauerten einen tristen Status quo zu zementieren und damit eventuelle Abrüstungsfortschritte einzuhandeln.

Abrüstung und Humanisierung an den Grenzen sind in Reagans Augen nicht voneinander zu trennen, so wenig wie Frieden und Freiheit. Abbau der Raketen und Abbau der Grenzbefestigungen müssen im gleichen Takt erfolgen.

Bleibt nur zu hoffen, daß Bonn den Ball aufnimmt und zumindest in seiner deutschlandpolitischen Rhetorik zu einer Gleichbehandlung von Frieden und Freiheit zurückfindet. Gewisse Zungenschläge in den gestrigen Reichstagsreden gingen in die richtige Richtung. Aber bloße „Feiertagsreden" sind nicht genug.

„Mauer durfte nie gebaut werden"

Präsident Reagan kritisiert Kennedys Untätigkeit / Thema für Gipfel mit Gorbatschow

FRITZ WIRTH, **Washington**

Präsident Reagan hat gestern der Kennedy-Administration vorgeworfen, vor 25 Jahren untätig den Bau der Berliner Mauer geduldet zu haben. „Ich meine, dies ist eine Mauer, die niemals hätte gebaut werden dürfen", erklärte Reagan in einer Pressekonferenz in Chicago, die landesweit vom Fernsehen ausgestrahlt wurde.

Reagan war in dieser Konferenz auf sein Interview mit der „Bild"-Zeitung angesprochen und gefragt worden, ob er die starken Worte, nach denen er die Mauer gern niedergerissen sähe, auch in künftigen Verhandlungen mit der Sowjetunion gebrauchen würde. „Ich würde überhaupt nicht zögern, dies auf einem Gipfeltreffen mit dem Generalsekretär Gorbatschow zu diskutieren", sagte Reagan und fügte hinzu: „Ich meine: Hätten zu der Zeit, als sie errichtet wurde – und sie begannen mit Stacheldraht, statt mit einer Mauer – die USA das getan, was sie hätten tun müssen und diesen Stacheldraht niedergerissen, dann gäbe es heute keine Mauer, denn ich glaube nicht, daß die Sowjets darüber einen Krieg begonnen hätten." Die Alliierten wären dazu berechtigt gewesen, weil die Errichtung dieses Stacheldrahts und der Mauer eine totale Verletzung des Viermächteabkommens über Berlin dargestellt hätte.

Auf den Einwand eines amerikanischen Journalisten, wie realistisch diese Anwort sei und ob sie nicht falsche Hoffnungen bei den Bürgern jenseits der Mauer wecke, sagte Reagan: „Ich glaube nicht, daß irgendjemand so etwas beabsichtigt hat. Doch wir wissen, daß sie ein lukratives Geschäft daraus gemacht haben, Leute durch diese Mauer zu bringen, um mit ihren Familien und Freunden in Westdeutschland vereint zu werden, wenn der Preis stimmt."

SEITE 8:
Reagan wird drängender

Reagan fügte hinzu: „Ist es nicht eigenartig, daß andernorts Mauern gebaut werden, um Feinde abzuhalten, während dies der einzige Teil der Welt und die einzige Philosophie der Welt ist, wo man eine Mauer baut, um die Leute dahinter festzuhalten? Vielleicht merken sie bald, daß da irgendetwas nicht stimmt."

Im übrigen hat der 25. Jahrestag des Mauerbaus in den amerikanischen Medien in den letzten Tagen ein außergewöhnliches Echo gefunden. Die Fernsehgesellschaft NBC widmete gestern einen großen Teil ihres Morgenmagazins diesem Thema und ließ in Interviews Willy Brandt, Bürgermeister Diepgen und US-Botschafter Burt zu Wort kommen. Diepgen nannte die Mauer ein „Monster, das sowohl die Unmenschlichkeit des anderen Regimes wie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen symbolisiert."

Richard Burt erklärte: „Die Fortschritte, die wir seit dem Bau der Mauer gemacht haben, und der Wunsch des Präsidenten, weitere Fortschritte zu erzielen, bedeuten, daß diese Mauer sehr bald historisch obsolet sei wird."

Bonn nennt NH-Spenden an Ebert-Stiftung unzulässig

Rechnungshof rügt Prüfung des Gewerkschaftskonzerns

AG./DW. **Bonn**

Spenden der Neuen Heimat an die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung sind vom Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) nicht gedeckt und nach Meinung der Bundesregierung daher unzulässig.

Diese Feststellung trifft der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesbauminister, Friedrich-Adolf Jahn, in seiner Antwort auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Dietmar Kansy. Wie Jahn betont, darf ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen nach Paragraph 12 Satz 2 WGG Dritten keine Vergünstigungen zuwenden, die über die in öffentlichen Betrieben üblichen Beträge hinausgehen. Die Länder hätten hierzu in gemeinsamen Erlassen eindeutige Richtlinien gesetzt. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß wegen der besonderen Vermögensbindung eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens Spenden einen unmittelbaren Bezug zu den Aufgaben des Kleinwohnungsbaus aufweisen müßten. Dieser Zusammenhang fehle aber bei den NH-Spenden an die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Neue Heimat und ihre Tochtergesellschaften sind nach Auffassung des Hamburger Rechnungshofes durch die Behörden der Hansestadt unzureichend geprüft worden. Die Akten hätten sich in einem desolaten Zustand befunden und seien unvollständig gewesen, sagte der Direktor beim Rechnungshof Hamburg, Walter Schmidt-Hollburg, als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages über die Neue Heimat gestern in Bonn. Die Behörden hätten offenbar den Prüfvermerken des Prüfungsverbandes der Wohnungsunternehmen vertraut. Der Untersuchungsausschuß vernimmt dazu als Zeugen auch den früheren Leiter des Amtes für Wohnungswesen in der Baubehörde der Stadt Hamburg, Gottfried Scholz.

Der Justitiar des Hamburger Rechnungshofes, Uwe Tanneberg, sagte, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz sei „durchaus handhabbar". Nach seiner Meinung „kommt es auf die politische Führung an", es zu gebrauchen, daß Verfehlungen wie bei der Neuen Heimat nicht auftreten können.

Späth gegen Änderung des Asylrechts

Der Ministerpräsident plädiert im WELT-Gespräch für eine europäische Lösung

gü/lor, **Bonn**

Im Lager der Union und in der FDP mehren sich die Stimmen, die energisch den Schluß der Debatte um die Grundgesetzänderung zum Asylrecht fordern. Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat in einem WELT-Gespräch die gegenwärtige Diskussion um eine Grundgesetzänderung als „keinen hilfreichen Beitrag zur Lösung des Asylantenproblems" bezeichnet.

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) nannte den Änderungs-Vorschlag „unnütz und sogar unredlich". Bisher sei noch nicht einmal dargelegt worden, wie eine dann notwendige gesetzliche Folgeregelung der Einzelheiten des Asylrechts aussehen solle. Ohnehin sei die dafür notwendige parlamentarische Zweidrittelmehrheit auf absehbarer Zeit nicht zu finden. Dagegen sagte der bayerische Innenminister Karl Hillermeier, Politiker, die „trotz der Springflut von Asylbewerbern" eine Grundgesetzänderung ablehnten, provozierten geradezu eine noch kaum vorhandene Ausländerfeindlichkeit.

Späth schlug anstelle der Bonner Diskussion um die Grundgesetzänderung die Aufnahme von Verhandlungen mit den Partnern der Europäischen Gemeinschaft vor. „Wir müssen in Europa ein einheitliches Asylrecht schaffen," sagte der Stuttgarter Regierungschef und stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU. Baden-Württemberg erwäge eine zentrale Abschiebungsstelle für „unechte Asylanten". Späth bezeichnete gegenüber der WELT auch die Aufnahmegarantie für Ostblockflüchtlinge als „nicht unantastbar".

SEITE 8:
WELT-Gespräche mit Ministerpräsident Lothar Späth und Bundesratsminister Heinrich Jürgens

Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen (CDU) sieht einen Schlüssel für die Asylantenpolitik Ost-Berlins im erneut unterstrichenen Stellenwert Berlins für die sowjetische Politik. Gegenüber der WELT stellte er fest, daß „Moskau über seine Berlin-Politik auch Einfluß auf die DDR-Regierung nimmt". In der SED gebe es „unterschiedliche Strömungen" in der Frage, wie man Berlin behandeln solle. Diepgen zeigte sich überzeugt: „Die DDR wird ihre bisherige Praxis in der Asylantenpolitik nicht durchhalten können."

„Bei der von ihr gewünschten Änderung des Asylrechtsartikels 16 im Grundgesetz kann die Union weder auf Bundes- noch auf Landesebene mit der FDP rechnen." Das versicherte der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten und FDP-Landesvorsitzende Jürgens in einem WELT-Gespräch. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht befürworte zwar eine solche Grundgesetzänderung, „doch wir haben im Kabinett vor dem Koalitionsausschuß auch klar gesagt, daß wir einer solchen Grundgesetzänderung nicht zustimmen würden, und wir haben keinen Anlaß, von der FDP-Bundeslinie abzuweichen".

Mehr Autos aus dem Ausland

DW. **Flensburg**

Bei den Erstzulassungen von Autos in der Bundesrepublik hat sich im Vergleich zum Vorjahr im 1. Halbjahr 1986 der Anteil von Importfahrzeugen erhöht. Wie aus der Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) hervorgeht, stieg die Quote der im Ausland produzierten Neuwagen von 30,4 Prozent im 1. Halbjahr 1985 auf 32,7 Prozent. Damit hat sich der „Ausländeranteil" seit 1983 (25,6 Prozent) stetig leicht erhöht, was vor allem auf den Erfolg japanischer Marken zurückzuführen ist.

Riesenhuber sucht D-2-Astronauten

D.T., **Bonn**

Zur Verstärkung des deutschen Astronauten-Teams hat Forschungsminister Heinz Riesenhuber gestern die Auswahlkriterien für den Weltraum-Nachwuchs bekannt gegeben. Gesucht werden Kandidaten, die im Verlauf der deutschen D-2 Mission, die frühestens 1991 realisiert werden kann, materialwissenschaftliche und biologisch-medizinische Forschung in der Schwerelosigkeit betreiben sollen. Mit mehr als 1000 Bewerbungen wird gerechnet.

Seite 6: Freifahrschein

Japaner heben in den Weltraum ab

DW. **Tokio**

Mit dem erfolgreich verlaufenen ersten Teststart der Trägerrakete „H-1", bei dem zwei Satelliten auf eine geostationäre Umlaufbahn gebracht wurden, hat Japan einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Entwicklung einer eigenständigen Weltraumindustrie vollzogen. Die zweistufige „H-1" verfügt in der zweiten Stufe über einen durch flüssigen Wasser- und Sauerstoff betriebenen Motor sowie ein neues Steuerungssystem, die beide vollständig von japanischen Technikern entwickelt wurden. Der Motor der ersten Stufe beruht dagegen noch auf einer Fortentwicklung der amerikanischen „Delta"-Raketen.

Bis 1994 plant die japanische Weltraumbehörde NASDA den kommerziellen Einsatz der schon vorgesehenen Nachfolgerakete „H-2", die rein japanisch sein soll. Zu diesem Zeitpunkt könnte Japan dann auch mit den anderen Weltraummächten um den internationalen Markt für den Start von Satelliten konkurrieren. Bis dahin unterliegt Tokio, solange noch amerikanische Lizenzprodukte in den Raketen eingesetzt werden, strengen Exportbeschränkungen.

Bis 1991 sind sieben weitere Starts der „H-1" vorgesehen; der erste Flug der „H-2", die eine Nutzlast von zwei Tonnen auf eine geostationäre Umlaufbahn bringen soll, ist für Februar 1992 geplant. Für das fast ausschließlich mit Regierungsgeldern finanzierte „H-2"-Programm sind 1,3 Milliarden Dollar vorgesehen.

Ein wesentliches Hindernis für die Verwirklichung des japanischen Weltraumprogramms ist der Streit mit den Fischern der südjapanischen Insel Tanegashima, auf der sich das Raumfahrtzentrum der NASDA befindet. In Abkommen mit den Fischern sind bisher höchstens zwei Raketenstarts pro Jahr vorgesehen.

Die am Mittwoch morgen mit 13 Tagen Verspätung gezündete „H-1" brachte einen Fernmelde- und einen Erdvermessungsatelliten auf eine geostationäre Umlaufbahn. Es handelt sich bereits um die dritte in Japan verwendete Raketengeneration nach der „N-1", die 1975 erstmals gestartet wurde, und der 1981 erstmals erprobten „N-2". Während die Japaner erfolgreiche Schritte auf dem Weg in den Weltraum machen, sind die USA immer noch damit beschäftigt, ihr Desaster der vergangenen Monate aufzuarbeiten. Als weite[illegible] Konsequenz aus der „Challenge[illegible]-Katastrophe vom 28. Januar hat [illegible]h die amerikanische NASA jetzt [illegible] eine Neukonstruktion der Shu[illegible]-Antriebsraketen entschieden. D[illegible]i geht es insbesondere um die [illegible]bindungsstellen der Segmente, [illegible]as Unglück im Januar seinen [illegible]angspunkt genommen hatte.

Chefingenie[illegible]ohn Thomas berichtete, daß e[illegible] Versuche mit der Neukonstruktion zu Beginn des Winters unternommen werden sollen. Erste Testzündungen seien für September nächsten Jahres geplant. Aber der erste Start könne wohl erst im ersten Quartal 1988 erfolgen.

US-Marine probt die Tarnung ihrer „lahmen Enten"

Flugzeugträger werden zur Stecknadel im Heuhaufen

NORMAN BLACK, **Washington**

Flugzeugträger sollten eigentlich von der gegnerischen Aufklärung leicht zu orten sein. Sie werden deshalb von Kritikern als „lahme Enten" bezeichnet, die im Ernstfall einfach abzuschießen seien.

Die US-Marine verwendet deshalb viel Energie darauf, die Tarnung der 80 000-Tonnen-Riesen zu vervollkommnen. Im US-Verteidigungsministerium redet niemand offiziell von den Bemühungen, Flugzeugträger auf den Weltmeeren zur sprichwörtlichen Stecknadel im Heuhaufen zu machen. Bei einem Seemanöver im Pazifik aber ist es dem Träger „Ranger" kürzlich gelungen, 14 Tage lang dem Übungsgegner zu entgehen.

Die beiden Zauberworte dabei lauten nach Angaben amerikanischer Offiziere „Maskerade" und „EMCOM". Einzelheiten der jeweiligen Taktik unterliegen strenger Geheimhaltung, doch ist der Ausgangspunkt der „Maskerade" der Versuch, ein anderes Schiff aus der Trägerkampfgruppe nach außen hin die Rolle des Flugzeugträgers übernehmen zu lassen und den schwimmenden Flughafen als beliebiges anderes Schif zu tarnen.

Die zweite Taktik „EMCOM" ist die Kurzformel für Emissionskontrolle. Dabei wird jede elektronische oder andere Ausstrahlung vermieden, die den Flugzeugträger verraten könnte, bis hin zu dem direkten Hochziehen der Flugzeuge nach dem Start.

Wichtigstes Hilfsmittel für „EMCOM" sind die fliegenden Frühwarnsysteme vom Typ E2-C „Hawkeye". Sie ziehen in deutlicher Entfernung vom Träger ihre Kreise, wickeln den Flugverkehr ab, überwachen die Umgebung der Kampfgruppe und übermitteln alles verschlüsselt an den Träger und seine Begleitschiffe. Verräterisch ist der Flugverkehr selbst, sogar dann, wenn der Träger jenseits des Radarhorizontes operiert. Die ab- und anfliegenden Flugzeuge könnten ihn verraten. Um dies zu verhindern, vermeiden die Flugzeuge den ansonsten typischen steilen Steigflug nach dem Katapultstart und das steile Anfliegen vor der Landung. (AP)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schon wieder in Hamburg

Von Uwe Bahnsen

Wenn der Fall nicht so bitterernst wäre, wäre er ein Satyrspiel nach der Tragödie: Ausgerechnet jetzt, nachdem die Pinzner-Katastrophe die Hamburger Laxheit so schrecklich bloßstellte, ist ein einunddreißigjähriger Insasse aus der geschlossenen Abteilung eines städtischen Krankenhauses in Hamburg-Ochsenzoll entwichen, dem drei Morde zur Last liegen. Einfach so hat er sich verabschiedet, mit den freundlichen Worten: „Ich gehe jetzt schwimmen."

Dieser junge Mann wird von den Psychiatern in dieser Abteilung behandelt. Er hat 1974 in Glückstadt einen Zahnarzt, dessen Ehefrau und den vierjährigen Sohn bestialisch umgebracht. Nach Verbüßung einer Haftstrafe von zehn Jahren wurde er zur Therapierung in das Krankenhaus Ochsenzoll eingewiesen. Für die Ärzte war die Tatsache, daß der Patient – von Gutachtern als „abnorme Persönlichkeit" eingestuft – sich gut führte und ihnen keine Schwierigkeiten verursachte, Anlaß genug, ihm Schritt für Schritt jene Lockerungen zu gewähren, die die Rückkehr in die Freiheit vorbereiten sollen. Er konnte im Patienten-Café arbeiten, wurde zunächst auf dem Hin- und Rückweg beaufsichtigt, schließlich entfiel auch das.

Nun ist dieser Mann verschwunden und hat einen ratlosen Chefarzt zurückgelassen, der inständig hofft, „daß er nichts anstellt", daß er – besonders rührend formuliert – keine „erhebliche" Gefahr sei. Diese wie auch die weitere Hoffnung, daß sich hier nicht das Gesetz der Serie mit weiteren derartigen Fällen in Erinnerung bringt, werden allgemein geteilt. Gewiß handelt es sich nicht um eine hamburgische Spezialität, die in anderen Bundesländern keine Parallelen hat. Vor dem Hintergrund des Falles Pinzner allerdings ist dieser Vorgang ein Politikum besonderer Art. Er macht erneut deutlich, daß der Schutz der Allgemeinheit vor Straftätern, die Kapitaldelikte begangen haben, zugunsten ihrer Resozialisierung und Therapie in einem Ausmaß vernachlässigt worden ist, das in der Bevölkerung zunehmend weniger toleriert wird. Der Hamburger Senat reagiert auf jede neue Hiobsbotschaft dieser Art nach innen mit Entsetzen, nach außen aber mit Schweigen. Man will den Wahltag des 9. November überstehen, buchstäblich mit zusammengebissenen Zähnen.

Zia verliert die Nerven

Von Peter Dienemann

Im Demokratie-Schauspiel Pakistans ist der Vorhang gefallen. Der Dramaturg und Hauptdarsteller, General-Präsident Ziaul Haq, hat in den letzten zwei Tagen die gesamte Führungsspitze der pakistanischen Volkspartei, einschließlich ihrer Führerin Benazir Bhutto, verhaften lassen. Das kommt überraschend, nachdem sich Zia und sein Premier Mohammed Khan Junejo in den Monaten nach der Rückkehr Benazir Bhuttos aus dem Exil angesichts des Jubels um die Tochter des Exregierungschefs so selbstsicher und überlegen gezeigt hatten. Die „Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie", so hatten beide die Lage fehlbeurteilt, werde sich mit der Zeit totlaufen.

Das Schauspiel blieb im zweiten Akt stecken, weil Frau Bhutto für den heutigen Donnerstag landesweite Demonstrationen für die Durchführung jener Parlamentswahlen noch in diesem Jahr angesagt hatte, die Zia und sein Premier für 1990 festgelegt haben. Zia fürchtet nicht nur um die Sicherheit in seinem Staat und die Stabilität seiner Regierung, sondern vor allem die Kritik jener seiner Generale, die das Demokratie-Schauspiel als mißraten verwerfen. Mehr noch: Benazir Bhutto behauptet, daß einige höhere Armeeoffiziere, deren Oberbefehlshaber Zia immer noch ist, auf ihrer Seite stehen. Und Premier Junejo, der seinem Präsidenten mit einer Gegendemonstration der Mehrheitspartei Moslem-Liga zu Hilfe eilen wollte, mußte die Vorstellung in letzer Minute abblasen, weil seine Versammlung mangels Beteiligung eher eine Demonstration der Schwäche denn der Stärke gewesen wäre.

Gestärkt ist dagegen die Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie, deren Mitgliedsparteien sich erstmals über die Frage des Wahl-Zeitpunkts einig sind.

Die Verhaftung der Oppositionsführer ist ein Schlag für die amerikanischen Verbündeten Pakistans, die Zia in Manila vorgeführt haben, daß sie demokratischen Spielregeln durchaus den Vorzug vor blinder Freundschaft geben. Und sie ist gefährlich für Zia selbst. Die Verhaftungswelle droht als Sturmflut zurückzuschlagen, welche die Autorität des Regimes unterspülen kann.

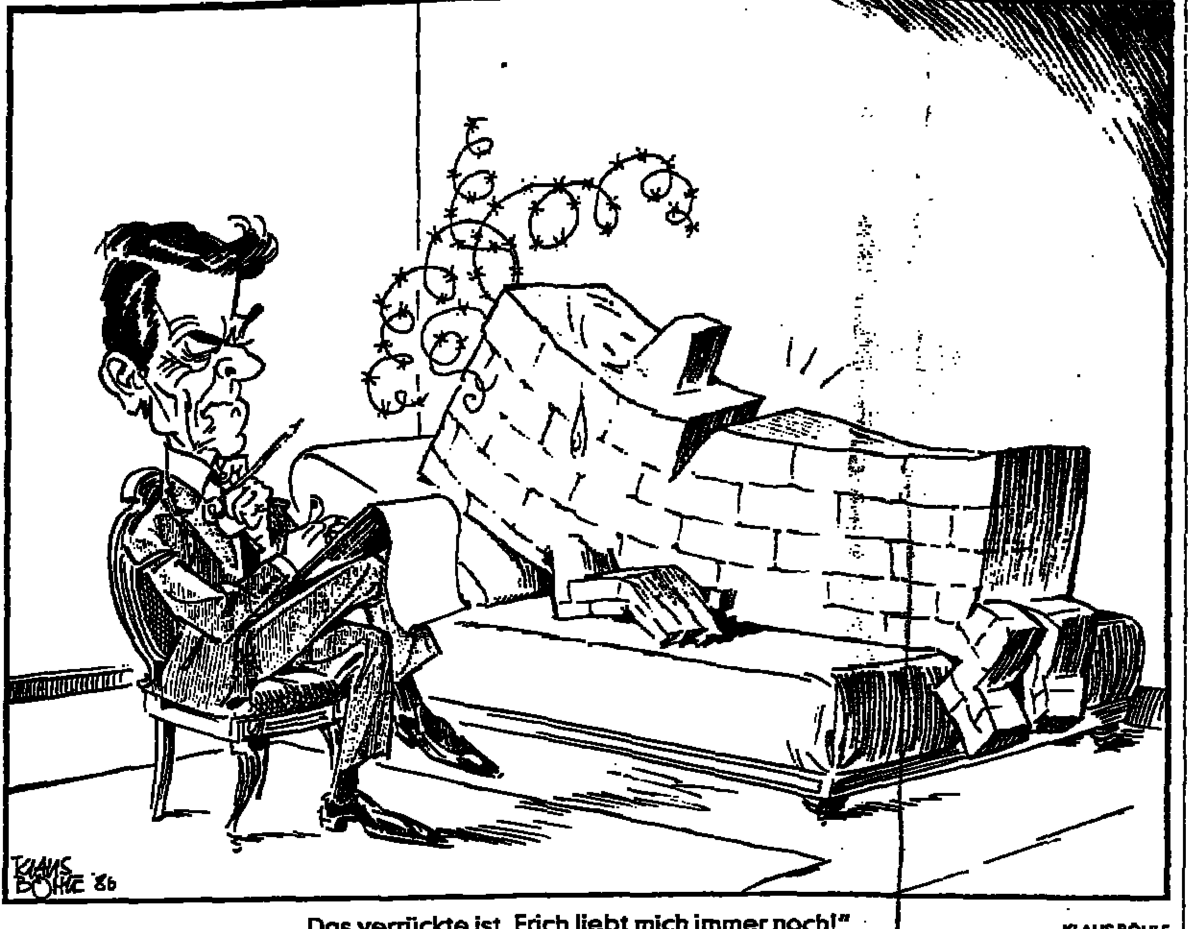
Moreno oder so ähnlich

Von Eugen Wolmarshof

Eine kuriose Meldung verbreitete die Agentur Reuter nach der Pressekonferenz Präsident Reagans zum Stichwort der Sanktionen gegen Südafrika: Präsident Reagan habe gesagt, ein schwarzer südafrikanischer Bischof lehne die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika strikt ab. Allerdings könne Reagan sich nicht auf den Namen besinnen: „Ich weiß nicht, ob ich seinen Namen richtig ausspreche ... Moreno oder Moranerema". Jedenfalls sei der Bischof Führer von 4,5 Millionen Christen.

Das erstaunliche an der Meldung ist nicht, daß ein Präsident sich momentan nicht auf einen Namen besinnen kann, noch dazu einen nicht sehr geläufigen – er kennt ja immerhin die Person –, sondern daß keiner der vielen selbsternannten Südafrika-Kenner in den USA zur Lösung beitragen konnte. Nicht einmal die südafrikanische Botschaft konnte helfen; sie spekulierte, daß Reagan den Bischof Barnabas Lekganyane gemeint haben könne, denn dessen Zion-Kirche habe 4,5 Millionen Mitglieder. Lekganyane klingt zwar nicht wie Moreno, aber Südafrika-Spezialisten im Kongreß ließen wissen, daß der Präsident wohl zu der Namensverwechslung gekommen sei, weil der Sitz seiner Kirche „Mount Moria" heiße.

Wie wäre es mit Mokoena? Der Bischof Izaac Mokoena, dessen RICA-Kirche (Reformierte Unabhängige Christliche Gesellschaft) viereinhalb Millionen Gläubige umfaßt, ist mehrfach mit Kritik an Sanktionen hervorgetreten. Seine Mitarbeiter haben verschiedentlich dazu beigetragen, den Terror der ANC und UDF gegen jene Schwarzen zu dokumentieren, die sich nicht an Gewalttaten beteiligen wollen. Wie zur Antwort haben Terroristen am 28. Juni Mokoenas engsten Mitarbeiter, Pastor Archie Mthiya, beim Abendgottesdienst ermordet. Es ist bemerkenswert, daß zwar alle Welt den Namen des Bischofs Tutu kennt, der für Sanktionen ist, daß aber keiner der Experten den Namen eines gemäßigten schwarzen Kirchenführers kennt, der Sanktionen ablehnt – und dessen Kirche doppelt so viele Mitglieder zählt wie die Tutus. Ein Beispiel für den Sachverstand, mit dem die Südafrika-Frage behandelt wird.



„Das verrückte ist, Erich liebt mich immer noch!" KLAUS BÖHLE

Das Mandat der Kirche

Von Enno v. Loewenstern

Was ergibt sich daraus, wie der nordelbische Bischof Ulrich Wilckens seinen Pastor Hans-Jürgen Benedict im wahrsten Sinne des Wortes abkanzelte? Benedict organisierte eine Sitzblockade vor dem Kernkraftwerk Brokdorf. Wilckens hielt ihm vor:

„Die Kirche verfügt dazu weder über irgendein anderes Wissen als die, die in dieser Sache kompetent sind, noch auch über ein besonderes Mandat gegenüber dem, das den Verantwortungsträgern zukommt." Er warnte vor „Kritik, die für sich selbst grenzenlose Richtigkeit in Anspruch nimmt und die Verantwortungsträger in Staat, Politik und Wirtschaft verteufelt".

Benedict erwiderte ihm: „Es schmerzt uns, ausgerechnet dem Vorsitzenden der Kirchenleitung mit Petrus sagen zu müssen: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen."

Der Verfall des Glaubens in der Kirche wird an dieser Antwort sichtbar. Als Petrus nach seiner Festnahme den Hohepriestern diese Antwort gab, begründete er damit nicht eine energiepolitische oder militärwissenschaftliche Kritik an römischen Regierungsentscheidungen, sondern allein sein Recht und seine Pflicht, die Botschaft Jesu zu verkünden: „Den hat Gott durch seine rechte Hand erhöht zu einem Fürsten und Heiland, zu geben Israel Buße und Vergebung der Sünden. Und wir sind seine Zeugen über diese Worte und der heilige Geist, welchen Gott gegeben hat denen, die ihm gehorchen." Buße, Vergebung der Sünden, das ewige Leben also – wie kann diese klare Botschaft so profaniert werden? „Ihr seid das Salz der Erde. Wo nun das Salz dumm wird, womit soll man's salzen?" Wie zum Hohn nennt sich eine kirchliche Zeitschrift, die Antiatom-Aktivismus verficht, „Salz der Erde".

Nun darf es nicht verwundern, daß einzelne Pastoren aus dem Ruder des Kirchenschiffs laufen und glauben, sie hätten ein Recht darauf, das Kreuz als Waffe im politischen Meinungskampf auf dem Marktplatz zu schwingen. Denn die Kirche selbst ist mit schlechtem Beispiel vorangegangen. Sie hat Kompetenz für sich in Anspruch genommen, in der Ost-Denkschrift 1965 etwa, die die Vertriebenen tief verletzte, und in unzähligen Denkschriften und anderen Verlautbarungen danach, die viele Bürger gekränkt haben, die sich auch für gute Christen halten. Sie hat zuletzt in einer Denkschrift über „die demokratische Staatsform" gesagt: „Auf bloß äußeren Zwang und auf Gewalt läßt sich kein Gemeinwesen dauerhaft gründen." Und dann hat der EKD-Ratsvorsitzende Martin Kruse mit seinem Ostberliner Kollegen Gottfried Forck der Mauer bescheinigt, sie habe zur Normalisierung beigetragen.

Solche Widersprüche entstehen in einer Kirche, die ihren Auftrag des Gotteswortes vernachlässigt um des Menschenwortes willen. Nun verwahrt die Kirche sich: sie dürfe nicht nur auf das Reich von jener Welt beschränkt werden, sie müsse auch in dieser Welt den Menschen helfen dürfen, insbesondere gegen Unrecht und Unterdrückung. Gerade dieses darf und soll sie in der Tat; tapfere Hirten wie Pater Delp und Pastor Poelchau haben nach Kräften versucht, ihre Herde gegen die Wölfe zu verteidigen. Die Evangelische Kirche selbst hat sich nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes in ihrer Stuttgarter Erklärung angeklagt, „daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt zu haben". Um so schmerzlicher ist es, wie die Kirche heute in die Entscheidungen des freiheitlichen Rechtsstaats hineinzuwirken sucht, aber den Unrechtsstaat allzuoft außer Kritik läßt, gar eine besonders scheußliche Manifestation seiner Menschenverachtung als „normalisierend" überhöht.



Wer Verantwortungsträger „verteufelt": Brokdorf-„Feldgottesdienst" FOTO: DPA

Was aber ist dann die Aufgabe der Kirche im freiheitlichen Rechtsstaat? Erst einmal, und vor allem, die Verkündigung des Gotteswortes ohne jede tagespolitische Verfälschung. Wenn sie dazu den Mut nicht mehr hat, wenn sie glaubt, „nur" mit dem Gotteswort keine Aufmerksamkeit mehr erregen zu können, dann muß sie sich die Existenzfrage stellen. Denn dann hat sie die Grundlage ihres Wirkens, den Glauben, verloren. Der Allmächtige braucht keinen Rummel, um vermarktet zu werden. Wenn das Salz dumm wird, so liegt es am Salz selbst; es hat sich verwässern und zersetzen lassen.

Wenn die Kirche das Wort Gottes in den Alltag hineinträgt, so ist das Beitrag genug zur Politik. Durch ihre Mahnung und ihr Beispiel sollte die Kirche darauf wirken, daß die Menschen redlich und in der Furcht des Herrn handeln, denn die Kirche ist für die Menschen da und nicht, wie sich einige in ihr als Alibi ausgedacht haben, für „die Menschheit". Wenn, wie Bischof Wilckens nun erkannt hat, die Wahl des Weges zum jeweiligen Ziel eine Sache der Vernunft und Sachkenntnis ist, dann kann die Kirche doch nur dazu beitragen, jedermann das Gewissen zu schärfen – nicht aber, die Gewissensentscheidung vorzuschreiben. Es wird schon problematisch, wenn Wilckens ferner sagt, die Kirche sei verpflichtet, zu warnen und zu helfen, von neuem einen Dialog in Gang zu bringen. Die Verkündung des Gotteswortes ist kein Moderatorenjob. Doch selbst wenn gute Dienste der Kirche bei säkularen Streitfragen denkbar sind, erledigt sich das, wo die Kirche sich die Sachkenntnis anmaßt, das Ergebnis vorwegzunehmen.

Die Kirche darf es nicht beim Zornesausbruch eines Bischofs belassen, sondern sie muß danach handeln und sich auf ihr Mandat besinnen. Dies Mandat gilt nicht dem Leben „der Menschheit", sondern dem ewigen Leben des einzelnen Menschen durch Buße und Vergebung der Sünden. Allein da kann sie grenzenlose Richtigkeit für sich in Anspruch nehmen; allein daran wird sie gemessen.

IM GESPRÄCH Wim Kok

Ein Mann sieht seine Chance

Von Helmut Hetzel

Nach der überraschenden Wahlniederlage der niederländischen Sozialdemokraten im Mai wurden selbstkritische Stimmen laut: „Wir haben bei den Wahlen auf den falschen Mann gesetzt." Nicht der 66jährige Parteiveteran Joop den Uyl, sondern der Kronprinz der Partei, Wim Kok (48), hätte gegen den populären Ministerpräsidenten Ruud Lubbers (47) antreten sollen.

Inzwischen ist der Kronprinz der Arbeiterpartei zum König gekürt. Mit der Wahl des ehemaligen Vorsitzenden des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV zum neuen Fraktionsvorsitzenden im Haager Parlament und damit zum Oppositionsführer besteht kein Zweifel mehr daran, daß Wim Kok die Nummer eins der holländischen „Partij van de Arbeid" (PvdA) ist. Er will nun die PvdA öffnen, um sie für „Gruppierungen und Parteien, die scheinbar weit von uns weg sind", attraktiv zu machen. Ein neuer Kurs? Ein Marsch nach links?

Der 1938 in dem kleinen Dorf Berg am Bacht, im Herzen der Provinz Südholland, als Sohn eines Zimmermanns geborene Wim Kok will, so scheint es, die harte Konfrontation mit dem Regierungschef Lubbers ansteuern: „Wenn es sein muß, werden wir gnadenlos hart sein." Scharfe Worte in der sonst in den Niederlanden zwischen den Parteien mit sehr viel Stil, Anstand und – außer in Wahlkampfzeiten – Zurückhaltung geführten Auseinandersetzung.

Doch auch wenn es eine solche Rhetorik vermuten läßt – der gelernte Ökonom Wim Kok ist kein Radikaler. Von seinem Charakter her gleicht er eher seinem großen Gegenspieler in der politischen Arena, dem Christdemokraten Ruud Lubbers; er bevorzugt Sachlichkeit und den argumentativ ausgetragenen Meinungsstreit. Dogmatismus ist ihm ein Greuel. Das gilt sowohl für seine politisch-ideologischen als auch für seine ökonomischen Überzeugungen. Die soziale Marktwirtschaft steht für ihn nicht zur Disposition.



Weisheit und Distanz zu früher geboten: Kok FOTO: JUPP DARCHINGER

Koks wirtschaftspolitischer Sachverstand wird auch in Unternehmerkreisen anerkannt. Er besitzt ein starkes Argumentationstalent und ist zugleich eine Integrationsfigur. 1973 als jüngster Kandidat in der Geschichte zum Vorsitzenden der Einheitsgewerkschaft FNV gewählt, gelang es ihm in seinen zwölf Jahren als FNV-Vorsitzender immer wieder, „Brücken zu bauen", wie es seine Freunde nennen. Charisma allerdings geht ihm bei aller Telegenität ab.

Für seinem künftigen Erfolg wird viel davon abhängen, ob es ihm als Oppositionsführer gelingt, ein Gegengewicht zum souverän auftretenden Premierminister Lubbers zu bilden und den nötigen Abstand zu seiner bisherigen Tätigkeit zu finden. Daß Kok zumindest das letztgenannte Problem sieht, beweisen seine Worte vom letzten Jahr: „Ich stehe jetzt vor der schwierigen Aufgabe, in der gebotenen und nötigen Weisheit und Distanz mit meiner bisherigen Vergangenheit umzugehen." Daran werden ihn die Wähler messen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der 25. Jahrestag der Mauer steht im Mittelpunkt der Kommentare:

Nürnberger Zeitung

Die deutsche Frage wird so lange existieren, wie die Deutschen selbst meinen, daß sie existieren solle. Das erfordert Stehvermögen, und es erfordert die Bereitschaft, gerade als Bürger der Bundesrepublik die gesamtdeutschen Zusammenhänge im Auge zu behalten.

Mannheimer MORGEN

An der Demarkationslinie zwischen Freiheit und Unfreiheit muß sich erweisen, ob wir unbeirrbaren Glaubens sind.

BERLINER MORGENPOST

Die geheime Kumpanei mit den Erbauern der Mauer grassiert.

HEILBRONNER STIMME

Nirgendwo in der Welt wird zudem die Kontrolle und Bespitzelung der Bürger so perfektioniert und widerwärtig betrieben wie im Dunstkreis dieser Mauer. Schon deshalb kann sie wegen ihres menschenverachtenden Charakters letztlich keine Zustimmung finden, weder politisch noch moralisch.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Die jüngeren Deutschen in Ost und West haben von kleinauf nichts anderes erlebt als diese Mauer. Sie sind in ihrem Schatten geboren. Sie wuchsen mit dem bösen Anschauungsunterricht auf, daß sich für die DDR das Unrecht ausgezahlt, ihr zu wirtschaftlicher Stabilisierung und zu internationaler Anerkennung verholfen hat. Der Organisator des Mauerbaus, Erich Honecker, gilt heute im Westen als willkommener Gast.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Mauern und Grenzbefestigungen gab es schon immer, aber noch keine, die zu dem einzigen Zweck erbaut wurden, den Auszug aus dem eigenen Land zu verhindern. Darin liegt das Schändliche, liegt die Umkehrung aller Normalität. (Kassel)

Aachener Volkszeitung

Solange den Deutschen nicht überall die Menschenrechte garantiert sind, ist die deutsche Frage offen.

KURIER

Aus einer Fabel von La Fontaine: „Und der Wolf errichtete ein Gitter gegen das Lamm." (Wien)

The New York Times

Dieses schmachvolle Monument kommunistischen Versagens ... wurde vor 25 Jahren auf sowjetischen Befehl gebaut, um die demütigende Flut der Flüchtlinge von Ost nach West zu stoppen ... Heute lädt Ost-Berlin die Unglücklichen dieser Erde ein, sich jener Zuflucht zu bedienen, die es seiner eigenen Bevölkerung verwehrt.

Der Aussteiger am Ende der Welt

Neuseelands Leichtfertigkeit und der Anzus-Pakt / Von Fritz Wirth

Wer vom Schicksal an den Rand dieser Welt plaziert wird, wie es Neuseeland widerfahren ist, hat einen naturgegebenen Isolationismus zu überwinden. Den Neuseeländern ist dies in den letzten Jahrzehnten in bewundernswerter Weise gelungen. Man nahm teil, man engagierte sich, man brachte Opfer. Das militärische Engagement seiner Bürger im Kampf für die Freiheit im Zweiten Weltkrieg, in Vietnam und in Korea sind Ruhmesblätter in der Geschichte dieses Volkes.

Nun ist dieses Land unter seinem Premierminister David Lange zum „Aussteiger" geworden mit einer Politik, die es aus dem fünfunddreißigjährigen Anzus-Pakt herausbeförderte, dem außer Neuseeland noch Australien und die USA angehören. Die USA haben ihre Sicherheitsverpflichtungen aus diesem Vertrag gegenüber Neuseeland vorläufig eingestellt. Premierminister Lange drückte sein Bedauern darüber aus und sagte dann unbekümmert, daß sich im Grunde nichts geändert habe.

Wirklich? Hier ist das Engagement einer Nation einem emotionalen, von der amtierenden Regierung geschickt vermarkteten nuklearpolitischen Opportunismus gewichen. Dieses einst mitleidende und mithandelnde Land hat sich an den Rand der Weltpolitik abgesetzt und mottet sich als nuklearfreie Zone ein. „Unser strategisches Umfeld verlangt keinerlei Nuklearwaffen", schrieb Lange in der Zeitschrift „Foreign Affairs", „es gibt einfach keine Notwendigkeit, Nukelarwaffen nach Neuseeland zu bringen."

Das klingt, als hätten die USA die Absicht gehabt, in Neuseeland Atomwaffenarsenale einzurichten. Die Wahrheit ist: Sie wollten mit einem Schiff in einem neuseeländischen Hafen anlegen und mochten nicht sagen, ob es frei von nuklearen Antriebsaggregaten und nuklearen Waffen sei, weil sie es aus Sicherheitsgründen niemals tun. (Beiläufig: Der avisierte Zerstörer, die „Buchanan", war in jeder Hinsicht nuklearfrei.) Die amerikanische Regierung betrachtete diese Restriktion der neuseeländischen Regierung als eine Verletzung des Anzus-Paktes und zog die Konsequenzen. Lange erwiderte, er sei zu solchen Restriktionen befugt, denn der Anzus-Pakt sei kein Nuklearpakt.

Tatsächlich hat Neuseeland im Anzus-Pakt vor fünfunddreißig Jahren den Schutz der USA gesucht. Eines Partners also, dessen Strategie vom Prinzip nuklearer Abschreckung bestimmt ist. Dies System bedingt Bau und Einsatz von atombewaffneten Kriegsschiffen. Das sind seit einigen Jahrzehnten die Realitäten, und sie werden es bleiben, solange die Vision des Ronald Reagan von einer Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) noch ein Wunschbild ist.

Die USA konnten auf Langes Vorgehen gar nicht anders reagieren, sonst hätten sie einen Präzedenzfall geschaffen, dem andere Nuklear-Opportunisten schnell gefolgt wären. Das hätte bedeutet, daß die Amerikaner künftig mit zwei Flotten durch die Weltmeere gefahren wären: einer konventionellen für die Häfen der Nuklear-Aussteiger und einer nuklearbewaffneten für jene, die es gelernt haben, mit der Realität zu leben.

Lange hat für seine Antinuklearpolitik ein gutes Recht und seit der letzten Wahl auch ein politisches Mandat. Kein Recht jedoch haben er und jene Bürger, die ihm dieses Mandat gaben, nun über die amerikanische Reaktion zu lamentieren. Sie müssen auch zu den Konsequenzen dieser Politik stehen. Hier aber werden Widersprüche offenbar. Meinungsumfragen ergaben, daß die Mehrheit der Neuseeländer im Anzus-Pakt verbleiben möchte.

Dennoch wäre dieser amerikanisch-neuseeländische Konflikt kaum der Aufregung wert, wenn David Langes Antinuklearstrategie ein örtliches Ereignis an der Randzone dieser Welt wäre. Tatsächlich jedoch versteht er seine Politik als ein Beispiel für den Rest der Südpazifikstaaten. Sein Ziel ist es, möglichst viele dieser Staaten auf diesen Kurs zu bringen.

Das aber geschieht zu einem Zeitpunkt, da die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow den asiatischen Raum wiederentdeckt und die sowjetische Pazifikflotte mit 130 konventionellen und nuklearen U-Booten von ihrem Stützpunkt Cam Ranh Bay in Vietnam aus zum größten Stützpfeiler der sowjetischen Kriegsmarine geworden ist.

Das ist wohl der Unterschied, der sich mit David Lange in der neuseeländischen Politik vollzogen hat: Es gab einmal Zeiten, da hatte dieses Land ein waches Gespür für die fernen Gefahrenherde dieser Welt. Im Zeichen des Realitätsverlustes sieht man die Warnsignale vor der eigenen Tür nicht mehr.

Der Krach im Anzus-Pakt ist aus politischen und strategischen Gründen bedauerlich. Dennoch sind die USA gut beraten, auf ihn zwar konsequent, aber gelassen zu reagieren. Der Anzus-Pakt ist noch nicht tot. Es ist die Zeit des Wartens und der Geduld. Diese Nation am Rande der Welt ist von Natur und Geschichte her auf die Dauer kein Volk der Aussteiger.

Eltern retten „ihre“ Schule: die „Boxberg GmbH“

Was tun, wenn der private Träger einer Schule Pleite macht und das Aus droht? In Heidelberg haben engagierte Eltern und Lehrer darauf eine ungewöhnliche Antwort gefunden.

Von HARALD GÜNTER

Als uns niemand helfen wollte“, sagt Heinz Schlesinger, „haben wir uns selbst geholfen.“ Schlesinger, 46 Jahre, Rechtsanwalt, ist Vater eines 18jährigen Sohnes und Sprecher der Eltern-Initiative des Heidelberger Boxberg-Gymnasiums. Die Selbsthilfe, von der er spricht, war nicht einfach, kostete viel Zeit, Schweiß und Geld. Am 1. August aber konnte die stolze Nachricht per Rundschreiben weiterverbreitet werden: „Wir haben es geschafft.“

Die in Konkurs gegangene Privatschule kann nun doch weitermachen. Und zwar in Eigenregie der Eltern ihrer Schüler. Mit dem Segen des Kultusministeriums beginnt nach Ablauf der Sommerferien, aus der Not geboren, ein Experiment.

Baden-Württemberg hat 425 private Schulen, von der Sonderschule bis zum Elite-Internat. 377 Millionen Mark fließen ihnen in einem Jahr aus der Staatskasse zu. Ihre Klientel stellt knapp fünf Prozent der gesamten Schüler des Landes. Bemerkenswert daran: Der Geburtenrückgang der siebziger Jahre schlägt bei weitem nicht so stark durch wie im öffentlichen Schulwesen. Allein 1985 erlebte Baden-Württemberg noch sieben neue Privatschul-Gründungen.

Gegründet wurde dieses Gymnasium im Sommer 1970, neun Jahre später etablierte sich in der Schmuckstadt Pforzheim eine Schwesterschule. Beide gehörten zur seltenen Spezies der Ganztagsschulen mit Mittagstisch und 40-Stunden-Woche. Doch Ilse und Walter Prokop, die Schulgründer, hatten als Unternehmer keine glückliche Hand. So unterhielten sie, nach dem Geschmack der Fachbeamten im Kultusministerium, einen zu großzügig bemessenen Lehrkörper, eine zum Wasserkopf aufgeblähte Verwaltung und Schulpaläste, die praktisch ohne Eigenkapital finanziert worden waren.

Ihre „Residenz Boxberg“, ein zuletzt nur mit zwei Bewohnern belegtes Seniorenheim in Heidelberg, unzählige Arbeitsgerichtsprozesse und eine weitere Schulgründung in Böblingen, die nur zwei Jahre Bestand hatte, verschlangen zusätzlich Millionen. Im November 1985 machte der Schwetzinger SPD-Landtagsabgeordnete Karl-Peter Wettstein die oberste Schulbehörde erstmals auf die drohende Pleite aufmerksam. Vergeblich: Der Fall wurde in Stuttgart als Ausfluß „unternehmerischer Freiheit“ zu den Akten gelegt.

Da blieb er nicht lange. Ein halbes Jahr später brach das kleine Schulimperium der Eheleute Prokop mit lautem Getöse zusammen. Die über 90 Lehrer, die schon auf ihr Weihnachtsgeld und die letzten Gehaltserhöhungen hatten verzichten müssen, konnten nicht mehr bezahlt werden, in Heidelberg drohten die Stadtwerke angesichts eines Berges unbezahlter Rechnungen mit Stromabschaltung. Die Liegenschaften der Trägerfamilie waren mit rund 38 Millionen Mark belastet. Am 17. Juli wurde beim Amtsgericht Heidelberg das Konkursverfahren eröffnet.

Für die Prokops ist es das Ende. Und für die Schulen? Um sie ist inzwischen ein subtiler Überlebenskampf entbrannt. Dabei hat Pforzheim zunächst die besseren Karten. Zwar kommt es am 6. Juni, drei Tage vor Beginn des mündlichen Abiturs, zur Aussperrung aller 44 Lehrer und 435 Schüler durch die Prokops, die über Nacht die Schulgenehmigung zurückgegeben hatten. Vier Tage später geht der Unterricht aber schon weiter. Unter Zwangsverwaltung und der (vorübergehenden) Trägerschaft des Landes. Ende Juni zeichnet sich eine neue Zukunftsperspektive ab. Die Stadt Pforzheim, an der Fortführung der einzigen Ganztagsschule weit und breit interessiert, erklärt sich bereit, mit dem Elternverein eine GmbH zu gründen und darin die Mehrheitsbeteiligung zu übernehmen. „Boxberg-Gymnasium“, meldet die Lokalpresse in vorauseilender Zuversicht, „bleibt erhalten“.

In Heidelberg sieht's zur selben Zeit düster aus. Auch dort ist das alte Schuljahr mit Hilfe eines Sequesters ordnungsgemäß abgewickelt worden. Mit städtischem Engagement darf aber nicht gerechnet werden. Zu groß ist der Berg finanzieller „Altlasten“, zu unberechenbar die weitere Schülerentwicklung, mit der die Rentabilität der Schule steht und fällt. Entsprechend skeptisch begleitet das Kultusministerium alle Wiederbelebungsversuche vor Ort. Statt mit der Frage, wie wohl die Schule noch zu retten sei, beschäftigt sich die Behörde vordringlich mit einem Notfallplan zur Verteilung von 300 unfertigen Boxberg-Pennälern auf neun andere Heidelberger Gymnasien. Aufnahmekapazitäten wären dort vorhanden.


„Wir haben es geschafft“: Freude bei Schülern und Lehrern des Boxberg-Gymnasiums in Heidelberg FOTO: MICHAEL KLANT

Aber die Eltern geben nicht auf. „Da ist etwas“, erkannte Sabine Prath, Mutter von fünf Kindern, „um das es sich zu kämpfen lohnt.“ Eine familiäre Schule ohne Angst-Barrieren, modern und offen, „mit einem ganz außergewöhnlichen Kooperationsgeist“. Ihr Mann, Lehrer für Englisch, Latein, Philosophie und Ethik, lobt das „menschliche Klima“ an der Schule, ihren Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung der Schüler, den „kommunikativen Lernstil“, der mehr als anderswo versteckte Leistungs-Reserven zu mobilisieren vermag. „Mein Sohn“, bestätigt Elternsprecher Schlesinger, „ist dort ein fertiger Mensch geworden.“

In acht Unterrichtsstunden pro Tag werden ein vertieftes Kernfachwissen und größere Spezialkenntnisse vermittelt, als es ein herkömmliches Gymnasium kann. Moderne Video- und Datenverarbeitungs-Anlagen gehörten frühzeitig zur Ausstattung, Fächer wie Philosophie, Psychologie, Geologie, wissenschaftliche Arbeitstechniken, Spanisch, Russisch und Griechisch zum Lernangebot. Auch der Zwangsverwalter, Rechtsanwalt Jürgen Leibold, war vom ersten Augenschein beeindruckt. „Es ist“, schwärmt er, „eine wundervolle Schule.“

Die Meinung ist verbreitet. Ende Mai ringt sich die Elternschaft zu der „unverrückbaren Überzeugung“ durch, daß „das bewährte pädagogische Konzept“ unverändert weitergeführt werden müsse. Und daß man das nicht anderen überlassen könne. Binnen drei Tagen liegen Rechtsanwalt Schlesinger elterliche Darlehenszusagen über insgesamt 570 000 Mark vor. Gemeinsam mit den Lehrern wird ein Finanzierungs-Konzept für die Übernahme der Schulträgerschaft ausgetüftelt. Ergebnis: „Das Boxberg-Gymnasium Heidelberg ist bei ordentlicher kaufmännischer Führung und einem vertretbaren Engagement der Lehrer und Eltern rechenbar.“

Die Rechnung geht von mindestens 250 Schülern aus. Auf der Habenseite könnte dann, abgesehen von den Elterndarleben, monatlich mit gut 230 000 Mark Einnahmen aus Schulgeld und Landeszuschüssen kalkuliert werden. Im Soll stehen die Gehälter von rund 35 Lehrern, 13 weniger als bisher, sowie alle Sach- und Betriebsausgaben. Und natürlich die Gebäudemiete. 28 000 Mark im Monat verlangt die Heidelberger Volksbank für das ihr zugefallene Schulhaus. Ein „kulantes Angebot“, wie rundum anerkannt wird, das die konzertierte Rettungsaktion entscheidend voranbringt.

Höheren Orts bleibt die Wirkung nicht aus. Das Kultusministerium, beeindruckt vom Einsatz der Elternschaft, stellt Anfang Juli erstmals seine Zustimmung für die Fortführung des Schulbetriebs in Aussicht. Dann geht es Schlag auf Schlag. Am 25. Juli wird der rührige Elternverein ins Vereinsregister, am 28. Juli eine gemeinnützige GmbH, deren einziger Gesellschafter der Elternverein ist, ins Handelsregister eingetragen. Zwei Tage später hat die mit einem Stammkapital von 50 000 Mark angetretene GmbH die staatliche Anerkennung als neuer Schulträger in den Händen. Am 1. August flattert die frohe Botschaft allen Eltern per Rundbrief ins Haus, verbunden mit der Bitte, fortan „unsere gemeinsame Schule zu unterstützen und aktiv in Ihrem Bekannten- und Verwandtenkreis zu werben“. Seit dem vergangenen Wochenende rührt die „Boxberg GmbH“ nun selbst noch die Werbetrommel. Das Experiment kann beginnen.

Glückliches Heidelberg. In Pforzheim hat sich dagegen inzwischen Ernüchterung breitgemacht. Die Elternschaft ist zerstritten, die Trägergesellschaft immer noch nicht gegründet, weil bisher ungeklärt ist, ob die Lehrer nach Heidelberger Vorbild bereit sind, auf ihre Gehalts-Forderungen aus der Ära Prokop zu verzichten. Das hatte die Stadt zur Bedingung für ihre Mehrheitsbeteiligung gemacht.

„Es ist alles in der Schwebe“, sagt Pforzheims Schuldezernent Fritz Wurster. Doch die Zeit drängt: Am 26. August beginnt in Baden-Württemberg wieder der Unterricht.

Von der Eigen-Initiative beeindruckt: Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder gab seine Zustimmung FOTO: JUPP DARCHINGER

Der Senat baut Dämme gegen eine Flut von Fragen

Nachrichtensperre – Hochsaison für Spekulationen. Zum Fall Pinzner und seinen Ausläufern häufen sich die Fragwürdigkeiten. Doch die Hamburger Landesregierung schweigt – noch.

Von UWE BAHNSEN

Seit den tödlichen Schüssen des 29. Juli im Sicherheitstrakt des Hamburger Polizeipräsidiums, also seit gut zwei Wochen, haben sich die ermittelnde Staatsanwaltschaft und die Polizei, die leitenden Beamten der Justiz- und der Innenbehörde, und mit sehr unguten Gefühlen auch deren Chefs, die Senatoren Wolfgang Curilla und Alfons Pawelczyk, hinter einem juristischen Stacheldrahtverhau verschanzt.

Gefertigt wurde dieses Hindernis, das Journalisten vom Betreten des politischen Geländes im Sicherheitsskandal Pinzner abhalten soll, von Justizbürokraten. Bei der hektischen Suche nach einer Möglichkeit, mißliche Medienfragen abwehren zu können, verweilte der blätternde Finger des zuständigen Beamten beim Paragraphen 4 des Landespressegesetzes, der eigentlich das Gegenteil dessen regelt, wonach der Justiz in der Sache Pinzner der Sinn stand – das Recht auf Information. Auskünfte können aber verweigert werden, soweit „Vorschriften über die Geheimhaltung oder die Amtsverschwiegenheit entgegenstehen“.

Nach dieser gesetzlichen Handhabe, deren sachliche Berechtigung nicht zu bestreiten ist, griff sogleich die Leitung der Staatsanwaltschaft; das Hindernis „Nachrichtensperre“ war flugs errichtet, um „die Ermittlungsarbeit nicht zu behindern“ – so die offizielle Lesart. Unglücklicherweise ist aber für den 9. November in der Hansestadt eine Bürgerschaftswahl angesagt, und die jüngsten demoskopischen Ergebnisse rücken eine erdrutschartige Niederlage der regierenden SPD bedrohlich in die Nähe des möglichen.

Vor einem solchen Hintergrund ist amtliche Schweigsamkeit über einen bislang einmaligen Fall, den die an Skandale in den letzten Jahren hinreichend gewöhnten Hamburger mit ungläubigem Staunen zur Kenntnis nahmen, eine sehr zweifelhafte Strategie. Alfons Pawelczyk, der geborene Offensivpolitiker, hat das längst erkannt und will noch in dieser Woche ein klärendes Gespräch „mit dem Kollegen Curilla“ führen, der noch vor kurzem als Umweltsenator bei jeder Gelegenheit die Öffentlichkeit mit Tschernobyl-Meßwerten versorgte und nun auf Verlangen der ihm unterstehenden Staatsanwaltschaft gerade eben noch einräumen darf, daß es mal einen St.-Pauli-Killer namens Werner Pinzner gab.

Statt dessen können Curilla, Pawelczyk und die übrigen Rathaus-Regenten bei der morgendlichen Zeitungslektüre jede Menge Neuigkeiten über diesen längst zum „Dauerbrenner“ gewordenen Fall lesen. Es agiert noch immer, obwohl seit 14 Tagen tot, Werner Pinzner – durch Briefe und die auf ein Tonband gesprochene Ankündigung eines „großen Abgangs“ im Polizeipräsidium – der ihm dann auch gelang. Längst hat der Skandal freilich auch eine zweite Hauptfigur: Die attraktive 39jährige Pinzner-Verteidigerin Isolde Oechsle-Misfeld. Im Frauengefängnis Lübeck-Lauerhof, wohin sie aus Sicherheitsgründen gebracht wurde, schweigt die Juristin zu allen Vernehmungsfragen. Und da auch die Ermittlungsbehörden schweigen, wuchern die Spekulationen um diese Frau und ihren Mandanten Pinzner.

Ob die Verteidigerin mit derangierter Frisur und Garderobe aus Pinzners Zelle in der Untersuchungshaftanstalt gekommen sei, und ob sie ein intimes Verhältnis nicht nur mit diesem, sondern auch mit ihrem anderen schwerkriminellen Mandanten, dem Mörder Werner Fischer, gehabt habe, beschäftigt eine voyeuristische Phantasie. Die Ermittlungsbehörden sind gewiß nicht zu tadeln, wenn sie zu derlei Unappetitlichkeiten schweigen.

Doch mittlerweile hat sich eine lange Liste von Fragen gebildet, auf deren wahrheitsgemäße Beantwortung die Öffentlichkeit einen Anspruch hat, weil es darum geht, wie die verantwortlichen Politiker der Stadt es mit der inneren Sicherheit halten. Innensenator Pawelczyk hat das zu spüren bekommen, als er am Dienstag mittag im großen Sitzungssaal der Innenbehörde auf einer Pressekonferenz die Ablösung des Landespolizeidirektors Alfred Honka und die Berufung des leitenden Kriminaldirektors Otto-Werner Müller in dieses Amt bekanntgab.

Es sind Fragen, die zu bohrenden Zweifeln am Justiz- und Sicherheitsapparat geradezu zwingen. Ein Beispiel ist die Durchsuchung der Haftzelle Pinzners im Sicherheitstrakt des Untersuchungs-Gefängnisses am Tage nach der Tat. Die Durchsuchung sei, so ließ die Justizbehörde wissen, mit äußerster Gründlichkeit vonstatten gegangen. Das war am 30. Juli.

Zehn Tage später aber mußte die gleiche Behörde im Zusammenhang mit der Inhaftierung der Verteidigerin Isolde Oechsle-Misfeld einräumen, „daß bei einer nochmaligen Revision der Zelle Pinzners in der Untersuchungshaftanstalt einige Einweg-Spritzen sowie mehrere Kanülen gefunden worden sind“. Wie diese Utensilien bei der ersten Überprüfung der Zelle übersehen werden konnten, ist bislang ebenso offen wie die Frage, wo die Anwältin sich aufhielt, nachdem im Vernehmungszimmer 418 des Polizeipräsidiums um 10.44 Uhr die „Lage geklärt“ war.

Im Hinblick auf die Verteidigerin war die Lage offenbar alles andere als geklärt, denn eine interne Durchsage der Polizei lautete: Anwältin flüchtig. Wo war Isolde Oechsle-Misfeld in den drei bis vier Stunden nach der Tat, und wie hatte sie aus dem Sicherheitstrakt herausgelangen können?

Die Eile schließlich, mit der die Polizeiführung schon am Abend des Tattages auf einer weiteren Pressekonferenz bekanntgab, die Ehefrau Jutta Pinzner habe die Waffe in ihrer Handtasche in das Vernehmungszimmer geschmuggelt und sie ihrem neben ihr sitzenden Mann zugesteckt, paßt so ganz und gar nicht zu der Begründung für die Informationsblockade, man stehe ja noch „ganz am Anfang der Ermittlungen, deren Ergebnisse immer wieder durch neue Erkenntnisse überholt würden“.


Anwältin im Zwielicht: Isolde Oechsle-Misfeld FOTO: DPA

Inzwischen ist es alles andere als sicher, daß die Ehefrau die Waffe in den Sicherheitstrakt geschmuggelt hat. Eher deuten gewichtige Indizien darauf hin, daß die Verteidigerin das tat. Staatsanwalt Wolfgang Bistry, als gründlich und umsichtig bekannt, hatte offenbar Grund zu der Annahme, daß Frau Pinzner den Vorschriften entsprechend überprüft worden war. Im Hinblick auf die Verteidigerin war er arglos.

Dubios ist schließlich die Ablösung des überaus befähigten Kriminaloberrats Wolf Plewka als Chef der Spezialdienststelle FD 65 zur Bekämpfung der organisierten Schwerkriminalität. Er hatte gehen müssen, weil die Schüsse in seiner Dienststelle gefallen waren. Mittlerweile ist so gut wie sicher, daß massiver Druck auf ihn ausgeübt wurde, damit er diese Strafversetzung akzeptierte. Er wurde stellvertretender Chef der Staatsschutzabteilung FD 7, erhielt also eine absolut gleichwertige Position. Solche Kulanz pflegt der Dienstherr im allgemeinen nicht an den Tag zu legen, wenn sich ein Skandal ereignet hat. Was sind die Gründe?

Ob und wann wahrheitsgetreue Antworten gegeben werden, steht dahin. Die Installierung eines Untersuchungsausschusses – es wäre das siebte Gremium dieser Art in der laufenden Legislaturperiode – hätte keinen Sinn mehr, denn am 9. November wird gewählt. Unterdessen sorgt ein neuer Fall für Unruhe: Die Polizei hat eine Großfahndung nach einem dreifachen Mörder eingeleitet, der seit Montag aus der geschlossenen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses Ochsenzoll verschwunden ist. Die Hansestadt kommt nicht zur Ruhe.

Vor den Panzer hat die Armee das Pferd gesetzt

Für Offiziere der Bundeswehr mutet manches merkwürdig an, was sich da in der Panzerschule von Saumur abspielt. Denn hier fällt ins Auge, was die französische von der deutschen Armee unterscheidet: eine enge Verbundenheit mit Tradition und Bevölkerung.

Von PETER RUGE

Auf dem Exerzierplatz von Saumur, der mittelalterlichen Festung an der Loire, war eine Reitbahn aufgebaut. Tribünen säumten das Karree, Girlanden und Fahnen flatterten, zwei Musikzüge der Panzerschule wechselten sich im Takt ab. Für rund 20 000 Menschen herrschte Feststimmung. Das ist die Stunde, in der die Offiziersschüler nach zwölfmonatiger militärischer Ausbildung ihren Abschluß feiern: Mit einem Schauspiel, das seit 150 Jahren Tradition ist – das, weil die Nachfrage so groß ist, gleich an vier Tagen wiederholt wird.

Der Kommandeur der Schule schräg vor uns in der Ehrenloge erhebt sich. Alle stehen auf. Dem ranghöheren General neben ihm – es ist der Chef der Militärregion – gebührt es, die Fahnen-Zeremonie abzunehmen. Durch die Ost- und Westpforte reiten etwa 60 Panzerkadetten ein, die Lanzen mit den bunten Wimpeln aufgepflanzt im Sattel, wippend im Schritt der tänzelnden Pferde.

Da kommt durch das Mitteltor ein Reiter, die Lanzenspitze blitzt auf, als er sich langsam über den Sand in Richtung Ehrentribüne in Bewegung setzt. Das Tuch in den blau-weiß-roten Farben der Französischen Republik entfaltet sich: Honneur et patrie – Ehre und Vaterland ist in goldenen Lettern darauf gestickt. Die Musik spielt, die Lanzen senken sich, die Offiziere rund um die Kampfbahn heben die Hand zum Gruß an den Mützenrand. Die Fahne wird vor der Generalität quer über aufgepflanzte Säbel gelegt. Die Marseillaise erklingt. In diesem Augenblick wird spürbar, wie sehr das Publikum mit dieser Zeremonie verschmilzt: Armee und Bürger sind identisch vor dem Symbol der Nation.

Hätte die Bundeswehr diesen Zulauf, wäre das Volk genauso ergriffen? „Es gibt offene Tage, wo Gerät und Kasernen bei uns besichtigt werden können“, sagt ein deutscher Hauptmann neben mir. „Aber schon beim Fahneneid wird es doch problematisch. In vielen Standorten zieren sich die deutschen Bürgermeister, da müssen dann oft die Grünen, die Friedensbewegung herhalten als Gegenargument.“

Saumur, das wird in diesem Augenblick ganz deutlich, führt den wenigen deutschen Militärs, die als Gäste der Panzerschule anreisten, mehr vor Augen: Es ist die Problematik zweier Armeen. Westlich des Rheins die Franzosen, in der Tradition verankert – östlich des Rheins die Deutschen, seit Jahren eigentlich auf der Suche nach einem Arrangement mit dem Zeitgeist.

Hier, auf der Sandbahn von Saumur, werden Papp-Köpfe in den Boden gesteckt. Diesem Feind soll mit gezogenem Säbel der Garaus gemacht werden. Es mag den deutschen Beobachtern wie ein Anachronismus erscheinen. Französische Offiziere sind da anderer Auffassung. Der Umgang mit dem Pferd erziehe den jungen Kadetten zur Führung. Sie sagen: Der Panzerfahrer muß Hindernisse überwinden in einem Rahmen, wo ihm ein unabhängiger Wille begegnet. Um Entscheidungen ins Ungewisse treffen zu können, sei Wagemut erforderlich. Da setzt die Erziehung in der Panzerschule an. Das Pferd verkörpere den unabhängigen Willen, heißt es, Reiten bedeute, sich dem Ungewissen zu nähern und: Um Hindernisse zu nehmen, werde Risikofreude nötig.

Auf der Kampfbahn werden Ringe an Drehkreuzen aufgesteckt. Sie müssen mit eingelegten Lanzen im Galopp heruntergestochen werden. Im Karree gehen die Zuschauer begeistert mit. Jeder Fehlstich wird mit einem tausendstimmigen „Oh“ begleitet. Nur einer schafft drei Ringe, die er unter großem Jubel vor den Generälen in den Sand gleiten läßt. Die Reiterspiele schließen Pistolenschießen ein, Dressurakte, Gefechtsübungen, allerlei Husarenstücke – so geht es über eineinhalb Stunden.

Die jungen Offiziersanwärter in Saumur hatten bisher kaum Truppenberührung. Sie kommen von St. Cyr, wo sie eine wissenschaftliche Ausbildung drei Jahre lang wie in einer Bundeswehrhochschule absolvierten, oder von Frankreichs „Hohen Schulen“, wie der ENA, der Elite-Schule für den Staatsdienst. Auch Premierminister Jacques Chirac stieß so zur Panzerschule. Allerdings wurde ihm das Offizierspatent lange vorenthalten, weil er kommunistische Schriften im Studentenviertel von Paris verteilt hatte. Eine „Jugendsünde“ des heutigen Gaullisten-Führers.

Der Kommandeur von Saumur, Generalmajor Godet, läßt in der Pause zum Champagner bitten. In der großen Eingangshalle der Schule zieren Marmortafeln die Wände: Marschälle Frankreichs und andere große Namen wie Ney, Exelmann, Lattre de Tassigny oder Leclerc. Die deutschen Offiziere sind nun immerhin bereit, zuzugestehen, daß Reiten als Sport in der Bundeswehr durchaus erwägenswert wäre. Eine Annäherung? „Wir haben andere Ausbildungsgrundsätze, nicht so verspielt wie die Franzosen.“

Den Ruf der Schule von Saumur begründete früher der „Cadre noir“. Ein Name, der sich von der schwarzen Uniform ableitete, zu der ein dunkler Dreispitz getragen wurde. Das war eine Auszeichnung, die nur Reitlehrern zustand. 1764 wird als Gründungsjahr angegeben. Saumur und die Spanische Reitschule in Wien wurden tonangebend in Europa. Die Reitlehrer von Saumur dienten Königen und Kaisern, sie beeinflußten nicht nur die Kavallerie-Ausbildung in Frankreich, sie trugen auch dazu bei, daß Reiten unter Zivilisten Mode wurde.

Der „Cadre noir“ ist heute aus der Panzerschule ausgegliedert, er bildet das Kernstück der neuen zivilen nationalen Reitschule in Saumur – doch die Reitlehrer unterrichten weiter die Offiziersanwärter. So gebührt ihnen auch ein Platz in dem Schauspiel auf der Sandbahn. Dann wendet sich die Aufmerksamkeit wieder den Kadetten zu: Eine Motorrad-Vorführung steht im Programm. Geboten werden solche akrobatischen Kunststücke, daß sich die deutschen Offiziere einig sind: „Bei uns wäre das aus Sicherheitsgründen verboten.“

So wird in Saumur vorgeführt, daß es eigentlich drei Etappen sind, die die jungen Panzerfahrer durchlaufen in ihrer Ausbildung: vom Pferd aufs Motorrad und dann in den Panzer.

Die Schule besitzt das größte Kettenfahrzeug-Museum Frankreichs. Zur Feier des Tages rollen noch einmal die Uralt-Vehikel aus dem Ersten Weltkrieg in die Arena, auch ein deutscher „Panther“ aus dem Zweiten Weltkrieg ist dabei in dieser Waffenschau bis hin zum neuesten Gerät, dem Flugzeugabwehr-Panzer „Roland“.

Nach mehr als vier Stunden endet dieses Schauspiel, wie es begonnen hat. Unter den Klängen der Marseillaise wird die Fahne von der Ehrentribüne wieder der Truppe übergeben. Spät am Abend in der Offiziersmesse, als die Gäste aus der Bundesrepublik immer noch die kühle Perfektion preisen, die deutsche Soldaten lernen, um mit modernster Waffentechnik umzugehen, sagt ein alter Panzermann aus Saumur nur einen Satz: „Wie war das 1789, als ganz Europa gegen die Französische Revolution mobilisierte: Da standen perfekt ausgebildete Söldnerheere gegen unsere Freiwilligen, die nur einen Willen hatten, die frisch gewonnene Freiheit der Nation zu verteidigen. Ist das nicht die wichtigste Erfahrung, die unseren Soldaten heute vermittelt werden sollte, auf beiden Seiten des Rheins?“


Erziehungsmittel Pferd: Reiten ist in Saumur ein Pflichtfach der Offiziers-Ausbildung. FOTO: AFP

هكذا من الاصل

DKP-Lehrer in Niedersachsen suspendiert

MJ. Hannover

Das niedersächsische Kultusministerium nimmt einen weiteren Anlauf, um Lehrer, die mit Parteiämtern und Listenkandidaturen für die linksextremistische Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ihre Dienstpflichten wissentlich verletzen, aus dem Landesdienst zu entfernen. Über die Bezirksregierungen Weser-Ems und Hannover wurden zu Beginn des neuen Schuljahres gegen zunächst drei Lehrerinnen aus Oldenburg, Jever und Nordenham sowie einen DKP-Kollegen aus Garbsen bei Hannover Suspendierungen ausgesprochen und förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstenthebung eröffnet. Die vier Pädagogen sind auf halbe Bezüge gesetzt. Damit sind derzeit 18 „DKP-Fälle" bei den Disziplinarinstanzen des Landes anhängig.

Grundlage der Verfahren ist die Tatsache, daß sämtliche Betroffenen auch nach einem Runderlaß der Landesregierung vom 15. November 1985 Parteiämter, Kandidaturen bei Landtags- oder Kommunalwahlen oder kommunale Mandate der DKP übernommen haben. Mit dem Erlaß sollte sichergestellt werden, daß sich danach niemand auf einen „Verbotsirrtum" berufen könne, wie ihn der niedersächsische Disziplinarhof beim Landgericht Lüneburg am 26. Juni 1985 dem jetzt erneut suspendierten Garbsener Sportlehrer Karl-Otto Eckartsberg eingeräumt hatte.

Zwar hatten die Richter den objektiven Tatbestand der Dienstpflichtverletzung schon in früheren Jahren ausdrücklich bestätigt, der Landesregierung jedoch das Versäumnis vorgehalten, hinreichend deutlich auf die Verbotswidrigkeit von Funktionärstätigkeiten für die DKP hingewiesen zu haben. Nach dem Eckartsberg-Urteil mußten einige andere anhängige Entlassungsverfahren zunächst fallengelassen werden.

Nach Beseitigung des formalrechtlichen Stolpersteins wird der juristische Fortgang in Hannover mit Spannung erwartet. Dabei geht es auch um die dienstliche Autorität des Kultusministeriums. Eckartsberg hatte sich wenige Wochen nach dem zitierten Runderlaß zum DKP-Kreisvorsitzenden in Hannover-Land wählen lassen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

25 Jahre Berliner Mauer: WELT-Interview mit Eberhard Diepgen

„Auf Dauer wird sich das Bedürfnis nach Freiheit als stärker erweisen"

DW. Berlin

Für den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen nimmt Moskau über seine Berlin-Politik „immer Einfluß auf die DDR-Regierung". In der SED gebe es „unterschiedliche Strömungen", wie man Berlin behandeln solle. Das Gespräch mit Diepgen führte Hans-Rüdiger Karutz.

WELT: Präsident Ronald Reagan fordert den unverzüglichen Abriß der Mauer. Halten auch Sie diesen Schritt für eine Bedingung des tatsächlichen Wandels im „Denken und Handeln" à la Gorbatschow?

Diepgen: Präsident Reagan hat gesagt, der Abbau der Mauer wäre ein wesentlicher Schritt zu einem verbesserten Ost-West-Verhältnis. Diesen Standpunkt teile ich uneingeschränkt. Ich stimme ihm auch voll zu, wenn er feststellt, daß die Mauer uns an die Notwendigkeit erinnert, *unsere Arbeit für Freiheit und Frieden* fortzusetzen.

WELT: Wie lange kann es sich Ihrer Meinung nach die SED noch erlauben, der „DDR"-Bevölkerung Freizügigkeit vorzuenthalten?

Diepgen: In der DDR werden Menschenrechte mißachtet. Auf die Dauer wird sich das Bedürfnis nach Freiheit aber als stärker erweisen. Das entbindet uns jedoch nicht von der Verantwortung, im Dialog mit der DDR-Regierung für die Deutschen in Ost und West die größtmögliche Freiheit unter den gegebenen Umständen zu erreichen.

WELT: Ost-Berlin bezweckt mit seiner ‚ungeheuer zynischen' Asylanten-Politik, wie Sie sie bezeichneten, offensichtlich einen direkten Stoß gegen den Berlin-Status. Dient die Asyl-Frage als Vorwand, um Berlin dauerhaft zu schaden?

Diepgen: Jeder einseitige Versuch, den Status von ganz Berlin zu verändern, wird scheitern. Die DDR wird *ihre bisherige* Praxis *nicht* durchhalten können: Weder aus den Gründen ihres Interesses am deutsch-deutschen Dialog noch gegenüber der eigenen *Bevölkerung. Der* Widerspruch zwischen der Freizügigkeit für Durchreisende aus Ghana und Reisebeschränkungen für die Deutschen in der DDR ist zu groß.

WELT: Es wird deutlich, daß Moskau stärkeren Einfluß als bisher auf die Berlin-Politik der „DDR" nimmt.

Diepgen: Die Sowjetunion hat als eine der für ganz Berlin verantwortlichen Status-Mächte immer Berlin-Politik gemacht. Sie weiß um die zentrale Bedeutung Berlins für die Zukunft Europas, auch für die Zukunft der Entspannungspolitik, und sie nimmt über ihre Berlin-Politik immer auch Einfluß auf die DDR-Regierung.

WELT: Gibt es Hinweise auf unterschiedliche Einschätzungen in der SED-Spitze, was Berlin angeht?

Diepgen: In der SED gibt es unterschiedliche Strömungen. Hierüber öffentlich zu spekulieren, das wäre kein *guter Rat für einen* handelnden Deutschland-Politiker.

WELT: Sie führten im März in Leipzig ein Vieraugen-Gespräch mit Erich Honecker über die Asylantenproblematik. Sind Sie enttäuscht über die heutige „DDR"-Haltung?

Diepgen: Die DDR hatte gezeigt, daß sie bei der Behandlung von Asylbewerbern aus Sri Lanka zur einvernehmlichen Regelung in der Lage ist. Ich habe die Hoffnung, daß die DDR wegen ihres Interesses am deutsch-deutschen Dialog in Zukunft die internationalen *Gepflogenheiten* für alle Transitreisenden beachtet.

WELT: In der Union überlegt man öffentlich, womit die andere Seite wegen ihrer Asylantenpolitik unter Druck gesetzt werden könnte. Denkt auch der Senat in diese Richtung?

Diepgen: Hier ist manches ein bißchen voreilig in die Welt gesetzt worden. Davon halte ich nichts. Sicher ist, daß die DDR-Regierung die deutsch-deutschen Beziehungen mit ihrer Praxis nicht fördert. Es wäre aber falsch, die gesamte Diskussion über *Asylsuchende auf den Zugang* über den Flughafen Schönefeld zu konzentrieren.

WELT: Die drei Westalliierten legen als Signatarmächte des Berlinabkommens großen Wert darauf, daß, wie damals beschlossen, die „Lage, wie sie ist", erhalten bleibt. Die „DDR" versucht, dieses für Groß-Berlin geltende Abkommen zu unterlaufen.

Diepgen: Die Asylproblematik hat mit dem Berlin-Status zunächst *nichts zu tun. Jeder Asylbewerber* wird an der bayerischen Grenze nach dem selben Recht und nicht anders als an der Demarkationslinie zwischen Ost- und West-Berlin behandelt. Hier spielt die Nähe des Flughafens Schönefeld die entscheidende Rolle. Daß die DDR eine andere Rechtsauffassung über den Geltungsbereich des Viermächte-Abkommens hat, die der tatsächlichen Lage nicht entspricht, ist bekannt. Die Lösung des Asylantenproblems ist vorrangig eine deutsche Angelegenheit. Sofern die westlichen Alliierten unterstützend *tätig* werden, *ist ihr* Ansprechpartner die UdSSR.

WELT: Die Berliner haben sich am 25. Jahrestag des Mauerbaus diszipliniert verhalten und in der Regel verantwortungsvoll protestiert. Reicht die Gewöhnung an die Mauer allmählich an ihre Hinnahme heran?

Diepgen: Nein. Wir haben lernen müssen, mit der Mauer zu leben. Akzeptieren *können* und *werden wir die* Mauer niemals. Ich lege jedoch Wert darauf, zu betonen, daß Berlin eine Stadt ist, die sich nicht durch die Existenz der Mauer definiert.

WELT: Ost-Berlins Außenministerium nannte Sie einen „Marktschreier". Welche Chancen hat bei soviel „Freundlichkeit" der Vorschlag, die Berliner CDU sollte Gespräche mit der SED führen?

Diepgen: *Ich bin dafür, daß es zwischen* Deutschen keine Berührungsängste geben sollte. Warum sollten nicht die CDU oder ihre parteinahen Stiftungen mit der SED sprechen, um trotz ideologisch unversöhnlicher Unterschiede gemeinsame Interessen zum Wohle der Menschen auszuloten? Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung hat dies mit einem Umwelt-Forum in der DDR vorgemacht. Was es allerdings nicht geben darf, ist eine Neben-Außenpolitik. Das betrifft Ministerpräsidenten ebenso wie Parteivertreter bei ihren DDR-Kontakten. *Hier gilt das Gebot der Bundestreue.*



„Die Sowjetunion weiß um die zentrale Bedeutung Berlins für die Zukunft Europas"

„Berlin bleibt das Symbol für die offene deutsche Frage"

Auszüge aus der Rede Bundeskanzler Helmut Kohls im Reichstag

Wie dieser 13. August 1986 diesseits und jenseits der Mauer begangen wird, ist bezeichnend: Die Führung der DDR feiert diesen Tag mit Pomp und militärischem Gepränge. Es gehört viel Zynismus dazu. Wir wenden uns entschieden gegen die Verletzung des Status der Stadt durch den Aufmarsch von DDR-Kampftruppen. Ein Beitrag zum Frieden ist das sicherlich nicht. Für uns ist dieser 13. August geprägt von jenen *Holzkreuzen, die hier gleich* neben dem Reichstag stehen ...

... Solange Deutschen die Freiheit vorenthalten wird, solange grundlegende Menschen- und Bürgerrechte mitten in Deutschland verletzt werden – solange bleibt auch die deutsche Frage offen. Berlin bleibt das Symbol für diese offene deutsche Frage. Berlin versteht sich zu Recht als europäische Metropole. Dem frei*en Berlin gehört die Zukunft* ..

... Die Einheit Europas, aber auch die Einheit der deutschen Nation soll und muß sich zuerst in der Freiheit ihrer Menschen erfüllen. Wir haben nicht das Recht, den Anspruch auf Selbstbestimmung für alle Deutschen – den Auftrag der Präambel des Grundgesetzes – einfach aufzugeben.

Deshalb kommt eine Ausbürgerung unserer Landsleute durch die Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft der DDR ebensowenig in Frage wie eine Änderung der Präambel des Grundgesetzes. Diese Klarheit in den Grundsätzen bildet das Fundament der Deutschlandpolitik der von mir geführten Bundesregierung. *Und daraus ergeben sich* auch die Richtung und das Ziel unserer Politik ..

... *Noch* immer erlaubt die *DDR* unterhalb des Rentenalters Westreisen nur in Ausnahmefällen bei sogenannten dringenden Familienangelegenheiten. Ich begrüße ausdrücklich, daß die Zahl solcher Reisen im ersten Halbjahr 1986 auf das zweieinhalbfache gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen ist. Aber es bleibt die Frage an die DDR: Wann endlich dürfen alle jüngeren Menschen in der *DDR* – und sei es nur in bestimmten Zeitabständen – in den Westen reisen? Die DDR weiß sehr genau, daß es noch immer sehr viele unerfüllte Reisewünsche gibt. Auch die ausgedehnten Kontaktverbote, die Einreiseverweigerungen und die – gerade *für die Berliner – seit 1980* bedrückend hohen Mindestumtauschsätze erschweren erheblich die Kontakte zwischen den Menschen .. "

Honecker: Mauer hat Europa den Frieden gerettet

DW. Berlin

„DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker hat den Mauerbau vor 25 Jahren als „historische Aktion" gewertet, die bei „den Völkern Europas den Frieden gerettet" habe. Bei einer Parade, an der Betriebskampfgruppen, Grenztruppen, Volkspolizei und Nationale Volksarmee *teilnahmen, sagte er,* sie habe den Weg von der Konfrontation zur Entspannung geebnet und der Sicherheit und Zusammenarbeit gedient. Das seitdem geschaffene europäische Vertragssystem habe die Proben der Zeit bestanden. „Die DDR ist dafür, dieses Vertragssystem zu festigen und weiter auszubauen", betonte er.

In Ost-Berlin fand an der „Gedenk*stätte für die an der Staatsgrenze zu* Berlin (West) gefallenen Soldaten der Grenztruppen der DDR", so formulierte die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN, eine Kranzniederlegung statt. Gemeinsam mit Abordnungen der „DDR"-Grenztruppen hätten Familienangehörige, Vertreter der Partei sowie Delegationen aus Betrieben und Schulen der Soldaten gedacht.

Wie jedes Jahr am 13. August wur*den ganze Schulklassen zu den* Wachmannschaften geschickt, um ihnen Blumen zu überreichen und für ihren Dienst zu danken.

„Ein Interessenausgleich mit Ost-Berlin scheint möglich"

Passagen aus der Ansprache des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt

Welches war nun die spezifische Illusion, die am 13. August zum Platzen kam – die Fiktion, von der kaum etwas übrig blieb? Ich meine, die bis zum Exzess kultivierte Vorstellung, aus einer grundsätzlich gegebenen Viermächte-Kompetenz für Berlin als Ganzes ergäben sich für die Menschen hier relevante Befugnisse und Möglichkeiten der Drei Westmächte, die über deren Sektoren hinausreichten: Daß das so nicht war, hat *man seit der Trennung* der städtischen Einrichtungen im Blockadewinter 48/49 wissen können. Der Hinweis auf eine eingebildete Rechtslage wurde dann erheblich strapaziert, als es zum Beispiel nicht ausgeschlossen war, West-Berlin eindeutiger mit dem Bundesgebiet zu verbinden ..

... Der Respekt vor den Schutzmächten im allgemeinen und den Vereinigten Staaten im besonderen wird nicht gemindert, wenn man in allem Freimut daran erinnert, daß sie sich, wenn überhaupt, auf eine falsche Art von Konflikt vorbereitet hatten. Wahr ist ja auch, daß in der westlichen Deutschlandpolitik eine eher formale als substantielle Überein*stimmung* bestand. Es war schon ein Trauerspiel besonderer Art, miterleben zu müssen, wieviel Zeit man sich nahm, im Osten auch nur Protestnoten an den Mann zu bringen. Und wie rasch es ging, in Bonn gemeinsam mit dem Botschafter der Sowjetunion zu Papier zu bringen, das Vorgefallene solle die zwischenstaatlichen Beziehungen nicht belasten ...

... Auch in diesen Wochen erleben wir wieder einen erschreckend hilflosen *Wortstreit um alliierte Rechte* und deutsches Verfassungsgebot. Da es nicht in Betracht kommen kann und von den Alliierten nicht in Erwägung gezogen wird, die Mauer um ein Einreiseverbot für bestimmte Kategorien von Ausländern zu ergänzen, lag doch nichts näher, als sich mit der Führung der DDR ernsthaft um einen Interessenausgleich zu bemühen. Ich habe im vorigen Jahr den Eindruck gewonnen, daß dies möglich sein könnte ...

... Der Friede, der seinerzeit in Berlin akut gefährdet war, ist heute nicht mehr in oder durch Berlin gefährdet. Raketen und Chemiewaffen, Atomarsenale und Weltraumspekulationen, bedrückender Welthunger und das Knäuel von regionalen Konflikten in verschiedenen Teilen der Welt haben, wenn man so will, Berlin dabei geholfen, ein erhebliches Stück Normalität zurückzugewinnen – bei allem, was an Nichtnormalem weiterbesteht ..."

Bonn zweifelt an isarelischer Terror-Studie

D.G. Bonn

Kritisch hat sich das Bundesinnenministerium zur Aussagekraft einer Studie des israelischen Jaffee-Instituts für strategische Studien geäußert, wonach die Bundesrepublik bei den 1985 registrierten 408 Anschlägen des internationalen Terrorismus hinter dem Libanon auf den zweiten Platz gerückt sei (WELT vom 13. August).

Minister Zimmermanns Sprecher Hans-Günter Kowalski sagte gestern der WELT, anhand der veröffentlichten Zahlen und Fakten seien erhebliche Zweifel berechtigt, ob diese Studie richtig sei.

Kowalski erklärte zur Begründung, Terrorismus, verübt von Tamilen, Basken, Iren oder im Iran bleibe als nationale Erscheinung in der Studie unberücksichtigt. Dagegen würden für die Bundesrepublik RAF und Rote Zellen mit 28 Anschlägen genannt. Letztere gehörten sicher nicht zum internationalen Terrorismus.

Auch sei 1985 kein internationaler Anschlag der RAF bekannt geworden. Im letzten Jahr habe es zwei unaufgeklärte Attentate gegeben, die möglicherweise dem internationalen Terrorismus zuzurechnen seien: Am 19. Juni im Frankfurter Flughafen mit drei Toten und am 24. November auf das US-Einkaufszentrum in Frankfurt mit 35 Verletzten.

IG Metall kündigt Kampagne an

rtr, Villingen

Die IG Metall will nach der Sommerpause *mit einer Kampagne in der* eigenen Organisation und der Öffentlichkeit den Boden für eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit im nächsten Jahr bereiten.

Der Gewerkschaftsvorsitzende Hans Mayr sagte vor Funktionären in Villingen, *mit dem* Beschluß des Gewerkschaftsvorstandes, die Tarifbestimmungen über die Wochenarbeitszeit zum 31. Dezember in allen Tarifgebieten zu kündigen, seien die Weichen für eine neue Arbeitszeit-Offensive gestellt worden. Mayr erwartet, daß die Mobilisierung der Mitglieder für eine weitere Arbeitszeitverkürzung leichter falle als 1984.

Der Gewerkschaftsvorsitzende rief *die Vertreter der Koalitionsparteien* auf, im Bundestagswahlkampf zur Arbeitszeitverkürzung Stellung zu nehmen. „Wenn die Regierungsparteien die Stimmung der Unternehmer pflegen wollen, dann sollen sie Nein sagen, wenn sie die Stimmen der Arbeitnehmer haben wollen, dann müssen sie Ja sagen."

Kraftwerk Stade auf dem Prüfstand

MJ. Hannover

Neben den bundesweiten Überprüfungen aller Kernkraftwerke durch das *Bundesumweltministerium* soll der 660-Megawatt-Druckwasserreaktor in Stade auf Veranlassung des niedersächsischen Umweltministers Werner Remmers (CDU) einer „umfassenden Sicherheitsanalyse" unterzogen werden.

Zugleich sollen in Stade bis 1987 die Notkühlsysteme modernisiert und erweitert werden. Im zurückliegenden Landtagswahlkampf hatten SPD und Grüne die Stillegung des 14 Jahre alten Kraftwerks gefordert, weil am stählernen Druckbehälter Materialversprödungen aufgetreten seien. Fachleute versichern indes, bereits seit mehr als einem Jahr seien hinreichende Vorkehrungen gegen derartige Schäden getroffen.

Ein erfülltes arbeitsreiches Leben ist zu Ende gegangen.

Dr. jur. Werner Zinck

* 3. 9. 1903 † 11. 8. 1986

In Dankbarkeit und stiller Trauer
Senta Zinck geb. Aly
Hisayuki Sano und
Frau Barbara geb. Zinck
Angelika und Christian
Hartwig Zinck und
Frau Monica geb. Weiß-Kiene
Stephanie und Carola
Adalbert Zinck und
Frau Yvonne geb. Brügger
Oliver und Miriam

2050 Hamburg 80, Glindersweg 29

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 18. August 1986, um 14 Uhr in der St.-Petri-und-Pauli-Kirche zu Bergedorf, Bergedorfer Schloßstraße, statt.

Anstatt zugedachter Blumen erbitten wir auf Wunsch des Entschlafenen um Unterstützung der Georg-Behrmann-Stiftung, Bergedorf, Konto-Nr. 1034/237 774 Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Stichwort „Werner Zinck."

Am 11. August 1986 verstarb in Hamburg im Alter von 82 Jahren Herr

Dr. jur. Werner Zinck

vereidigter Buchprüfer und Steuerberater

Der Verstorbene legte mit der Gründung einer Steuerberatungspraxis im Jahre 1949 den Grundstein zu unserer Sozietät, deren Entwicklung er bis zum Eintritt in den Ruhestand im 81. Lebensjahr aktiv begleitete. Wichtige Bereiche unserer Arbeit wurden durch seine umsichtige und fürsorgliche Berufsausübung geprägt.

Wir verlieren mit ihm eine hochgeschätzte Persönlichkeit und einen väterlichen Freund.

Unsere Mitarbeiter und wir werden die Erinnerung an ihn in unseren Herzen bewahren.

E. Treyde **H.-J. Stephan**
Wirtschaftsprüfer – Steuerberater

2050 Hamburg 80, Sander Markt 20

Mediengesetz in Frankreich verabschiedet

AFP, Paris

Die Nationalversammlung und der Senat in Paris haben gestern das Mediengesetz endgültig verabschiedet und damit den monatelangen Streit über die weitgehende Neuordnung in Rundfunk und Fernsehen beendet.

Das Gesetz sieht vor allem die Privatisierung des ältesten und beliebtesten französischen Fernsehsenders TF-1 sowie die Schaffung einer „Nationalen Kommission für Kommunikation und Freiheit" (CNCL) vor, die *mit erweiterten Kompetenzen an die* Stelle der bisherigen staatlichen Aufsichtsbehörde treten soll. TF-1 soll zur Hälfte an ein privates Konsortium verkauft werden. 40 Prozent werden in der Öffentlichkeit gestreut; die restlichen zehn Prozent sind der Belegschaft des Senders vorbehalten. Die beiden übrigen öffentlich-rechtlichen Kanäle „A2" und „FR3" sollen staatlich bleiben.

Die Konzessionen für die beiden Kommerzsender „5" und „6" wurden von der Regierung Chirac zurückgenommen und sollen von der CNCL neu vergeben werden. Keine Änderung gibt es für das Pay-TV „Canal+".

Gemayel vermittelt im Milizen-Streit

AFP, Beirut

Der libanesische Präsident Amin Gemayel hat erstmals seit dem Aus*bruch der Kämpfe zwischen rivalisie*renden Fraktionen der Christenmilizen vor drei Tagen die politische und militärische Führung des christlichen Lagers zu einer Beratung empfangen. Unterdessen ist es gestern erneut zu Feuergefechten zwischen Mitgliedern der schiitischen Amal-Milizen und Angehörigen der UNO-Friedenstruppe gekommen. Nach Angaben eines UNO-Sprechers wurde dabei ein französischer Soldat verwundet.

UdSSR-Manöver vor Japans Küste

AP, Washington

Die sowjetische Pazifikflotte hat nach Angaben des amerikanischen Verteidigungsministeriums in den Gewässern nördlich von Japan mit umfangreichen Seemanövern begonnen. An den Übungen sind mindestens 15 Überwasser-Kampfschiffe und mehr als 15 Unterseeboote beteiligt. Dazu kommt noch eine große Zahl von Kampfflugzeugen, die von ihren Stützpunkten in der Sowjetunion aus zu den Übungen fliegen. Ziel der Manöver ist es offenbar, den Schutz der sowjetischen U-Boot-Stützpunkte auf den Kurilen-Inseln zu erproben.

China erprobt Fünf-Tage-Woche

AP, Peking

China will im Rahmen seines fünfjährigen Wirtschaftsplans im Zeitraum 1986-1990 erstmals Experimente mit der Fünf-Tage-Woche machen. Wie die englischsprachige Pekinger Tageszeitung „China" gestern meldete, soll „auf gewissen Gebieten" anstelle der 48stündigen Sechs-Tage-Woche eine fünftägige 40-Stunden-Woche treten.

Industrieunternehmen und Bereiche des öffentlichen Dienstleistungsgewerbes sollen zu den ersten gehören, bei denen die neue Regelung erprobt wird. Ein chinesischer Wissenschaftler erklärte, die 40-Stunden-Woche werde dem Leben der Menschen zugute kommen, den Tourismus fördern und die Harmonie in den Familien erhöhen.

Botha schwört die Partei auf Einigkeit gegen Forderungen des Auslands ein

Kühle Reaktion auf Rede des südafrikanischen Präsidenten in London / Neuwahlen?

MONIKA GERMANI, **Durban**

„Wenn Verhandlungen zu entscheidenden Veränderungen in der Verfassung unseres Landes führen, werde *ich mein Versprechen halten* und die Wählerschaft vorher konsultieren." Dieser Satz galt bei politischen Beobachtern in Durban als Kernstück der Rede des südafrikanischen Präsidenten Pieter W. Botha zur Eröffnung des Sonderkongresses der Nationalen Partei. Botha fuhr fort: „Zu welcher Übereinkunft wir auch während der Verhandlungen kommen werden, sie müssen der weißen Wählerschaft zur Entscheidung vorgelegt werden. Ich glaube auch, daß die schwarzen Führer ihre Anhängerschaft konsultieren wollen. Diese Konsultationen auf unserer Seite entweder in Form eines Referendums oder einer allgemeinen Wahl können früher stattfinden, als *die meisten erwarten.*"

Ministaaten als Vorbild

Mit diesen Worten hatte Botha die vor dem Kongreß kursierenden Spekulationen bestätigt, er werde sich zum Thema Neuwahlen äußern. Allerdings wurden keine detaillierten Beschlüsse in dieser Angelegenheit erwartet. In Durban sollen vor allem Richtlinien für die anschließend stattfindenden Parteikongresse in den einzelnen Provinzen ausgearbeitet werden.

Botha bestätigte in dieser Rede jedoch auch die Entschlossenheit seiner Regierung, den beschrittenen Weg zur Selbstbestimmung der einzelnen Bevölkerungsgruppen des Landes, ob schwarz, weiß oder braun, weiterzugehen. Während Kritiker ihm dies als eine Rückkehr zur „Laager-Mentalität" ankreiden, verteidig*te der Präsident* diese Entwicklung mit dem Hinweis auf europäische Ministaaten wie San Marino, Monaco, Luxemburg, Liechtenstein und Andorra. Deren Bevölkerung mit insgesamt weniger als einer halben Million betrage nicht einmal ein Fünftel der Bevölkerung der Transkei. Trotzdem würden sie als selbständige Staaten *international* anerkannt.

Um diese Entwicklung durchzuführen, müsse sich Südafrika gegen Einmischungen und Drohungen aus dem Ausland einigen. Linke Kritiker würden mit „echten Reformen" oft nur die Machtübergabe an die Allianz zwischen ANC und der südafrikanischen Kommunistischen Partei mei*nen.* Botha bestätigte seinen Willen, politische Gefangene unter der Bedingung freizulassen, daß sie der Gewalt entsagen.

Sein Land sei Sanktionen ausgesetzt, weil es Freiheit, Gerechtigkeit und Ordnung vertrete, aber Südafrika werde sie nicht nur überleben, sondern gestärkt daraus hervorgehen, sagte Botha. Dem Westen warf er Scheinheiligkeit in der moralischen Beurteilung des Landes vor, die Kritik an der Rassentrennungspolitik nannte er „eine der extremsten Formen politischen Schwindels im 20. Jahrhundert."

Zum Beispiel würden die EG und die britische Regierung kaum Strafmaßnahmen gegen Länder beantragen, in denen rassische Unterschiede herrschten, noch würden sie Regierungssysteme verurteilen, die nicht dem Ideal eines wirklich demokratischen Staates entsprechen; vielmehr „*finden wir eine allgemeine Tole*rierung der Berliner Mauer und der kommunistischen Tyrannei in Afghanistan, Polen und anderen Ländern Osteuropas." Die Nationale Partei habe ein Konzept für Verhandlungen. Dies bedeute aber keinesfalls die Abtretung der Rechte des weißen Mannes in seinem eigenen Vaterland.

Über Sicherheit diskutieren

Botha sagte, er sei bereit, mit den Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik sowie mit allen Führern im südlichen Afrika über militärische Sicherheit und Stabilität in der Region zu diskutieren ebenso wie über wirtschaftliche Entwicklung, Hilfe und Zusammenarbeit.

Die britische Regierung reagierte kühl auf Bothas Rede. Ein Sprecher des Foreign Office sagte: „Wir sind enttäuscht, daß Präsident Botha keine Anzeichen dafür gegeben hat, einen großen Sprung zu machen, der so eindeutig notwendig ist." Die Bonner Regierung nahm Bothas Vorschlag zu Gesprächen ebenfalls mit Zurückhaltung und Skepsis auf. Positiver dagegen reagierte US-Präsident Reagan. Südafrika sei ein souveränes Land, dem man nicht diktieren könne, wie es regiert werden solle, sagte er. Deshalb sei es wichtig, mit der Regierung in Pretoria zu reden.

65 000 Deutsche kämpfen in der UdSSR um Ausreise

Wieder Festnahmen vor der Bonner Botschaft in Moskau

R.-M. BORGÄSSER/DW. **Moskau**

Drei deutschstämmige Sowjetbürger sind gestern von der sowjetischen Polizei geprügelt und festgenommen worden, als sie versuchten, vor der Bonner Botschaft in Moskau für ihre Ausreise in die Bundesrepublik zu demonstrieren. Die beiden Frauen und ein Mann wurden von den Polizisten gewaltsam daran gehindert, sich der Botschaft zu nähern und anschließend in einem Kleinbus abtransportiert.

Die drei Deutschen aus der Moldauischen Sowjetrepublik – Amalia Krohmer und Konstantin und Emma Fischer – wollten nach eigenen Angaben stellvertretend für ihre beiden Familien demonstrieren, die sich seit rund zehn Jahren um eine Ausreise bemühen. Insgesamt handelt es sich um zehn Personen. In beiden Fällen wird die Ausreise nicht genehmigt, obwohl engste Verwandte bereits in der Bundesrepublik leben.

Zwei Millionen Deutsche leben derzeit noch in der Sowjetunion, 65 000 wollen ausreisen und kämpfen seit Jahren vehement um die Zusammenführung ihrer Familien. Von 1970 bis 1985 haben 71 600 Deutschstämmige aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik übersiedeln dürfen. Doch längst ist der einstige Strom zum Rinnsal geworden. Die Sowjets *wollen die fleißigen und intelligenten* Deutschen nicht ziehen lassen, ebensowenig wie die Juden. Für sie ist die Blockierung der Familienzusammenführung längst zum politischen Druckmittel geworden, das man so schnell nicht aus den Händen gibt.

Auch Generalsekretär Gorbatschow hat bisher noch keine sichtbare Bereitschaft bezeigt, Fragen der Familienzusammenführung entgegenkommender als bisher zu behandeln. Zwar unterstrich der sowjetische Parteichef beim Besuch des französischen Präsidenten Mitterrand Anfang Juli dieses Jahres, daß die Klärung der humanitären Fragen „keine leeren Worte seien", doch geschehen ist wenig.

So reisten im Juli dieses Jahres nur 26 Personen aus. Die Zahl der Genehmigungen ist seit Jahren stetig gesunken. Waren es 1976 im Halbjahresdurchschnitt noch 479 Ausreisende, so ging die Zahl im Jahr 1983 auf 115 und 1985 sogar auf nur 37 zurück.

Die Geschichte der Rußlanddeutschen wird heute in den Vernehmungsprotokollen der Geheimpolizei und in den Gerichtssälen geschrieben. Anträge von Auswanderungswilligen auf Umsiedlung in die Bundesrepublik und ihr Bekenntnis zur Heimat der Väter werden umgewandelt in Anklagen gegen das System und seine Bürokratie.

Der Hauptteil der Rußlanddeutschen lebt heute im asiatischen Teil der Sowjetunion. Auf Befehl Stalins von 1941 wurden etwa 800 000 – davon allein 400 000 aus dem Wolgagebiet – aus dem europäischen Teil deportiert. Mit dieser Maßnahme sollte eine mögliche „Kollaboration" mit Hitlers Soldaten unmöglich gemacht werden. Sie, die Nachkommen der ersten Siedler, die aus der Pfalz, Schwaben und Württemberg einst auf Einladung von Katharina der Großen gekommen waren, mußten wieder ihre Heimat verlassen und wurden meistens in Sibirien angesiedelt.

Vor dem Zweiten Weltkrieg zählte man in der Sowjetunion noch 1,5 Millionen Deutschstämmige. Sie pflegten so gut es ging ihre Kultur und Sprache. Nach Hitlers Überfall meldeten sich manche freiwillig. Stalins Order rief sie zurück.

Eine Teilamnestie im Jahr 1955 brachte den Deportierten eine Lockerung. Dennoch blieb es bei Strafe verboten, in die frühere Umgebung zurückzukehren. Auch für das konfiszierte Hab und Gut gab es keine Entschädigungen. Die politische Rehabilitierung erfolgte per Dekret im Jahre 1964. Doch sie blieb Stückwerk. Denn alle Bemühungen der Deutschstämmigen um Wiederherstellung einer begrenzten Autonomie sind bisher – im Gegensatz zu denen anderer Minderheiten – gescheitert.

Bhutto-Tochter verhaftet. Schlag gegen Opposition

DW. Islamabad

Am Vorabend des Unabhängigkeitstags hat die seit 16 Monaten amtierende Zivilregierung in Pakistan den bislang härtesten Schlag gegen die Opposition geführt.

Wie in Islamabad verlautete, wurden mehrere hundert Oppositionelle, darunter die Führerin der Pakistanischen Volkspartei (PPP), Benazir Bhutto, festgenommen oder interniert.

Die Opposition hatte trotz eines Kundgebungsverbots der Regierung zum 39. Jahrestag der Unabhängigkeit im ganzen Land Demonstrationen geplant, um Ministerpräsident *Mohammad* Khan Junejo unter Druck zu setzen, bis spätestens zum 20. September Neuwahlen anzusetzen.

Auf der Zentralkundgebung in Lahore wollte Frau Bhutto, Tochter des hingerichteten früheren Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto und zentrale Figur unter den Regierungsgegnern, auftreten. Frau Bhutto wurde auf dem Flughafen von Karachi festgenommen, als sie nach Lahore in der Provinz Pandschab fliegen wollte.

Wie verlautete, wurde in Ravalpindi auch der Generalsekretär der PPP, Tikka Khan, festgenommen. Der PPP-Vorsitzende der Provinz Sind, Makhdoom Khaliquzzaman, und Parteiführer in anderen Provinzen seien interniert worden.

Das pakistanische Oppositionsbündnis zur Wiederherstellung der Demokratie (MRD), dem elf Parteien angehören, hatte zuvor angekündigt, daß es trotz der Aufforderung von Regierungschef Mohammad Khan Junejo, auf Kundgebungen zu verzichten, die geplante Großdemonstration in Lahore durchführen würde. Junejo hatte wegen erwarteter Unruhen eine eigene in Lahore geplante Kundgebung abgesagt.

Die MRD koordiniert den Widerstand gegen den Militärpräsidenten Ziaul Haq, seit dieser 1977 durch einen Putsch an die Macht kam.

In der Kreml-Diplomatie zieht jetzt Dobrynin die Fäden

Von HEINZ BARTH

Als Anatolij Dobrynin vor gerade sechs Monaten Washington *endgültig verließ, wo er* 23 Jahre als Sowjetbotschafter eine Star-Rolle gespielt hatte, galt es als ausgemacht, daß sich mit seiner Rückkehr nach Moskau der Stil der sowjetischen Außenpolitik gründlich, und ihre Orientierung, wenn vielleicht auch weniger gründlich, ändern würden. Was sie gegenwärtig durchmacht, muß man wohl, ohne die Erwartungen zu überspannen, eine Generalüberholung nennen, die überfällig war, nachdem die Starrheit des Dogmatikers Andrej Gromyko durch Jahrzehnte die Beziehungen der Supermächte zur Immobilität verdammt hatte.

Was immer in der Praxis bei diesem Wechsel herausspringen mag, ist schon jetzt zu erkennen, daß Michail Gorbatschow zu Reformen der sowjetischen Diplomatie entschlossen ist, die sich nicht auf die Personalpolitik beschränken. Dobrynin schien nach seinen Dauererfolgen in den USA der gegebene Mann für den Chefposten des sowjetischen Außenministeriums zu sein. Daß es anders kam, darf zur Verwunderung jener, die nicht damit gerechnet hatten, als Indiz gelten, daß es dem Kreml-Chef mehr um Substanz als um Atmosphärisches geht. *Er holte sich mit* Edward Schewardnadse aus der Provinz ein unbeschriebenes Blatt der Diplomatie, einen Mann, der mit seiner Verbindlichkeit für den glatten Ablauf des außenpolitischen Tagesgeschäftes sorgen soll.

Dobrynin hingegen ist an der Spitze der Internationalen Sektion des *Zentralkomitees der KPdSU* eindeu-

Die ● ANALYSE

tig in die Schlüsselposition des Chefstrategen für Gorbatschows neue Linie eingerückt.

Der geschmeidigere, undogmatischere und intellektuell anspruchsvollere Kurs Moskaus wird von amerikanischen Experten dem Einfluß Dobrynins zugeschrieben. Er war maßgebend beteiligt an der durchgreifendsten Reorganisation des Außenministeriums, die seit dem Zweiten Weltkrieg stattfand. Eine Reihe von Sowjetbotschaftern auf den wichtigeren Auslandsposten wurde ausgetauscht. Dobrynin machte den bisherigen Vize-Außenminister Georgi Korniyenko, der in Washington *lange seine rechte Hand war,* zu seinem Stellvertreter in der Internationalen Sektion des Zentralkomitees.

Als Ergebnis dieser Reformen verzeichnen diplomatische Beobachter in Washington eine Verschiebung der außenpolitischen Autorität vom Außenministerium zum Zentralkomitee – das heißt in die unmittelbare Nähe Gorbatschows. In nicht wenigen der Vorschläge, mit denen dieser in jüngster Zeit internationales Aufsehen erregte, glauben Kenner die Handschrift Dobrynins zu bemerken.

Das trifft nicht nur auf den Sowjet-Vorschlag einer Reduzierung der *strategischen* Streitkräfte im Austausch für eine Ausdehnung des Raketenabwehr-Vertrages von 1972 zu, der Reagan zwingt, in der Weltraumverteidigung mit längeren Terminen zu operieren. Darin schlagen sich die großen Erfahrungen nieder, die Dobrynin in Washington mit den Machtkämpfen zwischen Kongreß und Weißem Haus sammeln konnte. Der Eindruck, den Nixons und Kissingers Chinapolitik damals auf ihn machten, hatte offenbar auf Einfluß Gorbatschows Wladiwostok-Rede und auf die Öffnung nach Peking. Sogar die adrette Raissa Gorbatschowa wird bei einer westlich angehauchten Modenschau der chinesischen Botschaft in Moskau für solche undoktrinären Zwecke eingesetzt.

Die „verdeckten Kanäle" (back channels), auf denen Dobrynin einst mit Kissinger seitwärts vom US-Außenministerium Diplomatie betrieb, funktionieren jetzt unverdeckt auf einem Parallel-Kurs, der zum wichtigsten Strang der Großmachtbeziehungen geworden ist. Die Technik ist der von damals ähnlich, nur die Vorzeichen haben sich geändert. Wie Kissinger einst das State Department an *die* Wand spielte, nimmt Dobrynin jetzt in Moskau eine vergleichbare Position ein – mit dem Unterschied, daß diese öffentlichen Rückhalt hat. Nicht mehr das Moskauer Außenministerium wie zur Gromyko-Zeit bestimmt eine ideologisch vorgeformte Politik. Der kühle Pragmatismus, der sich unter Gorbatschow in der Parteizentrale durchsetzte, hat die Führung übernommen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Eine Mehrheit ohne Kanzler

„Raus Erklärungsnot"; WELT vom 12. August

Herbert Kremp weist SPD-Kanzlerkandidat Rau auf eine bemerkenswerte Gedächtnislücke hin: Johannes Rau hatte behauptet, bisher habe die stärkste Bundestagsfraktion immer den Kanzler gestellt. Herbert Kremp stellt richtig, daß sowohl Kurt-Georg Kiesinger 1969 als auch Helmut Kohl 1976 mit der CDU/CSU die Mehrheit im Deutschen Bundestag errungen, aber die Regierungsbildung verloren hatten, weil ihnen kein Koalitionspartner zur Verfügung stand. Allerdings vergißt nun Herbert Kremp seinerseits die Bundstagswahl 1980, bei der Franz Josef Strauß ebenfalls die Mehrheit für die CDU/CSU holte, die FDP sich jedoch erneut der Bildung einer bürgerlichen Regierung entzog. Strauß schlug den damals im Zenit seines Ansehens stehenden Helmut Schmidt um über 600 000 Stimmen (in Prozenten: CDU/CSU 44,5, SPD 42,9). Die SPD aber hatte mit der absoluten Mehrheit gerechnet. Der damalige SPD-Bundestagsabgeordnete Philip Rosenthal artikulierte die große Enttäuschung seiner Partei mit der Frage, wo denn der Schmidt-Bonus geblieben sei. Franz Josef Strauß sagte in der Wahlnacht des 5. Oktober 1980 vor der Presse: „Helmut Schmidt hat einen Pyrrhussieg errungen, für ihn beginnt die schwerste Zeit seiner politischen Laufbahn." So war es denn auch, Helmut Schmidt konnte sich mit seiner Regierung nur noch zwei Jahre lang im Amt halten. Der Strauß-Erfolg war der Anfang vom Schmidt-Ende.

Norbert Schäfer, Wachtberg-Pech

„Grober Rechenfehler"

„In der Saar gibt es keine Fische mehr"; WELT vom 30. Juli

Sie vermieden in Ihrem Artikel, Ihre Leserinnen und Leser über die außerordentliche toxische Wirkung und *die Gesamtmenge des in die Saar und* Mosel eingeleiteten Cyanids zu informieren. Durch die Vermeidung tragen Sie zur Verharmlosung dieses Rekordes der endlosen Reihe von Giftskandalen bei!

Tatsache ist, daß bei einem Einleiten von 50 Gramm Cyaniden pro Sekunde während einer Zeitspanne von *mindestens zehn Stunden eine* Gesamtmenge von 2,1 Tonnen Blausäuresalz in die Mosel und Saar geflossen ist (Mindestmenge). 150 Milligramm wirken auf den Menschen tödlich. Die Giftmenge reicht demnach aus, um mindestens 15 Millionen erwachsene Menschen zu vergiften. Dies ist ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Durch Drucken des Artikels auf der letzten Seite in unterhaltsamer Gesellschaft von Modeberichten und durch das Auslassen von wichtigen Zahlenwerten, machen Sie es als sonst so WELT-offenes Blatt dem Laien unmöglich, das tragische Ausmaß dieses existenzbedrohenden Vorfalls zu erkennen.

Hochachtungsvoll
Kerstin Körber, Chemie-Studentin,
Ute Schanz, Pharmazie-Studentin, Heikendorf

*

Anmerkung der Redaktion: Die im Beitrag von Dankwart Guratzsch zitierten Zahlenangaben entstammen der aktuellen Pressemitteilung des saarländischen Ministers für Umwelt. Eine nachträgliche Auswertung der Wasserproben erwies sich – so wie die „eindeutige" Zuordnung des Verursachers – nach Angaben eines Sprechers vom Umweltministerium, als „grober Rechenfehler".

Theologische Seite

„Der Weg in der Dämmerung"; WELT vom 7. August

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,

Sie schreiben, Manfred Hausmann sei „ein Dichter der leichten Hand" gewesen. Ich sage, nein, das war er nicht. Gewiß, „Abel" und anderes könnten so erscheinen, aber sein Schauspiel über die Schwärmer der Reformationszeit, sein sehr tiefsinniges Werk über Rembrandt und andere Schriften, weisen ihn aus als einen Mann, der sehr wohl „gewisse Tiefen des Seins" erreicht hat.

Ich spreche nicht nur aus der Kenntnis von Hausmanns Veröffentlichungen, sondern aus persönlicher Bekanntschaft. Er war ein zutiefst suchender, sehnsüchtiger und geistesklarer Mensch. Es ist schade, daß die für Hausmann so wichtige theologische Seite seines Lebens nicht angemessen gewürdigt wird.

Pastor Heinrich Höhler, Bensheim 3

Das neue Layout

Zweifellos hat das veränderte Layout der Seite Wirtschaft Vorzüge. Die Übersichtlichkeit, Lesbarkeit wurde erhöht, Kurz- und Langinformationen sind graphisch getrennt und verstärken die Möglichkeiten der Informationsverarbeitung.

Glückwunsch!

Dr. Dieter von Herz, Leiter Öffentlichkeitsarbeit Continental Gummi-Werke AG, Hannover 1

Wort des Tages

„Gewissen: die innere Stimme, die uns warnt, weil jemand zuschauen könnte."

Henry Louis Menchen, amerikanischer Autor (1880–1956)

Zeuge in Spelunke

„Zypern, ein sicheres Land"; WELT vom 9. Juli

Botschafter Papademas vertraut offenbar darauf, daß Touristen organisierte Pfade nicht verlassen. Ich selber wurde Zeuge von Schiebungen in einer Spelunke von Limassol, bei der ein Polizeioffizier höchstpersönlich billigend zugegen war.

Helmut Dohrmann, Seevetal 1

Wahlkampfthema

Die Absicht der CDU/CSU, das Asylantenproblem in den Wahlkampf einzubeziehen, halte ich für eine Förderung der Ausländerfeindlichkeit. Es ist bedauerlich, daß ausgerechnet die C-Parteien sich solcher Mittel bedienen. Es geht um Menschenschicksale!

Sönke Nissen, Hamburg 72

*

Warum wird in der Asylfrage eine Änderung des Grundgesetzes propagiert, wenn sicher ist, daß sie niemals die erforderliche Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat erhält und spätestens am Bundesverfassungsgericht scheitern muß?

Dr. Ernst Heinsen, Hamburg 36

Eine Tragödie

„Das lange Sterben des William Schroeder"; WELT vom 8. August

Eine inszenierte Tragödie, nur weil die Kreislaufexperten keine Ahnung von der Kreislauffunktion haben.

Rudolf Wurm, Feuchtwangen

„Buß-Autosteuer"

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wundere mich, daß es noch kein Echo zur neuen Steuer für Autos ohne Katalysator gibt.

Es hörte sich gut an, daß die Besitzer mit inzwischen schadstofffreien Fahrzeugen soviel Steuervorteile bekommen. Der Staat hat es sich ganz einfach gemacht. Ich zahle dieses Jahr 45 Prozent mehr als vorher und im nächsten Jahr 30 Prozent mehr als 1985. So einfach ist die Finanzierung. Nicht jeder kann und will sich gleich ein neues Auto kaufen. Von dieser Art der Finanzierung (Umverteilung) hat man vorher nichts gehört. Ich bin verärgert über dieses „Bußgeld".

Lisa Gieseke, Berlin 28

Tschernobyl

„Nicht die Straße"; WELT vom 4. August

Anlagen vom Typ Tschernobyl stehen nicht in der CSSR, nicht im Ostblock, nur in der UdSSR.

Dr. Alfred Stoll, Erlangen

Personen

UNIVERSITÄT

Hubert Irsigler, Privatdozent an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität, ist zum Ordinarius für alttestamentliche Wissenschaften an die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Bamberg berufen worden. Irsigler wird sein neues Amt mit Beginn des Wintersemesters 1986/87 antreten.

EHRUNG

Liselotte Berger, die Vorsitzende des Bundestagspetitionsausschusses, ist gestern vom Deutschen Staatsbürgerinnen-Verband zur „Frau des Jahres" erklärt worden. Der 1865 in Leipzig gegründete, älteste überparteiliche und überkonfessionelle Frauenverband Deutschlands würdigte damit Frau Bergers „über 13 Jahre währende engagierte Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik. Unter dem Vorsitz der 65jährigen Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten hat der Petitionsausschuß seine Funktion als soziales Frühwarnsystem beachtlich ausbauen und intensivieren können." Die Auszeichnung soll am 19. August im Reichstagsgebäude überreicht werden.

GEBURTSTAGE

Der französische Regisseur **Marcel Carné**, der mit „Les enfants du paradis" („Die Kinder des Olymp") ein Meisterwerk des Films schuf, wird am 18. August 80 Jahre alt. Mit „Jenny" war Carné 1936 der Durchbruch als Regisseur gelungen. Seine Klassiker, die dem „Goldenen Zeitalter des französischen Films" zugerechnet werden, entstanden in Zusammenarbeit mit dem Dichter Jacques Prévert als Drehbuchautor. „Quai des Brumes" („Hafen im Nebel") mit Jean Gabin und Michele Morgan als Liebespaar, „Le jour se lève" („Der Tag bricht an") und „Les visiteurs du soir" („Die Nacht mit dem Teufel") wiesen Carné als einen Begründer des poetischen Realismus aus. Ästhetisch unerreicht blieb sein schönster Film „Die Kinder des Olymp" mit Jean-Louis Barrault als Schauspieler Debureau.



Marcel Carné

Nach dem Krieg drehte Carné noch hervorragende Filme wie „Therese Raquin" (1953), frei nach Emile Zola. Fünf Jahre danach gelang ihm noch ein kommerzieller Erfolg mit „Les tricheurs" („*Die sich selbst betrügen*"). Danach schwemmte die „Neue Welle" Regisseure wie Carné hinweg.

*

Er war einer der ersten Historiker, die die Hitler-Tagebücher des „*Sterns*" als Fälschung erkannten: Professor Dr. **Martin Broszat** vollendet heute das 60. Lebensjahr. 1949 kam er von Deutschland nach Deutschland und setzte sein in Leipzig begonnenes Studium an der Universität in Köln fort. Bereits 1955 trat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das Münchner Institut für Zeitgeschichte ein. Seit 14 Jahren ist er Direktor des Instituts. Bekannt geworden ist er durch eine Reihe anerkannter Untersuchungen über den Nationalsozialismus, insbesondere über die nationalsozialistische Politik gegenüber Polen und anderen osteuropäischen Staaten. Seine derzeitige Arbeit behandelt die Adenauer-Zeit. „Wohlstandsgesellschaft und Kanzlerdemokratie" soll in der TV-Reihe „Deutsche Geschichte der neueren Zeit" erscheinen.

BERUFUNG

Professor Dr. **Manfred Mertz**, Akademischer Direktor an der Augenklinik Rechts der Isar, der Technischen Universität München, ist für das Fachgebiet Ophthalmologie in die Sachverständigenkommission beim Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz (IMPP) berufen worden.

KIRCHE

Franziskus Heereman (40), Trappistenmönch aus der Abtei Marienwald in der Eifel, leitet künftig als Prior-Administrator die Benediktinerabtei Neuburg bei Heidelberg. Heereman ist Nachfolger von Abt **Maurus Berve**, der im Januar gestorben war. Die heutige Abtei Neuburg besteht seit 1928.

GESTORBEN

Im Alter von 82 Jahren ist in München der Bildhauer **Karl Hemmeter** gestorben. Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Hemmeter bereits am 6. August. Kunstwerke Hemmeters, der aus Mittelfranken stammt und seit 50 Jahren in München lebt, finden sich in vielen Kirchen Bayerns, sowie in Wohnsiedlungen und öffentlichen Gebäuden. Zu den bekanntesten Werken des Künstlers gehört eine aus Messing gearbeitete Christusfigur in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin.

*

Anton Reiter, von 1946 bis 1975 Chefredakteur des „Regensburger Bistumsblatts" ist im Alter von 80 Jahren in Regensburg gestorben. Reiter gehörte zu den Mitbegründern der „Bayerischen Journalistenschulung".

TENNIS

Steffi Graf spielte heimlich in den USA – und siegte

sid/dpa, New York

Hat Claudia Kohde-Kilsch ihre spielerische und nervliche Krise überwunden? Ist Steffi Graf nach einer Fußverletzung (ihr war vor 14 Tagen beim Federationcup ein Sonnenschirm auf den Fuß gefallen) schon so fit und in Form, daß sie bereits wieder Turniere spielen kann? Beide Fragen wurden in den USA nur teilweise beantwortet. Claudia Kohde-Kilsch erreichte beim Turnier in Manhattan Beach (Kalifornien) die dritte Runde. Sie besiegte die Jugoslawin Sabrina Goles 7:5, 6:2. Steffi Graf war heimlich, zumindest von der deutschen Öffentlichkeit unbemerkt, nach Lancaster geflogen, um an einem Einladungsturnier teilzunehmen. Im Finale ließ sie der Bulgarin Manuela Maleeva mit 6:3, 6:0 keine Chance.

Die Geheimhaltung um Steffi Graf geht wohl von ihrem Vater aus. Er möchte offensichtlich erreichen, daß sich seine Tochter weitgehend unbelästigt in Form bringen kann. Wie verlautet, soll Steffi Graf für einTurnier im amerikanischenn Mahwah gemeldet worden sein. Ursprünglich war sogar befürchtet worden, sie könne wegen ihrer Verletzung nicht an den Offenen Meisterschaften der USA in Flushing Meadow teilnehmen.

Claudia Kohde wirkte bei ihrem Sieg in Manhattan Beach noch unsicher. Sie sagt: „Ich hatte am Anfang Schwierigkeiten. Aber nachdem ich zuletzt nicht gut gespielt habe, war der Sieg unheimlich wichtig für mich." 90 Minuten dauerte das Spiel, für die erste Runde hatte sie ein Freilos gezogen. An diesem Turnier nehmen auch Martina Navratilova (6:0, 6:1 gegen Debbie Spence) und Chris Evert-Lloyd (6:4, 6:2 gegen Elise Burgin) teil.

Wimbledon-Sieger Boris Becker bestreitet sein erstes Spiel beim mit 375 000 Dollar dotierten Turnier von Toronto gegen den Amerikaner Aaron Krickstein. Auch er hatte in der ersten Runde Freilos. Krickstein qualifizierte sich für die zweite Runde *mit einem* Sieg über den Schweden Ulf Sternberg (6:3, 3:6, 6:3). Beckers ständiger Doppelpartner, der auf Platz zehn gesetzte Slobodan Zivojinovic (Jugoslawien), steht ebenfalls in der zweiten Runde. Er besiegte den Australier Mark Edmondson 6:2, 6:4.

SCHWIMMEN / Trainerstreit vor der WM

Von geheimen Zeichen und Kontrollanrufen

MARKUS BERG, Bonn

Schwimmen, so gilt ja wohl ganz allgemein, ist eine Bewegungsform im Wasser. Und wer sich schneller als alle anderen nach vorne bewegt, kann Weltmeister werden. Michael Groß bestimmt wieder, vielleicht auch Rainer Henkel aus Köln. Die Titelkämpfe dieses *Jahres* wurden gestern in Barcelona eröffnet, am Sonntag stehen die ersten Entscheidungen an. So *einfach, wie das klingt, ist das nicht.* Jedenfalls nicht im Zuständigkeitsbereich des Verbandes der Bundesrepublik Deutschland.

Hier wird Schwimmen in diesen Tagen wieder einmal behängt mit Begriffen, die aus der Küche eines Alchemisten oder dem Wörterbuch eines Agenten stammen könnten. Oder sogar aus dem Handbuch von Diktatoren, *denen das normale Gespräch* schon verdächtig nach Verrat klingt. Geredet wird von „Geheimrezepten", „geheimen Zeichen", „ferngelenkten Athleten" und Taktiken, die bestimmte Leute auf keinen Fall erfahren dürften. Gemunkelt wird von konspirativen *Telefongesprächen* und per Video überwachter Arbeit.

Pünktlich zum Beginn internationaler Meisterschaften ist im Deutschen Schwimm-Verband (DSV) der stets schwelende Konflikt zwischen Bundestrainern und Heimtrainern, also den Betreuern der Schwimmer in ihren Vereinen, wieder ausgebrochen. Jürgen Kozel, Schwimmwart *des Verbandes*: „Die Heimtrainer mischen sich vor solchen Großereignissen teilweise viel zu stark in unsere Kompetenzen ein. Ich habe keine Lust mehr, auf solche Dinge immer wieder zu reagieren." Hinter diesen Worten stehen auch die Bundestrainer *Manfred Thiesmann (Herren) und* Niels Bouws (Damen).

Ein Trainer wird dabei von Kozel namentlich genannt: Gerhard Hetz, ehemaliger Weltrekordschwimmer, der die Athleten von Rhenania Köln vor allem über die langen Strecken erfolgreich an die nationale Spitze und teilweise in die Weltklasse geführt hat. Das wird Hetz vorgeworfen: Kontrollanrufe im Trainingslager auf Lanzarote, versuchte Beeinflussung der Athleten, die die Arbeit der DSV-Trainer „stark behindert".

Was dahintersteckt, ist dies: Die Schwimmer von Gerhard Hetz kamen mit Trainingsplänen für einen Zeitraum von sechs Wochen ins Trainingslager, ohne Rücksicht auf das, was die Bundestrainer geplant hatten. Sein Star Rainer Henkel, der über 400 und 1500 Meter an der Spitze der Bestenlisten in diesem Jahr steht, verweigerte Auskünfte über seine Taktik während des Rennens. „Das darf ich nicht weitererzählen", sagte er zum Bundestrainer. Bei der Jugend-EM in Berlin weigerte sich Hetz-Schüler Martin Hermann den Anweisungen des Bundestrainers zu folgen. Über die langen Distanzen schwamm er langsam, auf den kurzen Strecken stellte er Rekorde auf – so wie es Hetz geplant hatte.

In dieser Atmosphäre des Mißtrauens gedeihen dann auch üble Verdächtigungen. Heimtrainer, so erzählt es Manfred Thiesmann, hätten ihren Kollegen vom Verband schon vorgeworfen, sie manipulierten Trainingszeiten, um mißliebige Schwimmer entfernen zu können. Erst mit Videoaufzeichnungen seien die Heimtrainer, die auf der Tribüne „geheime Zeichen" geben, überzeugt worden, *daß das nicht stimme.*

Gerhard Hetz sagt: „Nicht ich habe von Köln aus angerufen, sondern Rainer Henkel von Lanzarote aus." Eine eher belanglose Bemerkung, nur dazu geeignet zu beweisen, daß Athlet und Vereinstrainer auch dann noch in Verbindung stehen, wenn sie getrennt sind. Warum auch nicht. Wichtiger sind die Worte von Hetz zur allgemeinen Situation zwischen den Trainer-Kollegen: „Wir Heimtrainer sind doch die ersten Bezugspersonen für die Athleten." Und: Nach Erfolgen bei internationalen Meisterschaften sähen die Bundestrainer den willkommenen Augenblick, sich in *die Brust zu werfen, „die Macher aber* arbeiten in den Vereinen".

Eifersucht also prägt das Verhältnis der Trainer. Der Athlet selbst, in seinem trainingsintensiven Sport mindestens elf Monate lang gleichsam an die Vertrauensperson im Verein gefesselt und für kurze Zeit an den Bundestrainer übergeben, gerät im Streit um Kompetenzen ins Schwimmen. Er ist der Leidtragende auf dem Markt der Eitelkeiten und sucht Rat – wieder beim Heimtrainer. Vielleicht liegt es daran, daß die Bundestrainer eines vergessen, was ihre Aufgabe vordringlich ist: Koordinieren.

Kein Punkt, kein Tor – auch keine Perspektive?

Die Zwerge proben keineswegs den Aufstand. Noch jedenfalls jagt der FC Homburg der Bundesliga-Konkurrenz keinen Schrecken ein. Homburg, mit 700 Vereinsmitgliedern in einer saarländischen Provinzstadt mit 45 000 Einwohner der kleinste Klub, der je die Großen der Branche herausfordern durfte, ist in den Startlöchern hängengeblieben. *0:2 gegen Uerdingen und nun 0:4* beim VfB Stuttgart. Kein Tor, kein Punkt – auch keine Perspektive?

Vielen Aufsteigern war es in der Vergangenheit gelungen, zumindest in den ersten Spielen von der Euphorie des Aufstiegs zu leben. Aber auch davon, daß sie als eingespieltes Team auftreten konnten, das zunächst mit Elan und Kampfkraft spielerische Mängel ausglich. Der FC Homburg ist einen anderen Weg gegangen. Für rund drei Millionen Mark wurden neue Spieler eingekauft. Mit Geschlecht (früher Hannover) und Schäfer (früher Uerdingen) kamen erst in der letzten Woche zwei neue Spieler hinzu.

STAND ● PUNKT

Gleich nach dem zweiten Spiel in Stuttgart aber wurde die Kluft innerhalb der Mannschaft schon deutlich. Die Neuen, wie Schäfer, Geschlecht, die Polen Buncol und Wojcicki, saßen mit betretenen Mienen vorne im *Bus und versuchten herauszufinden,* warum es nicht geklappt hat.

Andere aber wie Dooley, Freiler, Knoll, Beck und sogar Mannschaftsführer Mörsdorf, die alle schon länger in Homburg spielen, hockten hinten gemütlich beim Bier, lachten und machten Witze. Sie hatten offenbar nichts aufzuarbeiten. Was jedoch den Trainer in Rage brachte: „Mit solchen Leuten kann man kein Spiel gewinnen." Geschweige denn, den Abstieg verhindern.

Überhaupt hat der Trainer keine allzu hohe Meinung von seinen Spielern. Pauschal charakterisiert er sie so: „Zu blauäugig, zu naiv, zu anständig. Einige Jungs haben immer noch nicht begriffen, daß in dieser Klasse ein anderer Wind weht." Wenn sie es in Homburg gemerkt haben, wird es wahrscheinlich zu spät sein. Was sich auch allein aus der Einstellung der Spieler herauslesen läßt. Gegen Uerdingen und Stuttgart, so meinte Werner Mörsdorf, habe man sich ohnehin nichts ausgerechnet. Die Mannschaften, gegen die die Punkte für den Klassenerhalt *geholt werden sollen,* würden erst noch kommen. Aber diese Rechnung ist noch nie aufgegangen. Wer *in der Bundesliga nicht an jedem* Wochenende mit allen Mitteln versucht, Punkte zu holen – egal gegen welchen Gegner – wird nie seinen Rhythmus finden.

Die Homburger haben sich auf einen gefährlichen Weg begeben. Ihr Präsident wollte ihnen mit den Neuverpflichtungen mehr Chancengleichheit ermöglichen, um mit den Großen mithalten zu können. Ob sie es alle begriffen haben? ud

SPORT-NACHRICHTEN

Zusage von Kuba

Havanna (dpa) – Kuba will nun doch an den Panamerikanischen Spielen in Indianapolis teilnehmen. Vor zwei Jahren mußte Chile diese Veranstaltung aus finanziellen Gründen zurückgeben. Kuba hatte daraufhin erwartet, den Zuspruch zu bekommen. Die Spiele wurden dann aber an die USA vergeben.

Golf: Platzrekord

Hamburg (dpa) – Der erst 17 Jahre alte Oliver Eckstein stellt in St. Dionys mit 66 Schlägen (Standard 73) einen Platzrekord auf. Er spielte vor den deutschen Golflehrer-Meisterschaften innerhalb eines Pro/Am-Wettspiels.

Sporthilfe: Neun Partner

Frankfurt (sid) – Neun Unternehmen der deutschen Wirtschaft und Industrie sind als „Förderer des Spitzensports" offizieller Partner der Stiftung Deutsche Sporthilfe. Verträge abgeschlossen wurden mit AUDI, Degussa, Dresdner Bank, Flachgas, Henninger Bräu, Jacobs-Suchard, Kaufhof, Piranha und Puma.

Dopingverdacht

Hannover (dpa) – Der 24 Jahre alte Wolfsburger Weitspringer Markus Kessler soll *bei einem internationalen* Sportfest in Lage am 13. Juni gedopt gewesen sein. Wegen einer Erkältung soll Kessler Medikamente eingenommen haben, *die auf der Liste* der verbotenen Mittel stehen. Sogar am Wettkampftag soll er die Medikamente genommen haben und wurde dann von der Dopingkontrolle überrascht.

Anderson Tagessieger

Squaw Valley (sid) – Der australische Rad-Profi Phil Anderson hat die vierte Etappe des amerikanischen Etappenrennens „Coors Classic" gewonnen. Der Franzose Bernard Hinault kam als Fünfter ins Ziel. Der *diesjährige Tour de France-Sieger* Greg Lemond (USA) wurde Zehnter. In der Gesamtwertung führt der Norweger Dag Otto Lauritzen.

ZAHLEN

TENNIS

Herren-Turnier in Toronto, 1. Runde: Curren – Leach (beide USA) 6:2, 6:4, Zivojinovic (Jugoslawien) – Edmondson (Australien) 6:2, 6:4. – **Damen-Turnier** in Manhattan Beach, 2. Runde: Kohde-Kilsch (Deutschland) – Goles (Jugoslawien) 7:5, 6:2, Navratilova – Spence (beide USA) 6:0, 6:1.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Eltville/Wiesbaden – Frankfurt 1:10, Saarbrücken – Magdeburg 2:1, Nahe – HSV 0:12.

EISHOCKEY

Freundschaftsspiel: Kölner EC – Dukla Iglau 2:3.

BUNDESLIGA

Einigung in Bremen

dpa, Bremen

Bei Werder Bremen ist der Prämienstreit endgültig beigelegt. Das Präsidium des Fußball-Bundesligaklubs und die Spieler, vertreten durch Mannschaftsführer Benno Möhlmann, Rudi Völler und Manfred Burgsmüller, konnten sich auf eine zusätzliche zuschauerbezogene Prämienregelung einigen. Aus Verärgerung über die Prämienzahlung waren die Bremer Spieler am Samstag nach dem 5:3 über Nürnberg 90 Minuten lang im Mannschaftsraum geblieben, statt im Klubraum mit den Förderern des Vereins zu essen und zu feiern. Mit diesem Streik wollten sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen.

Nach der neuen Regelung können die Spieler jetzt zweimal kassieren. Die Mannschaft erhält wie bisher eine erfolgs- und leistungsbezogene Prämie mit 1350 Mark pro Punkt, sofern sie auf Platz eins bis vier in der Tabelle steht. Zusätzlich sind die Spieler jetzt an den Zuschauereinnahmen beteiligt. Ein Regelung, wie sie bei den meisten Klubs praktiziert wird.

Bremens Manager Willi Lemke glaubt, daß nun alle Schwierigkeiten ausgeräumt seien. Er sagte: „Mit dieser neuen Regelung können alle zufrieden sein. Der Ärger ist vergessen."

FRANKREICH

Erfolgloser Littbarski

sid/dpa, Paris

Marseille feiert Karlheinz Förster, Pierre Littbarski wartet bei Paris auf den Durchbruch: Unter diesem Motto stand der dritte Spieltag der französischen Liga mit den deutschen Nationalspielern. Marseille schlug vor 39 000 Zuschauern den hocheingeschätzten FC Toulouse mit 2:1, Aufsteiger Racing Paris war beim 0:2 in Bordeaux chancenlos.

Die beiden Deutschen trennen in der Tabelle nach der Startphase derzeit noch Welten. Marseille, im Vorjahr Abstiegskandidat, rangiert nur aufgrund des schlechteren Torverhältnisses hinter dem punktgleichen Tabellenführer Stade Brest (5:1 Zähler), über den „L'Equipe" schrieb: „Ein neuer Leuchtturm". Paris liegt mit 2:4 Punkten im unteren Tabellendrittel.

Noch schlechter erging es dem früheren Bayern-Spielmacher Sören Lerby bei AS Monaco. Nach zwei Auswärts-Niederlagen kam der Klub nicht über ein 0:0 gegen Stade Laval hinaus.

„Littbarski versuchte vergeblich, Ordnung ins Spiel seiner Mannschaft zu bringen", meinte „France Football" zu Racings Auftritt in Bordeaux, wo Nationalspieler Luis Fernandez vom Platz gestellt wurde.

Das aktuelle Fachbuch

Hilfe zur Selbsthilfe

Wenn man bedenkt, daß 60 bis 80 Prozent aller Unpäßlichkeiten und Beschwerden von den Betroffenen entweder gar nicht oder aber mit Hausmitteln und Medikamenten nach eigenem Gutdünken behandelt werden, dann erscheint die vorliegende Neuerscheinung begrüßenswert, da sie die „Selbstmedikation" sicherer machen könnte.

Im ersten Teil werden in allgemeinverständlicher Form unter den Stichworten: Was ist das? Was selbst tun? Wann zum Arzt? die wichtigsten Krankheitserscheinungen erläutert. Dabei stehen die Vorbeugung und die Verhütung sowie das Verhalten im Krankheitsfall gleichgewichtig nebeneinander.

Der zweite Teil enthält Ratschläge zum Umgang (Wirkung, Anwendung, Warnhinweise) mit *über 500 Arzneimitteln, die am* häufigsten zur Selbstmedikation gebraucht werden.

Grundanliegen ist sicherlich die Hilfe zur Selbsthilfe, erfreulich ist aber auch das klare Aufzeigen der Grenzen mit der Aufforderung, im Zweifelsfall immer den Arzt aufzusuchen. V. Z.

„Krank – was tun?", Ein Ratgeber *für Vorbeugung – Selbstbehandlung* – Selbstmedikation – Arztbesuch, 324 Seiten, Bibliographisches Institut Mannheim; 19,80 DM.

Von Otto und Formaldehyd

Ein Lexikon, das neue Begriffe und Erkenntnisse für jedermann verständlich macht, will das jährlich neu aufgelegte Nachschlagewerk sein. So ist dann von Bioalkohol und Optoelektronik bis hin zu Formaldehyd und Chipkarte alles gesagt, was man glaubt, sagen zu müssen. Informative Grafiken erhöhen den Gebrauchswert. Wertvoll ist die Vorstellung von 180 Ländern der Welt mit ihren neuesten Daten. Der mißratene „Who-is-who"-Verschnitt jedoch, bei dem sich illustre Zeitgenossen wie Otto, Dieter Hoeneß und Prinz Andrew die *Hand reichen, ist schlichtweg* überflüssig. D.T.

„Aktuell '87 – Das Lexikon der Gegenwart", 504 Seiten, Chronik-Verlag, Dortmund; 14,80 DM.



Verständigung auf Tastendruck

Der Erfinder von „SonomaVoice", Bob Russell, mit einem Prototyp seiner „Sprachmaschine", die eine neuartige Kommunikations- und damit Lebenshilfe *für Stumme und Sprechbehinderte darstellt.* Mit Hilfe der sechzehn Drucktasten, jede in der Größe eines Fünfmarkstückes, können auf verschiede*nen Ebenen insgesamt* 256 Sätze des täglichen Gebrauchs abgerufen *werden.*

FOTO: GEORGE ROSE

Wie Stimmen aus einer Flüsterkiste

Kommunikationshilfe für Sprachbehinderte durch Einsatz der Synthesizer-Technik

Von RAINER NOLDEN

Wie geht es dir heute?" – „Danke, sehr gut. Und selbst?" Zahllose Gespräche werden auf die banale Weise eingeleitet. Und doch sind die Phrasen in diesem Fall etwas Besonderes. Denn die Menschen, die diese Sätze austauschen, können sich nicht oder nur sehr schwer verständlich machen. Das übernimmt nämlich eine Maschine für sie, eine „Sprechbox" mit künstlich erzeugter Stimme. In diesem Kasten können Sprachbehinderte eine bestimmte Menge von Sätzen abspeichern und nach Bedarf aufrufen.

Preiswerte Mikrochips

Die Sprechbox wurde von dem Amerikaner Bob Russell entwickelt, dem Leiter der Abteilung Kommunikations-Entwicklung im „Sonoma Developmental Center". Das Thera*pie-Zentrum liegt in dem Hundert-*Seelen-Nest Eldridge, etwa fünfzig Kilometer nördlich von San Francisco. Schon seit geraumer Zeit hatte Russell mit synthetischen Stimmen experimentiert. Zu Beginn seiner Versuche stellte sich jedoch heraus, daß die Entwicklung eines entsprechenden Gerätes viel zu teuer werden würde.

Es gab zwar bereits „Sprech-Maschinen", aber mit 3000 Dollar und mehr waren sie viel zu kostspielig für die meisten der Menschen, die sie benötigten. Erst zu Beginn der achtziger Jahre, als der Preis von Sprach-Synthesizern *dank billig zu produzie*render Mikrochips von rund 7000 auf 70 Dollar fiel, sah Russell seine Chan*ce gekommen.*

Er konstruierte eine Box von etwa 50 mal 30 Zentimetern im Ausmaß. Mit 16 Drucktasten, jede von der Größe eines Fünfmark-Stückes, können auf verschiedenen Ebenen insgesamt 256 Sätze abgerufen werden. Auf den Tasten zeigen graphische Darstellungen den Inhalt der Sätze an, die bis zu 61 phonetische Einheiten umfassen.

Diverse Sets ermöglichen es dem Sprachbehinderten, das jeweils benötigte Repertoire einzuspeichern. Es gibt Sätze für zu Hause, für die Schule und für den Einkauf. Wer sich beispielsweise ein Hemd kaufen will, drückt auf den entsprechenden Knopf und gibt mit einem weiteren *die Größe an, die er benötigt. Für den* Gang ins Lokal stehen „Hamburger"-, Pommes frites- und Getränke-Knöpfe zur Verfügung.

Den Einfällen sind auch sonst keine Grenzen gesetzt. Einer der Patienten hat sich den Ausruf „Hallo, schönes Kind!" einbauen lassen; eine Patientin wählte unter anderem die Frage „Weißt du, was du mich kannst?" Die Sätze werden *auf den jeweiligen* Benutzer individuell zugeschnitten. Meistens suchen Familienmitglieder den Wortvorrat aus.

Dabei fiel Russell auf, daß die in der Regel keine negativen Bemerkungen wie „Ich will allein sein" oder „Geh jetzt, ich brauche dich nicht mehr" berücksichtigen. Äußerungen des Ärgers und der Enttäuschung wurden ausschließlich auf den Wunsch der Behinderten eingebaut. Benutzt wird die „SonomaVoice", die 350 Dollar kostet, von Patienten mit Gehirnlähmung, Sprachschwierigkeiten von Geburt an oder als Folge *eines Schlaganfalls.*

Das Alter derjenigen, die sich mit der Sprechbox verständigen, liegt zwischen zweieinhalb und 79 Jahren. Die Sprechbox baut nicht nur Brükken zwischen Behinderten und Normalen und den Behinderten untereinander; *sie steigert darüber hinaus das* Selbstbewußtsein der Sprachgestörten erheblich. „Es besteht nämlich ein großer Unterschied zwischen der Möglichkeit, bloß auf ein Bild oder Symbol zeigen zu können und der, seinem Wunsch akustischen Ausdruck zu verleihen", erklärt Bob Russell.

Die Fertigstellung eines Gerätes dauert etwa einen Monat. „Bis jetzt können wir nur Männerstimmen synthetisch erzeugen. Wenn sich mehrere Behinderte unterhalten, können wir die Sprechboxen allerdings so einstellen, daß man erkennen kann, wer gerade spricht", erläutert Russell.

„Die größte Schwierigkeit bereitet die Feinabstimmung der Sätze. Durchschnittlich sechs Minuten brauchen wir für jeden Satz." Bei insgesamt 256 Sätzen pro Gerät sind es allein 25 Stunden, die auf die Erstellung des Vokabelvorrats verwendet werden müssen.

Weltweite Verständigung

Noch gibt es diese Maschinen nur in Amerika und selbstverständlich nur auf englisch. Würde man „SonomaVoice" auf andere Sprachen umzurüsten, hätten Sprachbehinderte verschiedener Nationen einen großen Vorteil gegenüber den Mitmenschen, die „bloß" auf herkömmlichem Wege miteinander reden können.

Ein Deutscher könnte sich dann nämlich ohne weiteres mit einem Schweden oder Italiener unterhalten, wenn die Mikrochips in der entsprechenden Sprache eingebaut sind. Der Behinderte braucht ja bloß einen Knopf zu drücken – den Rest erledigt seine synthetische Stimme.

Freifahrkarte für die Umlaufbahn

Die Suche nach geeigneten Wissenschafts-Astronauten für die D-2-Mission hat begonnen

Von DIETER THIERBACH

Ich würde mich freuen, wenn sich innerhalb der Auswahlkriterien auch Frauen qualifizieren würden". Der offizielle Startschuß, sprich die Stellenausschreibung für Wissenschafts-Astronauten und -tinnen zur zweiten Spacelab-Mission, D-2 genannt, wurde gestern im Bundesmi*nisterium für Forschung* und Technologie gegeben.

Verspäteter Starttermin

Der D-2 Start, ursprünglich für 1988 geplant, kann, so Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, als Folge des Challenger-Unglücks frühestens 1991 realisiert werden. „Aber", so Heinz Riesenhuber einschränkend, „wird sind dabei, mit den Amerikanern über einen früheren Termin zu verhandeln".

Das Netz der Auswahlkriterien für männliche und weibliche Kandidaten ist eng gewoben: Ein abgeschlossenes Hochschulstudium in Physik, Chemie, Biologie, Medizin oder in den Ingenieurwissenschaften ist Grundvoraussetzung. Wünschenswert die Promotion auf einem der genannten Gebiete.

Den Nachweis über eine mehrjährige erfolgreiche Forschungstätigkeit in einen Wissenschaftlichen Institut, insbesondere über experimentelles Arbeiten möglichst auf werkstoffwissenschaftlichem oder biowissenschaftlichem Gebiet, sollten die potentiellen Raumfahrer schon führen können.

Die Bewerber müssen auch die medizinisch-psychologischen Kriterien erfüllen, so wie sie vom Institut für Flugmedizin bei der Deutschen Flug- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) in Köln-Porz schon für die D-1 Missionare Reinhard Furrer und Ernst Messerschmid festgelegt wurden.

Während nach den Worten des Forschungsministers die psychologische Belastungs-Meßlatte sehr hoch gelegt ist, „müssen die Bewerber, was ihre körperliche Fitness angeht, beileibe keine Hochleistungssportler sein."

Das Kandidaten-Höchstalter beträgt 35 Jahre; die Körpergröße sollte zwischen 153 und 190 cm liegen. Die „Himmelssstürmer" müssen die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und sollten über ausgezeichnete Englischkenntnisse verfügen; Französischkenntnisse sind erwünscht.

*„Die genaue Anzahl der D-2-Astro*nauten haben ich noch nicht präzise festgelegt", erklärte Heinz Riesenhuber. „Ich rechne letztendlich mit drei bis vier Leuten". Die Auswahl der Kandidaten wird in mehreren Schritten erfolgen: Nach Auswertung der Bewerbungsunterlagen, die unter anderem einen tabellarischen Lebens*lauf, Zeugniskopien, Nachweise* wissenschaftlicher Leistungen, Lichtbild und ein polizeiliches Führungzeugnis umfassen sollten, werden erfolgversprechende Bewerber (Riesenhuber: „Wir rechnen schon jetzt mit weit über 1000 Interessenten") zu Gesprächen sowie zu medizinisch-psychologischen Tests eingeladen.

Die abschließende Entscheidung über die Auswahl behält sich der Minister selbst vor. Etwa ein Jahr soll sich die Suche nach den geeigneten Wissenschaftlern *hinziehen.* Heinz Riesenhuber: „Wir brauchen so lange, damit uns nicht ein tüchiger Mann durch die Lappen geht."

Vierwöchige Meldefrist

Der Trainingsbeginn der dreijährigen Ausbildung ist auf den Anfang 1987 im Raumfahrtzentrum der DFVLR in Köln festgelegt. „Ausführliche und aussagefähige Unterlagen" müssen bis spätestens 15. September *in Köln vorliegen. Die Anschrift* lautet: Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V. (DFVLR), Stichwort: Wissenschaftsastronauten, Postfach 90 60 58, 5000 Köln 90.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Legasthenie-Ursache

Kassel (Reuter) – „Sprunghaftes Lesen" ist nach einer Untersuchung der Gesamthochschule Kassel häufig die Ursache für Legasthenie. Wie die Hochschule gestern mitteilte, hat der Psychologie-Professor Peter *Kaul* durch Untersuchungen an 148 Schülern Blickbewegungsstörungen wie Linkssprünge der Augen *nachgewiesen. Dieses* sprunghafte Lesen, zu dem auch eine häufige Rückkehr zum Zeilenanfang gehöre, mache den Schülern eine geordnete Informationsaufnahme unmöglich.

Test japanischer Rakete

Tokio (AFP) – Erfolgreich verlief gestern der erste Teststart einer japanischen Trägerrakete, bei dem ein Fernmelde- und ein Erdvermes*sungsatellit* in eine *geostationäre* Umlaufbahn gebracht wurden. Die zweistufige „H-1" verfügt in der zweiten Stufe über einen durch flüssigen Wasser- und Sauerstoff betriebenen Motor sowie ein neues Steuerungssystem, die ausschließlich von Technikern der japanische Weltraumbehörde entwickelt wurden. Der Motor der ersten Stufe beruht dagegen noch auf einer Fortentwicklung der amerikanischen „Delta"-Raketen.

Aids-Erkennungsmethode

Hamburg (Reuter) – Eine neue Methode zur sicheren Erkennung von Aids haben amerikanische Gen-Forscher im Auftrag des japanischen *Konzerns Olympus* entwickelt. Nach Angaben des Herstellers soll das neue biochemische Verfahren im Gegensatz zu den bisherigen Tests mit einer Genauigkeit von 99,9 Prozent arbeiten. Das von den Forschern entwickelte System arbeitet auf der Basis künstlich hergestellter Proteine, die über eine Aids verwandte Struktur verfügten. Nach Beimengung chemischer Substanzen kann nun an Blutproben fotometrisch das *Aids-Krankheitsbild* festgestellt werden.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„*Blut aus den eigenen Adern*" – Vera Zylka berichtet über Fortschritte bei der Autotransfusion.

*

„Schrittweise Annäherung" – Die Pläne zum Bau der neuen europäischen Fusionsanlage beschreibt Isabella Milch.

*

„Spiegelblanke Optimisten" – Wie Selbstbewußtsein auch zum Nachteil gereichen kann. Von Rolf Degen.

Herbstmanöver der NATO mit 200 000 Mann

dpa, Brüssel

Mit einer Luftwaffenübung über Dänemark beginnt am kommenden Dienstag eine Serie von 20 NATO-Herbstmanövern in Europa, an denen etwa 200 000 Soldaten beteiligt sein werden. Der Schwerpunkt dieser zwölften Übung unter dem Namen „Autumn Forge" („Herbstschmiede") liegt nach Angaben des NATO-Hauptquartiers an der norwegisch-dänischen „Nordflanke" des Atlantischen Bündnisses.

Zehn der bis Mitte November dauernden Manöver starten in der Nordregion, sechs in Zentraleuropa und vier in der Südregion um das Mittelmeer und das Schwarze Meer. Die größte Heeresübung im Herzen Europas findet vom 15. bis 26. September in der Bundesrepublik Deutschland statt.

Wie ein Sprecher des Hauptquartiers gestern erläuterte, soll die Aktion „realistische Gelegenheiten" bieten, die Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses vor einem Angriff zu testen. Dazu werden so viele kanadische Einheiten wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg nach Europa, und zwar nach Nordnorwegen, verlegt. Griechenland wurde zur Teilnahme an den Herbst-Manövern eingeladen. Es ist jedoch anzunehmen, daß es den Übungen wegen des mit der Türkei geführten Souveränitäts-Streits um die Ägäis fernbleibt. Abgesehen von den NATO-Übungen findet in Nordbayern noch das deutsch-französische Manöver „Fränkischer Schild" mit rund 57 000 Soldaten statt. Es wird separat organisiert, weil Frankreichs Armee nicht in die NATO integriert ist.

Lambsdorff hält eine Koalition von SPD und FDP in Hamburg für möglich

„Im Wahlkampf mit den Grünen auseinandersetzen, nicht mit dem Koalitionspartner"

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Eine Koalition von SPD und FDP nach der Hamburger Bürgerschaftswahl am 9. November hält Otto Graf Lambsdorff nicht für ausgeschlossen. Das Präsidiumsmitglied der Freien Demokraten erklärte nach dem *Wahlkampf-Auftakt seiner Partei der* WELT: „Ich trage in dieser Frage die Auffassung der Hamburger Liberalen." Falls die SPD in der Hansestadt diesmal die absolute Mehrheit verfehle, dann sollte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi allerdings erst mit der CDU Koalitionsverhandlungen aufnehmen. Eine rechnerische Mehrheit für CDU und FDP halte er für nicht wahrscheinlich.

„Otto ... find' ich gut"

Jüngste Umfrage-Ergebnisse, wie sie der „Stern" in seiner heutigen Ausgabe aufgrund von Erhebungen des Dortmunder „Forsa"-Instituts veröffentlichte, stützen Lambsdorffs Skepsis: Danach würde die SPD nur noch 45 Prozent der Stimmen erhalten, die CDU käme auf 39, die Grün-Alternative Liste auf zehn und die FDP *auf fünf Prozent* Wählerstimmen.

Lambsdorff: „Zu ‚Hamburger Verhältnissen' darf es nach Auffassung der FDP auf keinen Fall wieder kommen." Gut 500 Gäste waren erschienen, um Lambsdorff zu hören und mit ihm zu diskutieren – seit Jahren die stärkste Resonanz, die die Hamburger Freien Demokraten bei einer ihrer Partei-Veranstaltungen verzeichnet habe. Der Graf – ein T-Shirt mit der *Aufschrift: „Otto ... find' ich* gut" im Arm, das ihm Landesvorsitzender Ingo von Münch überreicht hatte – präsentierte sich seinem Publikum als schlagfertiger Politiker.

Als Ingo von Münch bei der Begrüßung von dem „ungeheuerlichen Versuch, Ihnen die Ehre abzuschneiden" sprach und versicherte: „Wir alle sind froh, daß dieser Versuch nicht gelungen ist", brach so stürmischer Beifall aus, daß Lambsdorff sich zweimal erheben mußte, um für diese minuten*lange Sympathiebekundung zu danken.*

In der Aula der früheren Lichtwark-Schule – hier hat Helmut Schmidt Abitur gemacht – riet Lambsdorff, und das war auch an die Adresse der eigenen Partei gerichtet, sich nicht so sehr mit dem Konkurrenten innerhalb der Koalition als mit dem politischen Gegner auseinanderzusetzen. Das seien die Grünen – „wenn sie mitregieren, dann sind wir nach einem halben Jahr ein Volk von Jägern, Sammlern und Fallenstellern" – und *vor allem die SPD.* Der Bonner Politiker betonte: „Das schlimme ist, daß die SPD immer näher an grüne Positionen heranrückt."

Das von Volker Hauff vorgelegte Papier zur Energiepolitik sei „arbeitsplatzschädlich und umweltpolitisch unverantwortlich", insgesamt ein „großer Versuch der Wählertäuschung". Er forderte von Kanzlerkandidat Johannes Rau, der die Parole „Den Anstand wahren" verkündet habe, das „Lügenpapier" nicht zu einem Wahlkampfversprechen zu machen. Über Personalfragen nach der Neuauflage einer christlich-liberalen Koalition wollte er nicht spekulieren – vor allem nicht in eigener Sache –, doch für die Politik der Bundesregierung nach der Wahl vom 25. Januar *1987 empfahl er mit großem Nachdruck:* „Wir haben nach der Wahl keine Zeit zu verplempern, in den ersten zwei Jahren muß etwas bewegt werden." Womit der Graf Steuererleichterungen, Subventionsabbau und die Einziehung ordnungspolitischer Korsettstangen in die Wirtschaftspolitik meinte.

Kein schriller Ton

Hamburgs Zuhörer, von denen die FDP im November nach achteinhalbjähriger Abstinenz endlich wieder ein Mandat für die Rückkehr ins Parlament erhofft, blieben in der Diskussion ruhig, sachlich, freundlich. Kein *schriller Ton.* Ein junger Mann im Pullover bekannte: „Ich teile Ihre Meinung nicht in allen Punkten. Doch ich möchte Ihnen meinen Respekt ausdrücken, wie Sie sich in der Flick-Affäre gehalten haben." Starker Beifall – und ein sonst seltenes Lächeln bei dem Mann mit dem „Otto ... find' ich gut"-Hemd.

„Contra"-Affäre in Honduras

AFP, Tegucigalpa

Der Polizeichef und der Chef des militärischen Geheimdienstes von Honduras sind bis zur Klärung des *Attentats auf den Oppositionsabge*ordneten Zelaya vom Dienst suspendiert. Zelaya, der an nicaraguanische Regimegegner Lebensmittel und Uniformen liefert, beschuldigt den Geheimdienstchef Nunez den Anschlag auf sein Haus angezettelt zu haben, um das Geschäft mit den „Contras" selbst in die Hand zu nehmen. Die Armeeführung hat bereits einen Ermittlungsausschuß eingesetzt und auch das Parlament in Tegucigalpa wird sich mit der Affäre befassen.

Der Papst reist nach Australien

AFP, Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. wird am 18. November zu seiner 32. Pastoralreise aufbrechen. Sie führt ihn nach Australien, Neuseeland, Bangladesch, Singapur, zu den Fidschi-Inseln und den Seychellen und ist mit 15 Tagen die längste seines Pontifikats. Das Oberhaupt der Katholischen Kirche hatte *1980* für 13 Tage Brasilien besucht. 1984 war der Papst zwölf Tage in Kanada, ein Jahr später ebenso lange in Lateinamerika. In diesem Jahr hat Johannes Paul bereits Indien und Kolumbien besucht. Bevor er die gestern bekannt gewordenen Reiseziele ansteuert, wird er im Oktober in Frankreich erwartet.

Iran macht Irak Angebot

rtr, Bahrain

Nur Stunden nach dem irakischen Luftangriff auf die neue iranische Ölverladeinsel Sirri hat die Regierung in Teheran ihrem Kriegsgegner angeboten, unter bestimmten Bedingungen auf Vergeltungsschläge zu verzichten. Wenn Irak seine Attacken auf „nicht-militärische Gebiete" einstelle, werde der Iran keine *Vergeltung* üben, hieß es in einer Erklärung des Kriegs-Informationsministeriums. Andernfalls aber würden Moslemkrieger alle lebenswichtigen Einrichtungen des Irak zerstören. Bisher galt Sirri wegen seiner Lage im südlichen Golf als unerreichbar für die irakische Luftwaffe.

WELT-Gespräche mit Ministerpräsident Späth und Niedersachsens FDP-Chef Jürgens

Späth: Wir müssen in Europa ein einheitliches Asylrecht schaffen

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) sieht in der gegenwärtigen Diskussion um eine Grundgesetzänderung keinen hilfreichen Beitrag zur Lösung des Asylantenproblems. Im Gespräch mit der WELT schlug Späth statt dessen die Aufnahme von Verhandlungen mit den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft (EG) vor. „Wir müssen in Europa ein einheitliches Asylrecht schaffen", sagte der Stuttgarter Regierungschef.

Späth kritisierte die Behandlung dieses Themas in den Unionsparteien. „Ich halte es nicht für sehr gut", sagte er, „wenn wir eine große deutsche Diskussion um die Grundge*setzänderung beginnen,* ohne überhaupt abzusehen, wo diese Diskussion ihr positives Ergebnis finden kann." Zwar würde die Ergänzung des verfassungsrechtlich garantierten Asylrechts durch „eine Art Gesetzesvorbehalt" neue Möglichkeiten zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren oder Abweisung von Wirtschaftsflüchtlingen eröffnen. „Ich glaube aber nicht", meinte Späth, „daß wir uns das ohne europäischen Konsens leisten können." Ein solcher Konsens, der allerdings nicht kurzfristig zu erreichen sei, würde es der Bonner Opposition „am ehesten ermöglichen, den schwerwiegenden Schritt einer Grundgesetzänderung mitzugehen".

Als derzeit größtes Problem bei der Bewältigung des Asylbewerberzustroms bezeichnete Späth die offene Flanke in Berlin. „Völlig sinnlos" sei es jedoch, durch wirtschaftliche Sanktionen auf die Politik Ost-Berlins einwirken zu wollen. „Wir können jetzt nicht anfangen, einen neuen kalten Krieg zu entfesseln", sagte er. Die Bundesregierung müsse vielmehr „intensiv und lautlos" mit der „DDR" über *Lösungsmöglichkeiten verhandeln.* Dabei könne durchaus noch etwas bewegt werden. „Wir sollten die Bundesregierung allerdings nicht jeden Tag unter neuen Erfolgsdruck setzen", betonte Späth. Laute Drohungen auf der einen Seite würden nur „laute Gebärden" auf der anderen Seite auslösen.

Späth forderte die Bonner Koalition auf, alle ihr gebotenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um zu einer Beschleunigung der Asylverfahren zu kommen, die bisher von der FDP blockiert worden sei. „Ich plädiere leidenschaftlich dafür", meinte er, „daß wir das noch vor der Bundestagswahl machen." Ein entsprechendes *Vorschlagpaket* habe Stuttgart schon vor über einem Jahr im Bundesrat mehrheitsfähig gemacht. „Das sind keine Patentrezepte, die das Problem abschließend lösen", sagte Späth. Aber sie könnten die Situation verbessern.

Verbesserungen seien auch auf Länderebene noch möglich. Für Baden-Württemberg kündigte Späth an, daß eine Konzentration der Zuständigkeiten für Asylbewerber auf jeweils eine Ausländerbehörde in den vier Regierungsbezirken geprüft werde. Außerdem erwäge die Landesregierung, eine zentrale Abschiebungsstelle für unechte Asylanten zu schaffen. „Wenn *sichtbar wird", meinte Späth,* „daß die Verfahren schneller ablaufen und die Wirtschaftsflüchtlinge schnell wieder zurückkommen, könnte auch daraus ein Abschreckungseffekt entstehen."

Späth bezeichnete gegenüber der WELT auch die Aufnahmegarantie für Ostblockflüchtlinge als „nicht unantastbar". Im Fall von Polen, die problemlos ein- und ausreisen könnten, sei beispielsweise eine Änderung der jetzigen Regelung „diskutabel". Allerdings sei das ein „sehr sensibler Bereich", der in der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern gründlich abgeklärt werden müsse. „Da sind auch au*ßenpolitische Fragen berührt",* sagte Späth. Die Konferenz findet am 5. Oktober im oberschwäbischen Saulgau statt.

Jürgens: Die FDP wird Änderung des Grundgesetzes nicht zustimmen

DIETHART GOOS, Bonn

Bei der von ihr gewünschten Än*derung des Grundrechts auf Asyl* im Grundgesetz (Artikel 16) kann die Union weder auf Bundes- noch auf Landesebene mit der FDP rechnen. Das versicherte der neue niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten und FDP-Landesvorsitzende Heinrich Jürgens in einem WELT-Gespräch.

*Der niedersächsische Minister*präsident Ernst Albrecht befürwortet zwar eine solche Grundgesetzänderung, doch Jürgens hält dagegen: „Wir haben im Kabinett und im Koalitionsausschuß auch klar gesagt, daß wir einer solchen Grundgesetzänderung nicht zustimmen würden und haben keinen Anlaß, von der FDP-Bundeslinie abzuweichen." Übereinstimmung besteht im niedersächsischen Kabinett nach Darstellung von Jürgens darin, zunächst alle Möglichkeiten für eine Beschleunigung des Asylverfahrens auszuschöpfen. Auch befürworte die Landesregierung die von den Niederlanden angeregte europäische Lösung des Asylantenproblems. Falls sich das Landeskabinett in der Asylfrage nicht einigen könne, habe man sich in Hannover auf die Kompromißformel verständigt, dann im Bundesrat die Bonner Regierungsvorlage *zur Eindämmung des Asylantenstroms mitzu*tragen.

Das „Modell Niedersachsen", die neue Koalition von CDU und FDP in Hannover mit einer „fairen Partnerschaft", setze für die Bundestagswahl im Januar 1987 wichtige Akzente. „Es war gut, wieder einmal in einem Flächenland zu zeigen, daß die FDP in einer Koalition auch etwas einbringen kann." Jürgens fügte hinzu: „Ich sehe überhaupt keine Hindernisse. Der Wille zur Zusammenarbeit, nicht nur der Zwang durch die knappe Mehrheit, ist deutlich vorhanden." Das habe die Regierungsarbeit nach der Landtagswahl vom 15. Juni gezeigt.

Die eine Stimme Mehrheit der CDU/FDP-Koalition im Landtag gegenüber der Opposition von SPD und Grünen zwinge die Koalitionspartner zu großer Disziplin, versicherte Jürgens: „Wir haben schon bewiesen, daß wir zusammen arbeiten müssen und es auch wollen." Dies sei bei der ersten Landtagssitzung mit der Wahl des Ministerpräsidenten und des Kabinetts gezeigt worden.

Heinrich Jürgens, dem zweiten FDP-Landesminister Walter Hirche (Wirtschaft) und der zehnköpfigen FDP-Landtagsfraktion kommt *es nun darauf an, in der Regierungs*arbeit in Hannover liberale Politik zu verwirklichen. „Die Koalitionsvereinbarung zeigt unseren Einfluß und der muß nun umgesetzt werden." Als wichtiges Beispiel nannte der Minister die Kommunalpolitik. Zwar würden bei der bevorstehenden Kommunalwahl in Niedersachsen am 5. Oktober die Sitze in den Gremien noch nach dem dHondt-Verfahren ermittelt und so die großen Parteien bevorzugt (Die FDP hat in Jürgens Heimatgemeinde im *Kreis Diepholz 45,1 Prozent zu ver*teidigen). Künftig gelte aber das für kleinere Parteien günstigere Niemeyer-Zählverfahren.

In der *Wirtschaftspolitik* geht es der niedersächsischen FDP besonders darum, kleinere und mittlere Betriebe durch moderne Technologie zu fördern. Außerdem will man im Agrarbereich die Überschußproduktion eindämmen und die Massentierhaltung begrenzen. „Das ist für Niedersachsen mit seinem hohen Anteil an der Agrarwirtschaft besonders wichtig. Denn in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie ist bei uns jeder vierte Arbeitsplatz angesiedelt."

Kongreß bereitet US-Regierung zwei Niederlagen

wth. Washington

Zum gleichen Zeitpunkt, da eine amerikanische Verhandlungsdelegation in Moskau die Rüstungskontrollpositionen für den Gipfel zu klären versuchte, erlitt Präsident Reagan daheim zwei schwere Rückschläge. Das Repräsentantenhaus reduzierte zunächst mit großer Mehrheit den Etat *für das Weltraumverteidigungspro*gramm SDI, das auf dem nächsten Gipfel eine bedeutende Rolle spielen wird, auf 3,1 Milliarden Dollar.

Wenig später akzeptierte das Haus einen Antrag, der Reagan zwingen soll, den von ihm als beendet betrachteten Salt-2-Vertrag weiter zu respektieren. Der Antrag sieht vor, künftig die Bewilligung von Geldern für den Bau von Raketen zu stoppen, die die in diesem Vertrag festgesetzten Limits überschreiten. Es wird erwartet, daß das Repräsentantenhaus dem*nächst auch* beschließen wird, das Testverbot für Anti-Satellitentests um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Die scharfe Reduzierung des SDI-Budget wird zwangsläufig eine Verzögerung des Forschungsprogramms zur Folge haben. Die Reagan-Administration hatte in ihrem Verteidigungshaushalt für das kommende Jahr ei*nen SDI-Etat von 5,3 Milliarden Dol*lar beantragt. Der Senat hatte in der letzten Woche diesen Betrag bereits auf 3,95 Milliarden Dollar gekürzt. Beide Häuser müssen nun in einer Etatkonferenz versuchen, einen Kompromiß zu finden, der wahrscheinlich zwischen 3,4 und 3,5 Milliarden Dollar liegen dürfte.

Die Debatten in beiden Häusern spiegelten das wachsende Unbehagen des Kongresses gegenüber diesem Programm auch innerhalb der *Regierungspartei wider.* Immerhin schlossen sich 33 Republikaner im Repräsentantenhaus dem Kürzungsantrag der Demokraten an. Ein Antrag der Demokraten, den SDI-Etat radikal auf 1,3 Milliarden Dollar zu reduzieren, wurde dagegen besiegt.

Reagan wird drängender gegenüber Gorbatschow

Nächstes Gipfeltreffen soll mehr Fortschritte bringen

wth. Washington

US-Präsident Ronald Reagan ist optimistisch, daß auf dem geplanten *nächsten Gipfeltreffen mit dem so*wjetischen Parteichef Michail Gorbatschow „mehr Fortschritte erzielt werden, als sie seit Jahren zwischen beiden Nationen erreicht wurden".

Als Grund für seinen Optimismus nannte Reagan „Probleme, die den Generalsekretär zur gegenwärtigen Zeit betreffen". Reagan ging nicht nä*her auf diese Probleme ein und* ließ es bei dieser Andeutung bewenden, zumal niemand der Journalisten auf seiner Pressekonferenz in Chicago mit weiteren Fragen nachhakte.

Dieses Gipfeltreffen und die Lage in Südafrika waren die beherrschenden Themen der halbstündigen Pressekonferenz, der achtunddreißigsten *in der Amtszeit Reagans. Er wirkte* in dieser Konferenz, nur wenige Tage nach seinem letzten medizinischen Test, der Sorgen über seine Gesundheit ausgelöst hatte, frisch und wesentlich besser in Form als auf seiner letzten, auf der er Gorbatschow mit betonter Höflichkeit behandelt hatte.

Reagan tat jedoch nichts, um die Fülle von Spekulationen und Unsicherheiten zu beseitigen, die über den Inhalt seines Briefes an Gorbatschow und über die amerikanische Verhand*lungsposition ausgebrochen sind.* Er erklärte lediglich, daß niemand, der sich bisher auf ein öffentliches Rätselraten über den Inhalt seines Briefes an Gorbatschow eingelassen habe, richtig geraten habe. Der Präsident betonte aber, daß er den Sowjets nicht eine Verzögerung des amerikanischen SDI-Programms vorgeschlagen habe.

In Antworten zur amerikanischen Südafrikapolitik reagierte Reagan positiv auf den Vorschlag des südafrikanischen Präsidenten Botha zu einem Gipfeltreffen mit den USA, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik. Er ließ jedoch offen, ob dieser Gipfel auf der Ebene der Regierungschefs oder der Außenminister stattfinden soll.

Der Vorschlag Bothas hat die Reagan-Administration überrascht. Jedenfalls hatte Botha in seinem letzten Brief an Präsident Reagan darüber keine Andeutungen gemacht. Reagan erklärte jedoch gestern in seiner Pressekonferenz, daß man in seiner Umgebung unabhängig von Botha Pläne zu einem *Gipfeltreffen* diskutiert habe.

Mit *ungebrochener Härte* verteidigte Reagan dagegen seinen Widerstand gegen radikale Sanktionen der Art, die besonders die farbige Bevölkerung Südafrikas und die Nachbarstaaten treffen würden. Diese Sanktionen würde vor allem von radikalen farbigen Organisationen gefordert, sagte Reagan. Ihr Ziel und ihre Hoffnung sei es, aus den daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten politisch zu profitieren und ein kommunistisches Regime in Südafrika einzurichten. Dagegen hätten maßgebliche Führer gemäßigter farbiger Organisationen ihm in zahlreichen Briefen dringend von der Verhängung von Sanktionen abgeraten.

Reagan *korrigierte später* einen Teil dieser Äußerungen und schloß den Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu, der ebenfalls Sanktionen gegen Südafrika fordert, aus dem Kreis der von ihm skizzierten farbigen Radikalen aus.

Zu den Verfechtern radikaler Sanktionen gegen Südafrika gehört auch das amerikanische Repräsentantenhaus, das mit großer Mehrheit die Einstellung der Handelsbeziehungen gefordert hat. Die Entscheidung des Senats in dieser Frage wird in diesen Tagen fallen.

Entwicklungshilfe fehlgeleitet ?

Veränderungen zwischen 1976 und 1985 in Milliarden US-Dollar

Auslandsverschuldung – Kapitalflucht

Brasilien 80 / 10; Mexiko 75 / 53; Argentinien 42 / 26; Korea 40 / 12; Venezuela 30 / 23; Philippinen 9; Indien 22 / 10; Malaysia 19 / 12; Nigeria 18 / 10; Ecuador 7 / 5

imu — Quellen: IW. Morgan Guarantee Trust Company

Ein großer Teil der Entwicklungshilfegelder landet schon nach kurzer Zeit wieder in den Geberländern. Meistens allerdings auf den Privatkonten der Mächtigen aus den Empfängerstaaten. Kapitalflucht gehört in vielen dieser Länder zum Alltag. So überstiegen die Kapitalabflüsse aus Mexiko das Leistungsbilanzdefizit um das Doppelte. QUELLE: IMU

FÜR DEN ANLEGER

Leitzinsen: Mit Spannung wird die heutige Sitzung des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank erwartet. Der japanische Zentralbankchef Satoshi Sumita hat sich gegen eine Reduzierung der japanischen Leitzinsen ausgesprochen.

Premiere: Die Sowjetunion beteiligt sich zum ersten Mal an einer Emission auf dem internationalen Finanzmarkt. Sie tritt als Mitfinanzier einer Anleihe über 15 Mrd. Yen (200 Mill. DM) der Nordischen Investitionsbank in Helsinki auf.

Euroanleihe: Eine variabel verzinsliche zehnjährige Euroanleihe über 125 Mill. Dollar legt Carteret Savings Bank zu pari auf. Sie wird mit einem sechzehntel Punkt über Libor verzinst.

WELT-Aktien-Indizes – Gesamt: 276,77 (275,05); Chemie: 158,36 (157,68); Elektro: 322,21 (321,63); Auto: 728,28(716,07); Maschinenbau: 155,63 (155,06); Versorgung: 163,56 (165,49); Banken: 419,45 (417,49); Warenhäuser: 167,67 (167,01); Bauwirtschaft: 504,28 (501,63); Konsumgüter: 184,26 (184,12); Versicherung: 1480,79 (1470,16); Stahl: 163,26 (160,79).

Nachbörse: Fester.

WELTWIRTSCHAFT

Interview: In einem Exklusiv-Gespräch *mit* der *WELT zeigt* sich der Chefredakteur der „Financial Times" erstaunt darüber, daß die Privatisierung, mit der die Regierung Thatcher so erfolgreich sei, in der Bundesrepublik nur zögernd in Angriff genommen wird. (S. 10)

Venezuela: Entgegen ihrer Ankündigung will die Regierung keine Auslandsanleihen zur Ablösung privater Auslandsschulden ausgeben.

Großbritannien: Die industrielle Gesamtproduktion ist im Juni saisonbereinigt um 1,2 Prozent gegenüber dem Vormonat und um *1,3 Prozent im Vergleich zum Juni* 1985 zurückgegangen.

Frankreich: Obwohl die französische Post ihren Kunden mit dem „Minitel" einen elektronischen Ersatz für das Telefonbuch gratis ins Haus liefert und damit gute Erfolge erzielt, besteht hierfür im Ausland kaum Interesse. (S. 10)

Besuch: Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann wird morgen in Prag Gespräche mit der Regierung der CSSR führen. Dabei werden Fragen der Zusammenarbeit im Umweltschutz im Mittelpunkt stehen.

MÄRKTE & POLITIK

Autos: Der VW-Golf behauptete im ersten Halbjahr seine Spitzenposition mit knapp 186 000 Neuzulassungen vor dem Opel Kadett (125 000).

Bekleidung: Herrenstrickwaren sind der Umsatzrenner des Textileinzelhandels. In den ersten sechs Monaten 1986 wurden 25 Prozent mehr verkauft, berichtet die deutsche Maschen-Industrie.

Preise: Die Großhandelspreise lagen im Juli um 8,7 Prozent unter Vorjahresniveau. Das Statistische Bundesamt begründet dies mit den Preisabschlägen bei Ölprodukten und Nahrungsmitteln.

Rückvergütung: Die deutschen Kfz-Versicherer haben rund 800 *Mill. DM an Überschüssen aus* dem vergangenen Jahr als Beitragsermäßigungen an die Versicherten weitergegeben.

Siemens: Insgesamt 50 000 Autotelefone im Wert von 300 Mill. DM hat die Firma seit 1982 in neun europäischen Ländern verkauft. Das Unternehmen bezeichnet sich als den größten deutschen Produzenten von Autotelefonen.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	12. 8. 86	11. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	183,00	–	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	117,00	120,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	57,50	61,00	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Allianz Leben: Ein wachsendes Neugeschäft für das erste Halbjahr 1986 meldet der größte deutsche Lebensversicherer. Die Ertragsaussichten für 1986 seien gut.

Philips: Der niederländische Konzern erreichte im ersten Halbjahr eine Absatzsteigerung *in* der Unterhaltungselektronik, mußte aber im Gesamtwachstum ein achtprozentiges Umsatzminus hinnehmen.

Lebensversicherung: Die Vereinigte will zu den ersten Versicherern gehören, die 1987 neue Tarife mit 3,5 Prozent Rechnungszins und höherem Mindestrückkaufwert anbieten will. (S.15)

General Motors: Der Auto-Gigant und Volvo bereiten eine Kooperation beim Bau schwerer Lkw in den *USA* vor.

Kraftwerk-Union: Die Verträge mit Brasilien über den Bau von Kernkraftwerken müssen auch nach dem revidierten Nuklearprogramm des Landes nicht neu verhandelt werden. (S.11)

NAMEN

Deutsche Shell: Dr. Wilhelm von Ilsemann (Foto), von 1979 bis 1982 Vorstandsvorsitzender des Mineralölkonzerns vollendet morgen sein 65. Lebensjahr. Er ist Mitglied des Aufsichtsrats und seit 1975 Präsident des Welterdölkongresses, der wissenschaftlich-technischen Weltorganisation der Mineralölwirtschaft.

Iran: Der an der Fried. Krupp GmbH, Essen, beteiligte Golfstaat hat einen neuen Vertreter im Aufsichtsrat benannt. Mehdi Navab-Motlagh, stellvertretender Minister für Investitionen und Entwicklungshilfe, hat Mohsen Nourbakhsh, Gouverneur der iranischen Zentralbank, abgelöst.

WER SAGT'S DENN?

„Jedermann klagt über sein Gedächtnis, niemand über seinen Verstand."

La Rochefoucauld.

Die Bundesbank sollte jetzt nicht auf die Geldbremse treten

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Keine Gefahr für Stabilität

tb. Berlin

Der gegenwärtige geldpolitische Kurs sollte nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beibehalten werden, auch wenn dabei die Zentralbankgeldmenge am Jahresende über dem offiziellen Zieltrichter der Bundesbank liegt. Wie das DIW in seinem jüngsten Wochenbericht schreibt, kommt man auf diesem Pfad den wachstumspolitischen Erfordernissen *eher entgegen, ohne eine erneute* Inflation befürchten zu müssen.

Die geldpolitische Situation habe sich seit Mitte vergangenen Jahres erheblich geändert, heißt es in dem Bericht der Berliner Konjunkturforscher weiter. Die Zinsen sanken deutlich, und die monetäre Expansion habe sich kräftig beschleunigt. Schon seit der Jahreswende bewege sich die Zentralbankgeldmenge auf einem Pfad, der über dem von der Bundesbank gewählten Zieltrichter – zwischen 3,5 und 5,5 Prozent – liege. Noch im Juli habe die Geldmenge mit einer Jahresrate von annähernd sieben Prozent über dem Stand im letzten Vierteljahr 1985 gelegen.

Da bis heute kein inflatorischer Überhang entstanden sei, bestehe für die Geldpolitik kein Anlaß, von dem erreichten Pfad nach unten abzuweichen. Ein Verzicht auf eine zinssteigernde Bremspolitik würde zwar dazu führen, daß die Zentralbankgeldmenge am Jahresende um etwa sechs Prozent über dem Wert im vierten Quartal 1985 und damit über dem Zieltrichter der Bundesbank liegen werde. Eine solche „Verfehlung" des offiziellen Ziels wäre nach Ansicht des DIW aber aus wachstumspolitischen Gründen gerechtfertigt.

Das DIW bleibt bei seiner Prognose, daß das Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik in diesem Jahr um 2,5 Prozent zunehmen wird. Die realen Auftragseingänge bei der Industrie aus dem Inland sprächen dafür, daß die positive Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion weiter anhält. Allerdings müsse berücksichtigt werden, daß die Zuwachsraten im dritten Quartal wieder kleiner würden, weil die Steigerungen im zweiten Vierteljahr wegen der schlechten Ergebnisse Anfang des Jahres überhöht waren. Die Ausrüstungsinvestitionen würden wieder überdurchschnittlich zunehmen. Dagegen werde sich die Zuwachsrate bei den Bauinvestitionen verringern, weil die Nachholproduktion auslaufen werde. Kräftig expandieren dürfte erneut der private Verbrauch.

Im Export werde sich, so das DIW, das Wachstumstempo verringern, die Dollar-Abwertung werde es den Exporteuren immer schwerer machen, Marktanteilsverluste mit Preiszugeständnissen zu verhindern. Dagegen würden Importe noch attraktiver. Hinzu komme, daß die Lagerbestände aufgestockt werden müssen. Beides zusammen werde zu einem leichten Rückgang des realen Außenbeitrages führen.

Talfahrt am Bau scheint jetzt beendet

A.G. Bonn

Die Talfahrt der Bauwirtschaft, die schon 1980 begann, scheint nunmehr beendet zu sein. Bis zu einem Aufschwung sei es jedoch noch ein langer Weg, erklärt der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in seiner *neuesten Konjunkturprognose. Für* 1986 könne mit „wenig mehr als nur einer Stagnation" des Bauvolumens gerechnet werden.

Für die ersten fünf Monate ergebe sich eine Steigerung des Produk*tionsindex' im Bauhauptgewerbe um* 2,5 Prozent. Die Bauaufträge nahmen gleichzeitig um acht Prozent zu. Auch für das Gesamtjahr wird mit einer Zunahme gerechnet. Außerordentlich schwierig bleibe jedoch auch in diesem Jahr die Ertragslage der Baufirmen. Ergebe sich seit 1980 eine kumulierte Kostensteigerung von 25 Prozent, so stehe ihr eine Erlöszunahme um lediglich acht Prozent gegenüber. Die Auszehrung der Eigenmittel schreite also fort und bedrohe ernsthaft viele Firmen in ihrer Existenz.

Zahl der Beschäftigten steigt weiter

AP. Hamburg

Die Zahl der Beschäftigten ist nach Angaben des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in diesem Jahr weiter gestiegen. Im jüngsten Konjunkturbericht des Institutes hieß es gestern, zur Jahres*mitte seien* annähernd *270 000* Arbeitnehmer mehr beschäftigt gewesen als ein Jahr zuvor. Zum Jahresende erwarten die Wirtschaftswissenschaftler 300 000 mehr Beschäftigte.

1987 werde die Beschäftigtenzahl *noch einmal in der gleichen* Größenordnung zunehmen. „Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird sich dabei fortsetzen", heißt es in dem Konjunkturbericht. „Er wird aber weiterhin erheblich geringer sein als der Anstieg der Beschäftigung, denn das Arbeitskräfteangebot wird weiter wachsen." Für das vierte Quartal 1986 wird eine Arbeitslosenzahl erwartet, die um annähernd 130 000 niedriger liegt als vor Jahresfrist; im Durchschnitt des Jahres werde sie bei etwas über 2,2 Millionen Erwerbslosen liegen, heißt es.

Ein Winterloch für die Heizölpreise?

Bevorratung so gut wie nie – Die Lage am Weltmarkt hat sich wieder entspannt

HANS BAUMANN, Bonn

Die Lage auf den internationalen Ölmärkten hat sich nach dem Auftrieb der Preise im Anschluß an die Einigung der Opec über eine Kürzung der Rohölförderung entspannt. Die Spotmärkte notieren für Rohöl 13 bis 14 Dollar je Faß (159 Liter). Gegenüber acht bis neun Dollar vor dem Opec-Beschluß ist dies ein erheblicher Aufschlag. Die Mineralölindustrie sieht aber keine Anzeichen für einen weiteren Anstieg des Rohölpreises.

Der Luftangriff Iraks auf den Ölhafen Siri Irans, der einzige größere Umschlagplatz neben Kargh Island, hat den Rohölpreis leicht befestigt. *Am Markt* wird die Ankündigung Norwegens und Venezuelas, die Ölförderung zu erhöhen, nicht überbewertet, da von beiden Ländern keine gravierenden zusätzlichen Mengen erwartet werden.

Daß die Saudis nach wie vor rund fünf Mill. Barrel pro Tag fördern, damit also die Quote von Genf um 0,7 Mill. Faß pro Tag (das sind 35 Mill. Tonnen im Jahr) überschreiten, wird damit begründet, daß Riad so gut wie gar nicht am Spotmarkt tätig war, sondern den Weg der Net-back-Geschäfte (Kasse nach Verkauf der Ware durch den Abnehmer) gegangen ist. Diese Verträge könnten wohl kaum vor Mitte September auslaufen und erst dann mengenwirksam werden.

Die Beruhigung des Ölmarktes wird auch damit begründet, daß große Mengen aus der hohen Förderung im Juli am Persischen Golf noch unterwegs seien zu den Empfängerländern. Sie würden bis in den September hinein auf die Ölmärkte drücken. Auch am Markt für Mineralölprodukte *hält die Beruhigung* an. In Rotterdam liegt lediglich Benzin relativ fest. Schwach ist die Tendenz dagegen für leichtes Heizöl.

Ausschlaggebend dafür ist die ungewöhnlich hohe Bevorratung bei den privaten Verbrauchern und beim Gewerbe. Diese Tankkapazität wird für die Bundesrepublik auf rund 33 Mill. Tonnen geschätzt. Die Deutsche Shell hat ermittelt, daß die Tanks zur Jahresmitte mit rund 26 Mill. Tonnen gefüllt waren. Wie stark die Verbraucher auf die Signale des Marktes geachtet haben, zeigt die Tatsache, daß im November 1985 die Tanks nur mit 24 Mill. Tonnen gefüllt waren. Während die Verbraucher im ersten Halbjahr 1985 ihre Vorräte um 3,8 Mill. Tonnen verringerten, bauten sie sie im ersten Halbjahr dieses Jahres um 4,4 Mill. Tonnen auf. Das erklärt die hohen Absatzzahlen des Brennstoffhandels von 8,2 Mill. Tonnen.

Birgt die hohe Bevorratung keine Gefahr für den Absatz im Winter? Die Mineralölgesellschaften können dies nicht ausschließen. *Bei* hohen Rohölpreisen, mildem Winter und disziplinierter Opec kann der Heizölmarkt im Winter sehr gut unter sehr starken Druck geraten. Das Ergebnis wäre ungewöhnlich: Nachdem das Sommerloch ausgeblieben ist, könnte es 1986/87 beim leichten Heizöl ein Winterloch geben.

Flotte Sprüche

adh. – Löblich, löblich: Hessen wird sich nicht an dem von anderen Bundesländern betriebenen Subventionswettlauf mit Milliarden von *Steuergeldern beteiligen. So weit* der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger. Aber ganz stillschweigend mag der Wirtschaftsminister der rot-grünen Hessenkoalition doch nicht schlucken, was ihm da eine Umfrage ins Ministerium getragen hat. Nur gerade gut die Hälfte der Bundesbürger hält nämlich das Bundesland Hessen für „wirtschaftsstark". Das sehr viel schwächere Bayern („die treten auf wie der ökonomische Kraftprotz der Republik"), das im Gegensatz zu Hessen Ergänzungszuweisungen des Bundes zur Finanzierung der Länderaufgaben bezieht, schneidet da viel besser ab.

Unter dem Motto „Hessen ist Qualität" soll Abhilfe geschaffen werden. „Wir Hessen verteidigen nicht die Marktwirtschaft. Wir praktizieren sie." Mit diesem und ähnlichen flotten Sprüchen soll jetzt den Bundesbürgern und vor allem den Meinungsträgern in der Wirtschaft durch eine Anzeigenkampagne in überregionalen Zeitungen und Zeitschriften das Land Hessen als Wirtschaftsstandort nahegebracht und seine wirtschaftliche Stärke verdeutlicht werden.

Ein durchaus legitimes Vorhaben, zumal Hessen mit seiner langen Zonengrenze (wie übrigens Bayern auch) durchaus strukturelle *Probleme hat, auch wenn es mit* seiner Wirtschaftskraft insgesamt ganz vorn im Konzert der Bundesländer liegt. Daß freilich die Kampagne keine politische sei, ist schlichte Augenwischerei. Schließlich ist mit dem rot-grünen Hessengeplänkel einiges an Porzellan zerschlagen worden. Das Vertrauen der Wirtschaft in die hessischen Rahmenbedingungen, das für langfristige Investitionsentscheidungen nun einmal notwendig ist, ist angeschlagen. Fraglich, ob ein paar Anzeigen als Kitt reichen.

Nach Lohnrunde sprudeln die Steuerquellen kräftiger

Im Juli 5,4 Prozent mehr eingenommen als im Vorjahr

ARNULF GOSCH, Bonn

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sind im Juli dieses Jahres wieder kräftiger gestiegen. Das geht aus jüngsten offiziellen Statistiken hervor, die der WELT gestern bekannt wurden. Danach erhöhten sich die Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern und Lastenausgleichsabgaben) im Berichtsmonat um 1,57 Milliarden auf 30,87 Milliarden Mark. Das sind immerhin 5,4 Prozent mehr als im Juli 1985.

Von diesen Einnahmen entfallen 24,37 Milliarden Mark (plus 4,6 Prozent) auf gemeinschaftliche Steuern, 4,69 Milliarden Mark (plus 2,8 Prozent) auf reine Bundessteuern (einschließlich Zölle) und 1,80 Milliarden Mark (plus 26,5 Prozent) auf reine Ländersteuern. Die Zunahme bei der Lohnsteuer fiel mit plus 6,3 Prozent (auf *13,94 Milliarden Mark*) stärker aus als in den Monaten zuvor, weil in diesem Monat Nachzahlungen aus den diesjährigen Lohnrunden ihre Wirkung zeigten.

Von den Steuereinnahmen des Monats Juli stehen dem Bund 15,82 Milliarden Mark zu. Diese lagen damit um fünf Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Allerdings ist die Zuwachsrate etwas nach oben verzerrt, weil die Basis im Vorjahr durch eine aus abrechnungstechni*schen Gründen außerordentlich hohe* Abführung beim EG-Anteil am Umsatzsteueraufkommen geschwächt war. – Den Ländern stehen 11,66 Milliarden Mark (plus 7,6 Prozent), den Gemeinden (nur Gemeindeanteil an Lohn und Einkommensteuer) 1,99 Milliarden Mark (plus 7,7 Prozent) und den Europäischen Gemeinschaften 1,39 Milliarden Mark (minus 9,5 Prozent) zu.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres betrugen die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen nach vorläufigen Ergebnissen insgesamt 224,72 Milliarden Mark und lagen damit um 4,1 Prozent über dem Volumen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Hiervon stehen dem Bund 112,83 Milliarden Mark (plus 2,3 Prozent) zu. Unter Berücksichtigung der Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder (eine knappe *Milliarde Mark*) verbleiben dem Bund Einnahmen von 111,87 Milliarden Mark (plus 2,3 Prozent).

Den Ländern stehen von den Gesamteinnahmen 87,62 Milliarden Mark (plus 5,9 Prozent) zu, den Gemeinden 14,29 Milliarden Mark (plus 3,5 Prozent) und den EG 9,98 Milliarden Mark (plus 11,6 Prozent). Diese Entwicklung bestätigt die Vorstellungen, die den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen" vom Mai für das Gesamtjahr 1986 zu*grunde lagen.*

AUF EIN WORT



„Oft wird Preiswettbewerb mit Leistungswettbewerb verwechselt. Preiswettbewerb ist jedoch nur dann Leistungswettbewerb, wenn man sich den Preis auch leisten kann."

Manfred Schmidt, Generalbevollmächtigter der Deutschen AG für Unterhaltungselectronic OHG.

FOTO: DIE WELT

Bilanz mit wenig Flecken

Von ERWIN SCHNEIDER

Die Themen der Hauptversammlungen deutscher Aktiengesellschaften waren in diesem Sommer häufig politischer Natur. Die Probleme Südafrikas und die Geschäftsbeziehungen der deutschen Wirtschaft zu diesem Apartheidsstaat beherrschten die Diskussionsbeiträge bei einer Reihe von Versammlungen, bei anderen waren die Kernenergie und der Umweltschutz nach der Katastrophe in Tschernobyl das Hauptthema.

Die Veranstaltungsleiter bewiesen dabei meist mehr Langmut als die Mehrheit der Aktionäre, die mit den langatmigen, mit linker Ideologie gespickten Reden nicht konfrontiert werden wollten. Besonders pikant war die Situation allerdings bei den Vereinigten Elektrizitätswerken in Dortmund, wo der Aufsichtsratsvorsitzende sich in seiner Eröffnungsrede für die Kernkraft aussprach, von „grünen" *Aktionären* aber immer wieder an sein Amt als SPD-Oberbürgermeister von Dortmund erinnert wurde. Denn der von seiner Partei beherrschte Stadtrat hatte einen Beschluß für den Ausstieg aus der Kernkraft gefaßt.

Die Bilanzsaison 1986 ist beendet. Auf den Hauptversammlungen haben die Aktionäre überwiegend Lob verteilt, denn sie wurden wieder mit guten Dividenden bedient. Auch für das laufende Jahr sind die Aussichten positiv.

Die Qualität der Diskussionsbeiträge, die in den letzten Jahren immer „linker" wurden – wobei die *Redner nicht mehr als eine Aktie* des attackierten Unternehmens besitzen –, ist sicherlich auch ein Grund für die Tatsache, daß die Präsenzzahlen zuletzt stetig gesunken sind und teilweise schon auf die 50-Prozent-Grenze zurückgehen. Würstchen und Kaffee sind in unserer Wohlstandsgesellschaft, so scheint es, kein Lockmittel mehr. Und das Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Großaktionären ist ein weiterer Hinderungsgrund. So bleiben diejenigen, die sich selbst darstellen wollen, eben doch nur eine verschwindende Minderheit.

Neues Bilanzjahr – neue Diskussionsthemen: Vor einem Jahr noch war es das Unbehagen der Kleinaktionäre, die sich nach den guten Bilanzen, die ihnen präsentiert wurden, nicht gut genug bedient fühlten und eine Erhöhung der Dividenden forderten. Dies ist ihnen nach einem erneuten Spitzen-Bilanzjahr auch teilweise gewährt worden.

So haben von den 456 an den Aktienbörsen notierten Unternehmen 132 die Ausschüttung angehoben. Auf der anderen Seite mußten aber auch 50 ihren Anteilseignern die Dividende kürzen, stellte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden fest. Zehn Firmen haben noch keine Bilanz vorgelegt, der Rest blieb auf dem Vorjahresniveau. Die Durchschnittsrendite der Aktien aller Gesellschaften mit 49,76 Milliarden Mark börsennotierten Stammaktien stieg von 2,84 auf 2,99 Prozent ohne Steuergutschrift.

Vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, daß die Tagesordnungspunkte Diskussion des Geschäftsberichts und Gewinnverwendungsvorschlag zumeist schnell abgehakt und die betriebswirtschaftliche Diskussion auf ein Minimum beschränkt wurde. Zumal neben der Gewinnausschüttung auch einiges für die innere *Stärkung der* Unternehmen übrig blieb. Das leidige Problem Eigenkapitalausstattung konnte also etwas entspannt werden. Über das ganze Unternehmensspektrum hinweg bleibt so das Bild einer Bilanz mit wenig Flecken.

Wobei bei einigen Branchen das Szenario sicherlich etwas trüber ist. Beispielsweise haben die konsum*nahen Sparten – von denen einige* Warenhaus- oder Textilkonzerne die Ausschüttung für 1985 ausfallen lassen mußten – ihren Höhepunkt erst noch vor sich, wenn die Prognosen der Wirtschafts-Weisen richtig sind. Und die exportorientierten – vor allem die auf der Dollarbasis handelnden – Unternehmen, von denen besonders einige Automobilfirmen nach oben herausragten und im Jubiläumsjahr mit höherer Ausschüttung glänzten, werden wohl etwas kürzer treten müssen. Auch wenn die absolute Schmerzensgrenze des Dollarverfalls noch nicht erreicht wurde. Bei der vorgeschobenen Grenze von 2,20 Mark hat das Wehklagen jedoch nicht eingesetzt.

Für den Aktionär sieht die Zukunft nach dieser Bilanzsaison weiter rosig aus. Auch die Halbjahresberichte lassen diesen Schluß zu. Ob das nun erreichte Dividenden-Niveau angehoben werden kann, ist jedoch fraglich.

Sparer auf dem Weg zu Aktionären

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit kleinem Einsatz – ab 50 Mark pro Monat – aktiv an der Börse mitzumischen und durch solcherlei praktische Erfahrung zu lernen, schließlich allein auf dem glatten Börsenparkett zu laufen: Das reizt rund 60 000 Bun*desbürger, vom Lastwagenfahrer bis* zum Ministerialrat, sich mit Gleichgesinnten in Investmentclubs zusammenzufinden, von denen es mittlerweile etwa 3000 in der Bundesrepublik gibt und deren Vermögen auf 300 Millionen Mark *geschätzt wird.* Die Idee, 1963 von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapiersitz konzipiert, findet im Zuge der nun schon vier Jahre dauernden Aktienhausse immer mehr Anhänger, besonders auch unter jüngeren Leuten.

Unterstützung finden die Clubs im Kreditgewerbe, besonders bei Sparkassen und Volksbanken, die nicht nur Gründungshilfe leisten, sondern auch mit Rat und Service zum Erfolg *beizutragen versuchen. Aber das* Potential von Sparern, die auf diesem Weg zu Aktionären werden könnten – in der Bundesrepublik Deutschland *besitzen gerade erst sechs Prozent* aller Haushalte Aktien – schätzt Hans Peter Schreib, geschäftsführendes Mitglied der Schutzvereinigung, noch weitaus höher ein, wenn mehr Menschen mit Aktien und Börsen vertraut gemacht werden. Und das ist das Ziel der Schutzvereinigung; die Clubs sollen zu Trainingszentren werden, die aktuelle Informationen und Fachkunde vermitteln und ihre aktiv an den Anlageentscheidungen mitwirkenden Mitglieder zu Daueranlegern machen.

Was alles getan werden muß, um die Anleger über das Allerneueste von den Märkten auf dem Laufenden zu halten, sie vor Fehlentscheidungen im Wirrwarr neuer Finanzinstrumente zu bewahren, und was auch politisch notwendig ist, um den Aktienbesitz zu verbreitern, wird neben vielen anderen anlegernahen Themen von heute bis Samstag in Frankfurt von *internationalen Fachleuten auf* dem 12. Weltkongreß der „World Federation of Investmentclubs" diskutiert. Eine Gelegenheit, die die *Schutzvereinigung zum Aufruf zur* Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der europäischen Aktionärsvereinigungen nutzen will, die vor allem in Brüssel bei anstehenden Gesetzesänderungen die Interessen der Aktionäre wirkungsvoller durchsetzen soll.

Die Schutzvereinigung gehört allerdings nicht zu denen, die sich von irgendwelchen Subventionen des Aktiensparens Erfolge bei der Verbreiterung des Aktienbesitzes versprechen. *Nicht die Aktionäre* sollten gefördert werden, sondern das Produkt Aktie müsse attraktiver werden, und zwar durch verbesserte Rentabilität der Gesellschaften und eine Beseitigung der steuerlichen Diskriminiserung der Aktie in der Bundesrepublik.

Zugleich fordert der Präsident der „World Federation", Christian Will, die steuerliche und rechtliche Gleichstellung in- und ausländischer Anle*ger und eine Überprüfung staatlicher* Aktienförderung, die den Markt verfälschen könne.

„Minitel" statt Telefonbuch

Frankreichs kostenlose Einführung ins elektronische Zeitalter

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Früher als andere Länder hat Frankreich mit der Popularisierung der Informatik begonnen. Am Anfang stand die Idee der Postverwaltung, das traditionelle Telefonbuch durch ein elektronisches, den „Minitel" zu ersetzen. Dieser kleine Heimcomputer wird seit 1981 den interessierten Telefonabonnenten von der Post kostenlos zur Verfügung gestellt und an das Fernsprechnetz angeschlossen. Über *eine Tastatur verlangt man* gebührenfrei die Telefonnummer eines Teilnehmers, der dann auf dem Bildschirm erscheint.

Inzwischen können dem „Minitel" an die 2000 verschiedene Leistungen abverlangt werden – die meisten allerdings zu Gebühren, welche den privaten Serviceunternehmen aber auch der Post selbst zugute kommen. Diese braucht außerdem weniger Telefonbücher drucken zu lassen und erhält die Computer immer preiswerter je größer die Herstellungsserien sind. So hat sich für sie die Leihidee schließlich als ein gutes Geschäft erwiesen.

Anfang dieses Jahres waren bereits 1,4 Millionen „Minitels" in Betrieb. *Seitdem werden monatlich mehr als* 100 000 installiert. Dieser Boom wird vor allem von dem fortschreitend erweiterten Verbraucherservice getragen, *der von den Gemüsepreisen* über die Börsenkurse bis z allen möglichen Freizeitangeboten reicht. Es gibt sogar einen Kanal für Kontakte zu „Gleichgesinnten".

Kleinanzeigen und Spiele

Sehr beliebt ist auch der Service für Kleinanzeigen aller Art und die elektronische Zeitung mit den letzten Sportnachrichten. Zur Unterhaltung *stehen zahlreiche elektronische Spiele* zur Verfügung, was nicht nur die Kinder erfreut. So ist der „Minitel" in Frankreich zu einer Institution geworden. *Sein ursprünglicher Zweck*, das Telefonbuch zu ersetzen, ist nur noch von untergeordneter Bedeutung.

Unterstützt wird die „Minitel"-Welle durch die zügige Ausstattung der französischen Schulen mit Computern, die von der sozialistischen Regierung im großen Stil eingeleitet wurde. Die Kinder drängen deshalb die Eltern den „kostenlosen" Heimcomputer zu beantragen. Wenn er einmal richtig ausgenutzt wird, kann er aber ziemlich teuer zu stehen kommen.

Die neue Regierung schreitet auf diesem Wege fort, will jetzt aber auch die öffentliche Verwaltung in das elektronische Zeitalter führen. Diese verfügte Anfang 1985, dem Zeitpunkt der letzten Erhebung, gerade über 1600 EDV-Systeme. Ende 1980 waren es allerdings nur 1000.

Es wird zuviel importiert

Auch in der französischen Privatwirtschaft *ist es mit der Informatisierung* noch nicht zum Besten bestellt. Im Dienstleistungssektor beispielsweise verfügen nur 39 Prozent der Unternehmen mit 250 bis 500 Beschäftigten über mindestens einen Computer. In der Unternehmensgruppe mit 100 bis 200 Beschäftigten waren es 87 Prozent, aber von den Kleinbetrieben (unter zehn Beschäftigten) haben bisher nur 23 Prozent den Schritt in die Elektronik gewagt.

Insgesamt verfügte Frankreich (Anfang 1985) außer den „Minitels" über 155 230 Computer in der Preisklasse von 50 000 bis 250 000 Francs. Das waren 33,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Dazu kamen 50 931 Computer (plus 16,5 Prozent) in der Preisklasse von 250 000 bis 1,6 Mill. Francs und 1769 Großcomputer (plus 9,9 Prozent) die mehr als sieben Mill. Francs die Einheit gekostet haben. Problematisch für Frankreichs Elektronik-Industrie ist jedoch der relativ hohe Importanteil dieser Geräte.

Immerhin konnte die französische *EDV-Industrie ihren Umsatz 1985 um* 18 Prozent auf 61 Mrd. Francs steigern (1980 waren es erst 21 Mrd. Francs). Davon entfielen 18 Mrd. *Francs auf den Export, der aber im*mer noch um fast 25 Prozent hinter der Einfuhr zurückblieb. Zwar besitzt Frankreich im Software-Bereich eine sehr starke internationale Position (unter den zwölf ersten Unternehmen der Welt sind acht französische). Aber die geniale „Minitel"-Idee erzielte keinen weltweiten *Durchbruch*. Bisher wurden von diesen Heimcomputern nur 70 000 Stück exportiert und kein Land übernahm das darauf basierende französische Videotex-System. So ist das Phänomen „Minipel" bisher exklusiv französisch geblieben.

Großes Lob für das deutsche Ausbildungssystem

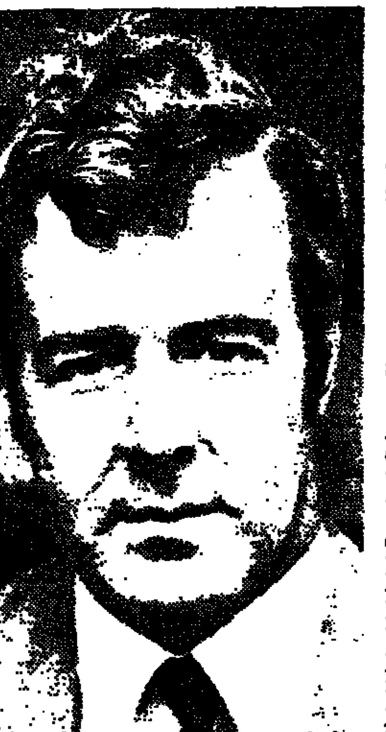
WELT-Gespräch mit dem Chefredakteur der „Financial Times" zur Wirtschaftslage in der Bundesrepublik

WILHELM FURLER, London

„Man muß von Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik einfach tief beeindruckt sein." Dieses Lob zollt *der Chefredakteur* der Londoner „Financial Times", Europas angesehenster Wirtschaftszeitung, der Bundesregierung. In einem Gespräch mit der WELT hebt Geoffrey Owen, der *das* Blatt seit fast sechs Jahren leitet, insbesondere die Leistung heraus, die Inflation praktisch ausgemerzt zu haben.

Owen meldet allerdings zwei Einschränkungen hinsichtlich des deutschen Erfolgs *an: Sie gelten zum* einen der relativ hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und dabei der Frage, ob und wie rasch sie abgebaut werden kann. Der Chefredakteur der „FT" glaubt in diesem Zusammenhang, eine gewisse Starrheit am deutschen Arbeitsmarkt ausgemacht zu haben. Sie lasse Arbeitsplatz-Wechsel nicht so flexibel vonstatten gehen, wie dies idealerweise zu wünschen wäre. Wobei sich allerdings, wie er einräumt, die Situation in seinem Land noch viel schlechter darstelle als in Deutschland.

Zum anderen gelten seine Bedenken der bislang hartnäckigen Weigerung Bonns, die Wirtschaft – wie sich Owen ausdrückt – „etwas schneller voranlaufen zu lassen". Er erklärt: „Ich glaube, die Koalitionsregierung könnte dieser Forderung Washingtons ohne weiteres nachgeben." Bonn *werde ja nicht dazu aufgefordert*, eine massive Inflationspolitik zur Beschleunigung der Wirtschaftstätigkeit zu betreiben, wie dies noch 1978 *im Zusammenhang mit der Lokomotiv*-Theorie im Gespräch gewesen sei. Aber es sehe ganz so aus, als würde sich die Regierung Kohl etwas zu vor*sichtig verhalten.*



Geoffrey Owen, seit fünfeinhalb Jahren Chefredakteur der angesehenen britischen Wirtschaftstageszeitung Financial Times, ist seit 1958 – mit einer Unterbrechung von fünf Jahren – für das Blatt tätig. Während dieser Zeit berichtete Owen auch als Korrespondent aus New York. Der Financial-Times-Chef, der am 16. April 1934 geboren wurde, hat Rugby, eine der führenden englischen Privatschulen, besucht und am Balliol-College in Oxford studiert. Er ist verheiratet, hat drei Kinder und hält sich durch Tennis fit. Unter seiner Leitung erreicht die *Zeitung zur Zeit eine* Auflage von 250 000 Exemplaren, davon werden rund 50 000 Exemplare in Frankfurt produziert.

Erwartungen an Bonn überzogen

Owen hält im übrigen die Annah*me für weit überzogen, daß* Deutschland den Schlüssel für ein besseres Abschneiden der Weltwirtschaft in Händen halte. Es wäre viel zu naiv anzunehmen, *daß*, wenn nur dieser Schlüssel gedreht würde, sich alles zum Besseren wenden würde. Für *Bonn gebe es allerdings einen gewis*sen Spielraum. Würde er mit einer weiteren Lockerung der Fiskal- und Geldmengenpolitik genutzt, dürften *sehr wahrscheinlich positive* Auswirkungen auf andere Nationen sichtbar werden.

Besonders überrascht zeigt sich der „FT"-Chefredakteur über die Zurückhaltung, mit der die Koalitionsregierung die Privatisierungspolitik betreibt. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, daß die Privatisierungsaktion der Regierung Thatcher zu einem ihrer größten Erfolge geraten sei. Er versteht die Weigerung etlicher Bonner Regierungspolitiker nicht, etwa die Deutsche Lufthansa zu privatisieren, oder den Telekommunikations-Bereich so gezielt und rasch zu liberalisieren, wie dies in Großbritannien und in den USA geschehen sei. Die Weigerung überrasche insbesondere vor dem Hintergrund des deutschen Bekenntnisses zur Marktwirtschaft.

Beeindruckt zeigt sich Owen von *den Qualitäten deutscher Manager*, insbesondere von den technischen Qualitäten. Seit vielen Jahren schon sei *dies eine besondere Stärke der* deutschen Wirtschaft. Vom obersten Konzern-Chef über das Mittel-Management bis hinab zu den jungen auf*strebenden Mitarbeitern* sei die besondere technische Qualifikation hervorstechend und zweifelsohne grundsätzlich höher als etwa in britischen *Unternehmen. Die Vorstände zum* Beispiel von Daimler-Benz oder von Mannesmann bestünden aus hervorragend ausgebildeten Wirtschaftlern und Technikern oder zumindest aus Personen mit starkem technischen Hintergrund.

In den letzten fünf bis sechs Jahren sei in der britischen Wirtschaft auf diesem Gebiet allerdings einiges aufgeholt worden. Sehr viele Unternehmen seien durch eine extrem schwierige Phase gegangen. Die tiefe Rezession, gepaart mit einer starken Überbewertung des Pfundes habe ihre Spuren hinterlassen.

In dieser Zeit der schmerzhaften Kostenreduzierungen und Werks*schließungen hätten sehr viele große* und mittlere Unternehmen nicht nur ihre Fertigung, sondern gleichzeitig auch ihr Management „modernisiert".

Mithin seien heute sehr fähige Manager in einer Vielzahl von britischen Unternehmen am Werk. Man müsse sich nur einmal ein Unternehmen wie den Chemie-Riesen ICI anschauen, und es dürfte schwerfallen, einen Un*terschied in der Führungsqualität im* Vergleich etwa zu Hoechst, BASF oder Bayer festzustellen.

Deutsche Manager sind manchmal zu unflexibel

Möglicherweise könne man sogar argumentieren, daß das britische Management in der schwierigen Phase gelernt hat, rasch und entschieden auf Marktveränderungen zu reagieren, während das wohletablierte deutsche Management vielleicht abwartend reagieren könnte, wenn es darum ginge, rasche und tiefgreifende Entscheidungen etwa über notwendige Werksschließungen oder einen Rückzug aus bestimmten Märkten zu treffen.

Als den größten Einzel-Unterschied zwischen der deutschen und britischen Wirtschaft sieht Owen einerseits das hohe Ausbildungsniveau bei Jugendlichen in Deutschland und auf der anderen Seite das niedrige Niveau von Berufsausbildung und Qualifikation bei vielen britischen Jugendlichen, die in die Wirtschaft gehen. Zwar sei in den letzten zwei bis drei Jahren aufgrund der neuen Jugendausbildungsprogramme ein erheblicher Fortschritt gemacht wor*den – zum Teil um die hohe Jugend*arbeitslosigkeit zu verringern, zum Teil aber auch, um näher an das Niveau des deutschen Berufslehrsy*stems heranzukommen, das weit und* breit bewundert werde. Aber es bleibe in Großbritannien auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun.

*Der „Financial-Times"-Chefredak*teur gibt schließlich unumwunden zu, daß er „erheblich zufriedener" wäre, wenn das Pfund Sterling dem Europäischen Währungssystem EWS als Vollmitglied angehören würde. Dies würde den Geschäftsleuten und Exporteuren in seinem Land eine erheblich stabilere Grundlage geben.

Es folgen Beiträge aus Frankreich und Italien.

„Trustee Savings" wird im Herbst privatisiert

fu. London

Die britische Sparkassenorganisation Trustee Savings Bank, die im nächsten Monat zum Preis von gut einer Mrd. Pfund (knapp 3,1 Mrd. DM) privatisiert wird, soll in erster Linie Mitarbeiter, Spar-Einleger und *Klein-Investoren zum Bezug anregen.* Entsprechend wird die TSB etwa die Hälfte der auszugebenden Aktien für solche Vorzugs-Bewerber reservieren.

Insbesondere Sparer, die vor dem 17. Dezember 1984 ein Konto bei der Trustee Savings Bank unterhielten, werden von der Privatisierungsaktion profitieren. Ihnen wird eine Aktienzuteilung garantiert.

Damit die Aktien möglichst weit gestreut und lange im Besitz von Kleinaktionären bleiben, werden künftige TSB-Aktionäre, die ihre Aktien *nach drei Jahren noch nicht* verkauft haben, eine Frei-Aktie für zehn TSB-Aktien erhalten. Die TSB rechnet mit weit mehr als 1,5 Mill. Aktionären. *Bereits jetzt haben 1,6 Mill.* Briten ein direktes Interesse an der Privatisierungsaktion angemeldet. 1,1 Mill. sind Mitarbeiter und Kunden.

Der Aktienbesitz wird auf fünf Prozent des Aktienkapitals der TSB für einen Einzelaktionär limitiert. Ausländern wird der Zugang zu der Floatierung insofern erschwert, als sie ihre Zahlung in Pfund Sterling auf einem britischen Bankkonto hinterlegen müssen. Nach der Aktieneinführung können sie sich allerdings ungehindert am Handel beteiligen.

Über die Frage, wem die Trustee Savings Bank eigentlich gehört, ist es zu einer erheblichen Kontroverse zwischen Regierung und Labour-Opposition gekommen. Während die Regierung davon ausging, daß es sich bei der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft gar nicht um eine Privatisierungsaktion handelt, weil der Eigentümer der ursprünglich als Treuhandgesellschaft geführten Sparkassenorganisation nicht festzustellen sei, *hat das House of Lords* entschieden, daß das TSB-Vermögen dem Staat gehört. Dies hat die Labour-Partei zu dem Vorwurf veranlaßt, die Re*gierung werfe mit der Umwandlung* in eine Aktiengesellschaft Volksvermögen unter Spekulanten.

PHILIPP HOLZMANN Aktiengesellschaft

Jahresabschluß 1985

– Kurzfassung in Mio DM –

Bilanz	1985	1984		1985	1984
AKTIVA			PASSIVA		
Sachanlagen	167,5	180,8	Grundkapital	90,0	90,0
Finanzanlagen	90,7	89,8	Rücklagen	307,9	298,5
Vorräte	13,6	12,9	Sonderposten mit Rücklageanteil	43,5	56,2
Nicht abgerechn. Bauarbeiten	2717,3	5034,9	Rückstellungen	1002,5	994,6
abzgl. Abschlagszahlungen	./.2682,6	./.4877,5	Kurzfristige Verbindlichkeiten	1086,0	1209,3
Forderungen	1231,6	1238,6	Bilanzgewinn	18,0	17,9
Flüssige Mittel einschließlich Wertpapiere	1009,8	987,0			
	2547,9	2666,5		2547,9	2666,5

Gewinn- und Verlustrechnung		1985		1984
Umsatzerlöse (Nettoerlöse)		4586,9		2972,9
Bestandsveränderung und Eigenleistungen		./.2314,9		+ 891,9
Gesamtleistung		2272,0		3864,8
Materialaufwand und Fremdleistungen		1357,3		2402,1
Rohertrag		914,7		1462,7
Finanz- und sonstige Erträge		138,2		127,1
		1052,9		1589,8
Personalaufwendungen	717,6		1052,1	
Abschreibungen	52,0		62,9	
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	104,6		93,1	
Sonstige Steuern	0,4		0,5	
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	0,4		1,8	
Sonstige Aufwendungen	150,5	1025,5	339,1	1549,5
Jahresüberschuß		27,4		40,3
Entnahme aus Rücklagen		4,3		–
		31,7		40,3
Einstellungen in Rücklagen		13,7		22,4
Bilanzgewinn		18,0		17,9

Konzernbilanz	1985	1984		1985	1984
AKTIVA			PASSIVA		
Sachanlagen	333,4	353,7	Grundkapital	90,0	90,0
Finanzanlagen	79,1	78,2	Rücklagen	307,9	298,5
Vorräte	65,7	61,9	Ausgleichsposten aus der Konsolidierung	57,2	57,0
Nicht abgerechn. Bauarbeiten	2879,6	5164,0	Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz	7,6	8,2
abzgl. Abschlagszahlungen	./.2810,4	./.4980,3	Sonderposten mit Rücklageanteil	46,4	58,0
Forderungen	1276,1	1305,2	Rückstellungen	1103,7	1102,4
Flüssige Mittel einschließlich Wertpapiere	1053,4	1022,2	Langfristige Verbindlichkeiten	41,6	46,2
			Kurzfristige Verbindlichkeiten	1204,1	1326,5
			Konzerngewinn	18,4	18,1
	2876,9	3004,9		2876,9	3004,9

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung		1985		1984
Außenumsatzerlöse (Nettoerlöse)		5242,9		3871,3
Bestandsveränderung u. Eigenleistungen		./.2276,2		+ 820,9
Gesamtleistung		2966,7		4692,2
Materialaufwand und Fremdleistungen		1741,6		2874,4
Rohertrag		1225,1		1817,8
Finanz- und sonstige Erträge		156,0		130,8
		1381,1		1948,6
Personalaufwendungen	953,5		1320,4	
Abschreibungen	77,6		92,0	
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	108,7		96,8	
Sonstige Steuern	1,5		1,7	
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	1,7		2,0	
Sonstige Aufwendungen	209,6	1352,6	393,6	1906,5
Jahresüberschuß		28,5		42,1
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		0,0		0,5
		28,5		42,6
Entnahme aus Rücklagen		4,3		–
		32,8		42,6
Einstellungen in Rücklagen		14,2		23,4
		18,6		19,2
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Gewinn		0,2		1,1
Konzerngewinn		18,4		18,1

Aufsichtsrat:

Dr. rer. pol. h. c. Hermann J. Abs, Ehrenvorsitzender

Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre

Dr. rer. pol. Alfred Herrhausen, Vorsitzender
Senator E. h. Dipl.-Ing. Kurt Hecker
Dr.-Ing. Karlheinz Kaske
Senator E. h. Gerhard Keil
Dr.-Ing. Günther Klätte
Christoph von Metzler
Dr. rer. nat. Dietrich Natus
Senator E. h. Prof. Dr. rer. nat. Dr.-Ing. E. h. Rolf Sammet

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Walter Avemaria, Stellvertreter des Vorsitzenden
Uwe Bol
Ursula Hammerich
Walter Hochertseder
Jürgen Jöns
Adolf Lechner
Dr. rer. oec. Wilhelm Maier
Professor Dr.-Ing. Goswin Mittelmann

Vorstand:

Senator E. h. Prof. Dipl.-Ing. Hermann Becker
Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Wilfried Krabbe
Dipl.-Ing. Peter Schmidt
Dipl.-Ing. Heinz Seifert
Hans-Dieter Anders, stellv.
Michael Westphal, stellv.

Die vollständigen Abschlüsse werden am 14. August 1986 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie tragen den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutschen Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt.

Bekanntmachung über die Dividendenzahlung

Die Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 13. August 1986 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1985 in Höhe von 18 000 000,— DM zur

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 5,63 DM je Aktie zu 50,– DM verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird. Die Aus-

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG

Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft

Wertpapier-Kenn-Nr. 825 150

Kurzfassung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1985

Bilanz

Aktiva	1985 Mio DM	1984 Mio DM	Passiva	1985 Mio DM	1984 Mio DM
Anlagevermögen	687	697	Grundkapital, Rücklagen	322	267
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	131	189	Pensionsrückstellungen	95	91
Liquide Mittel inkl. Wertpapiere	545	419	Andere Rückstellungen	345	397
Aufwendungen für noch nicht beendete Schiffsreisen	96	118	Langfristige Verbindlichkeiten	498	568
Sonstige Aktiva	107	192	Sonstige Passiva	265	271
			Bilanzgewinn	41	21
	1 566	1 615		1 566	1 615

Gewinn- und Verlustrechnung *für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember*	1985 Mio DM	1984 Mio DM
Gesamtleistung	2 934	3 107
./. Aufwendungen des See- und Landtransportes	2 536	2 697
Rohertrag	398	410
Beteiligungsergebnis	36	24
Übrige Erträge	119	125
	553	559
./. Personalaufwendungen	206	210
./. Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen	121	108
./. Zinsergebnis	9	24
./. Steuern	57	33
./. Übrige Aufwendungen	84	123
= Jahresüberschuß	76	61
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	-	60
./. Einstellung in offene Rücklagen	35	100
Bilanzgewinn	41	21

Hamburg/Bremen, im Juli 1986

Der Vorstand

Die Abschlußprüfer haben dem vollständigen Jahresabschluß sowie dem Konzernabschluß den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Die vollständige Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1985 wurden im Bundesanzeiger Nr. 145 vom 9. 8. 1986 veröffentlicht. Weitere Exemplare können bei Hapag-Lloyd AG, Finanzwesen, Ballindamm 25, 2000 Hamburg 1, angefordert werden.

Gewinnverwendungsbeschluß: Die Hauptversammlung am 7. Juli 1986 hat folgenden Beschluß gefaßt:

1. Ausschüttung einer Dividende von 6 % (= 3,– DM pro Aktie von nom. 50,– DM) auf ein Kapital von 12 166 450,– DM. Für ein Kapital von 107 833 550,– DM ist auf eine Dividende für 1985 verzichtet worden. — 729 987,– DM
2. Einstellung in freie Rücklagen — 40 000 000,– DM
3. Vortrag auf neue Rechnung — 340 026,– DM

41 070 013,– DM

Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren: Dr. Christoph von der Decken, Hamburg, Vorsitzender; Claus Grobecker, Bremen, stellv. Vorsitzender; Dr. [illegible] Hooven, Hamburg, stellv. Vorsitzender; Dr. h.c. Horst K. Jannott, München, stellv. Vorsitzender; Dr. Werner Bartels, Essen; Rudolf von Bennigsen-Foerder, Düsseldorf; Walter Burck, Grande; Manfred Emcke, Hamburg; Uwe Klein, Hamburg; Helmut Koch, Bremen; André Leysen, Antwerpen; Frank Müller, Hamburg; Helmut Pommerening, Hamburg; Heinz Ruhnau, Köln; Heinrich Schmidt, Stuttgart; Hartmut Schulz, Hannover; Helmut Stelter, Norderstedt; Hermann Josef Strenger, Leverkusen; Günter Vogelsang, Düsseldorf; Günter Wolfrath, Bremen.

Der Vorstand besteht aus den Herren: Hans Jakob Kruse; Bernd Wrede; Friedrich-Carl R. Graup; Claus-Peter Kulenkampff-Bödecker; Prof. Dieter Ulken.

Die private Vorsorge nimmt zu

Allianz: Die Neugeschäfte erreichen das Vorjahresniveau

nl. Stuttgart

Trotz des stark rückläufigen Anpassungsvolumens bei den Zuwachsversicherungen rechnet die Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, damit, das hohe Neugeschäftsniveau des Vorjahres im laufenden Geschäftsjahr in etwa wieder zu erreichen. Auch werde, wie es in einem Aktionärsbrief der Gesellschaft weiter *heißt, das wirtschaftliche* Ergebnis aller Voraussicht nach „wiederum gut" ausfallen. Die Kostenentwicklung bleibe günstig, und die Ertragsaussichten seien trotz des niedrigen Zinsniveaus am Kapitalmarkt gut.

Zur allgemeinen Branchensituation wird festgestellt, daß die Bereitschaft der Bundesbürger, die gesetzliche Rente durch private Vorsorge zu ergänzen, anhalte und der Lebensversicherung zugute komme. Bei der Allianz Leben lag das Neugeschäft in der ersten Jahreshälfte 1986 mit 6,1 Mrd. DM um 6,5 Prozent über der entsprechenden Vorjahreszeit. Die Steigerungsrate für die Stückzahl neu abgeschlossener Verträge betrug sogar *12,5 Prozent, womit man deutlich* über dem Branchendurchschnitt gelegen habe. Günstig habe sich vor allem das Firmengeschäft im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung entwickelt. Die Anpassungen bei früher abgeschlossenen Zuwachsversicherungen beliefen sich auf 1,2 Mrd. DM, das sind fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Der Gesamtbestand bei der Allianz Leben nahm bis Jahresmitte um sechs Prozent auf 134 Mrd. *DM* zu. Da die vorzeitigen Abgänge sich in etwa auf Vorjahresniveau hielten, rechnet man für das ganze Jahr erneut mit einer Verbesserung der Stornoquote.

Um 8,1 Prozent auf *2,9 Mrd. DM* sind im ersten Halbjahr auch die Beitragseinnahmen gestiegen. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich um 22 Prozent auf 1,2 Mrd. DM. Bei den Kapitalanlagen verbuchte das Institut innerhalb Jahresfrist einen Zuwachs um 10,9 Prozent auf 48,2 Mrd. DM. Dabei nahm der Anteil festverzinslicher Wertpapiere auf 21,4 (20,8) Prozent zu. Durch Wertpapierverkäufe wurden in jenem *Zeitraum 239 (126) Mill. DM* Kursgewinne realisiert.

Mühsam aus dem Verlustloch

Maschinenfabrik Banning hofft erst für 1987 auf Gewinn

J. G. Düsseldorf

Mitten in ihrer Krise hat die 129 Jahre alte J. Banning AG Maschinenfabrik, Hamm, im letzten Sommer mit Verkauf der familiären Kapitalmehrheit (52 Prozent von 3,02 Mill. DM Aktienkapital) an den auch schon 117 Jahre alten Konkurrenten, die der Mews-Familie gehörende Eumuco AG für Maschinenbau, Leverkusen, einen starken Partner bekommen. Wie tief die Krise ging, zeigt Banning im 1985er Abschluß bei nur noch 15,5 (24,4) Mill. DM Umsatz mit einem vorgetragenen Verlust von 1,4 (Gewinn von 0,5) Mill. DM, der die Bilanzquote der um den Verlust gekürzten 3 (4,4) Mill. DM Eigenmittel auf 22 (29) Prozent drückt.

Wie stark die Hoffnung auf Sukkurs durch den neuen und potenten Hauptaktionär ist, deutet der 1985 komplett ausgewechselte Banning-Vorstand mit der Bemerkung vornehm an, man sei „nicht sicher", ob die notwendige Stärkung finanzieller Substanz aus eigener Kraft oder nur mit „Kapitalzuführung seitens der Aktionäre" zu schaffen sei.

Banning wie Eumuco arbeiten auf dem Werkzeugmaschinen-Feld der Metallumformung. Für Banning war's mit (bis 1985) dreijähriger Kurzarbeit ein hartes Brot, das auch die Belegschaftszahl um ein Drittel auf 200 kappte. Neuerdings forciertes Marketing auch mit Hereinnahme von Lohnfertigung habe zwar 1986 den Auftragsbestand mit bislang 23 Mill. DM schon auf das Niveau der möglichen Jahresleistung von 23 bis 24 Mill. DM gebracht, was Vollbeschäftigung bis Mitte 1987 bedeute. Auch wegen der langen Produktionszeiten biete aber erst 1987 Aussicht auf Rückkehr zum Gewinn.

Anders bei Eumuco. Dort war man schon 1985 aus 69,5 (57,5) Mill. DM Umsatz mit 415 (425) Leuten auch beim Jahresüberschuß von 2,4 (2) Mill. DM auf der Sonnenseite. Kaum die Hälfte des Gewinns brauchte diese Familienfirma, um für ihr aus Rücklagen auf 7,5 (6) Mill. DM erhöhtes Aktienkapital die „Traditionsdividende" von zwölf Prozent durchzuhalten. Vorab wurde das 1,9 Mill. DM teure Banning-Engagement (bei derzeit 930 DM Börsenkurs für die 500-DM-Aktien) auf 1 DM abgeschrieben.

Hohe Abgaben stimulieren Schwarzarbeit

Die Staatsquote ist in allen EG-Staaten kräftig gestiegen – Bundesrepublik liegt vorn

WILHELM HADLER, Brüssel

Auf die Grenzen der Finanzierbarkeit der Systeme der sozialen Sicherheit hat die EG-Kommission hingewiesen. In einem Diskussionspapier für den Ministerrat heißt es, die in den meisten Mitgliedsländern erreichte Staatsquote von annähernd 50 Prozent müsse „starke Rückwirkungen" auf die Wirtschaft als Ganzes haben.

Subjektiv als zu hoch empfundene Steuern und Sozialbeiträge könnten den Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeiten beeinträchtigen oder ein „Abgleiten in die Schattenwirtschaft" zur Folge haben. *Da* die Sozialversicherungsbeiträge zudem meist auf der Basis der gezahlten Löhne berechnet würden, führe dies zu einer Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit und werde als ein möglicher Grund für die hohe Arbeitslosigkeit angesehen.

Nach einer Aufstellung des statistischen Amtes der Gemeinschaft ist der prozentuale Anteil der laufenden Staatseinnahmen am Bruttoinlands*produkt seit 1970* in allen EG-Staaten beträchtlich gestiegen. Am stärksten in Italien (von 30,7 auf 55,1 Prozent 1984) und in Luxemburg (von 36,7 auf 57,0 Prozent). In der Bundesrepublik stieg die Staatsquote von 38,9 auf 56,2 Prozent, in Frankreich von 39,8 auf 49,8, in Großbritannien von 39,9 auf 42,0 Prozent. Bis zu zwei Dritteln der Staatseinnahmen werden zur Finanzierung der sozialen Sicherheit verwendet.

Die Mischung aus Beitrags- und Steuerfinanzierung ist sowohl von Land zu Land als auch zwischen den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung sehr unterschiedlich. Während in Dänemark 1983 81 Prozent der Kosten durch *staatliche Zuschüs*se finanziert wurden, waren es in Holland nur 18,6 Prozent. Arbeitgeber und geschützte Personen erbrachten in den Niederlanden 31,1 beziehungsweise 36,8 Prozent der Kosten auf (in der Bundesrepublik 15,2 und 29,6 Prozent). In Dänemark erreichten die Beiträge dagegen zusammengenommen nicht mehr als 14,6 Prozent.

Nach Auffassung der Kommissionsexperten erhöhen die einkommensbezogenen Versicherungsbeiträge zwar die Lohnkosten. Auch Beiträge, die nach der Wertschöpfung berechnet werden, sowie eine Anhebung der direkten oder indirekten Steuern stellten jedoch Probleme. Schon *mittelfristig könnten sich* nämlich bei einer Umstellung auf wertschöpfungsbezogene Beiträge eine Beeinträchtigung des technischen Fortschritts sowie ein Nachlassen der Investitionsgüternachfrage einstellen. Im Falle einer alternativen Finanzierung über die Mehrwertsteuer würden Exporte begünstigt, Importe dagegen grundsätzlich belastet.

Wenn es auch kurzfristig schwer sei, das Niveau der Zwangsabgaben zu senken – heißt es in dem Bericht –, dürften Belastungsverschiebungen sowohl innerhalb des Unternehmenssektors auch vom Unternehmens- auf den Privatsektor nicht ausgeschlossen werden. Eine Harmonisierung der derzeitigen Sozialsysteme auf EG-Ebene werde zwar von den meisten Regierungen abgelehnt. Dies schließe jedoch nicht aus, daß auch auf Gemeinschaftsebene Überlegungen darüber angestellt würden, welche *Ziele* sich die Sozialsysteme für die Zukunft setzen sollten.

Brasilien hält an Kernkraft fest

Kraftwerk-Union begrüßt revidiertes Nuklearprogramm

Bm. Bonn

Die Kraftwerk-Union begrüßt das revidierte Nuklearprogramm der brasilianischen Regierung, das auf siebenmonatigen Studien einer unabhängigen Kommission gründet. Diese Kommission stellt fest, daß die Kernenergie gebraucht wird, daß der Bau der Anlagen im eigenen Land erfolgen soll und daß die Zusammen*arbeit mit der Kraftwerk-Union zur* Nutzung der deutschen Technologie fortgesetzt wird. Das Programm Brasiliens macht keine Abstriche von der bisherigen Größenordnung, es verzichtet lediglich auf eine zeitliche Festschreibung.

Nach dem Kernkraftwerk Angra I, das in Betrieb ist und fünf Prozent des Stroms für die südliche Region liefert, werden Angra II und III 1992 und 1995 in Betrieb gehen. 1989 soll der Beschluß für den Bau des vierten Kernkraftwerkes fallen. Zur Zeit wird dafür ein Standort gesucht, da sich einer in der Nähe von Sao Paulo als ungeeignet herausgestellt hat.

Die Kernkraft wird dringend benötigt, da die Wasserkräfte erschöpft sind und Öl aus eigenen Quellen kaum zur Verfügung steht. Mit dem neuen Programm der Kommission bestätigt jetzt die zivile Regierung die Nuklearpläne der abgelösten Militärregierung. *Auch die Philosophie* wurde übernommen: Selbst bauen, dabei aber den Technologie-Transfer nutzen.

Daß die neuen Pläne keine zeitliche Begrenzung mehr haben, ist darauf zurückzuführen, daß Brasilien nach wie vor unter Haushaltsproblemen leidet und daß auf dem Weltmarkt angereichertes Uran nicht mehr gefragt ist. Da vielmehr Überkapazitäten bestehen, schiebt Brasilien auch den Aufbau von Anreicherungskapazität hinaus. Die ursprünglich mit der Steag AG geplante Demonstrationsanlage von 200 Tonnen Trennarbeit wurde jetzt auf die Inbetriebnahme nur einer Kaskade (rund ein Zehntel) reduziert.

Die Verträge zwischen Nuclebras und Kraftwerk-Union von 1976 müssen nicht neu verhandelt werden.

Brasilien will jedoch die Struktur der Entwicklung seiner Kernkraft-Indu*strie ändern, zum Beispiel Beteiligun*gen neu zu ordnen.

Die Kraftwerk-Union begrüßt all diese Maßnahmen. Ihre Position als Technologie-Partner und als Hauptlieferant ist nicht berührt. Zahlt Bra*silien prompt? „Brasilien ist kein* säumiger Kunde," heißt es dazu bei der KWU.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

EG prüft Daimler-Hilfe

Brüssel (VWD) – Die EG-Kommission will prüfen, ob die geplanten öffentlichen Fördermittel für die Ansiedlung eines Werkes der Daimler-Benz AG, *Stuttgart, in Rastatt zu ei*ner unerlaubten Subventionierung des Kfz-Unternehmens führen. Wie gestern in Brüssel verlautete, hat die EG-Behörde die Bundesregierung bereits um eine förmliche Auskunft er*sucht. Bonn müsse darlegen*, daß die Ansiedlungshilfe keine „staatliche Beihilfen" im Sinne des EWG-Vertrages enthalte.

Goldpreis steigt weiter

London (fu.) – An den *internationa*len Edelmetallmärkten haben die Goldpreise erneut angezogen. In London stieg der Goldpreis, der zwischen Mitte vergangener Woche und Dienstag in London um 23,25 Dollar je Un*ze auf 384,25 Dollar im Schlußfixing* gestiegen war, beim Vormittagsfixing auf 391,25 Dollar.

Höhere Halden

Essen (dpa/VWD) – Bei der Ruhrkohle AG, Essen, wachsen wieder die Halden. Nach Unternehmensangaben erhöhten sich die unverkauften Bestände im ersten Halbjahr 1986 um 1,2 Mill. auf 8,1 Mill. Tonnen. Allein im Juli kamen danach weitere 1,3 Millionen Tonnen hinzu. Bis zum Jahresende wird ein Anstieg auf über zehn Mill. Tonnen erwartet.

Rege Nachfrage

Hamburg (dpa/VWD) – Die Nord*deutsche Hypotheken- und* Wechselbank AG, Hamburg, verzeichnete im 1. Halbjahr mit 259,1 Mill. DM 51 Prozent mehr Zusagen für Hypothekendarlehen. Auch die Zusagen für Kommunaldarlehen stiegen um fast 44 Prozent auf 110,6 Mill. DM.

Air Liquide kauft zu

Paris (J. Sch.) – Die Air Liquide, Frankreichs größter Hersteller von Industriegasen, will die auf dem gleichen Gebiet tätige amerikanische Gesellschaft Big Three Industries erwerben. Zu diesem Zweck hat ihre Tochtergesellschaft, American Air Liquide Inc., ein Übernahmeangebot vorgelegt, in welchem für jede Big-Three-Aktie 29 Dollar geboten werden. Sollte von diesem Angebot in vollem Umfang Gebrauch gemacht werden, dann würde die Transaktion Air Liquide 1,1 Mrd. Dollar kosten, verlautete von der Gesellschaft in Paris.

800 Millionen Mark zurück

Bonn (A.G.) – 79 von den 103 unter Bundesaufsicht stehenden Kraftfahrt-Versicherungsunternehmen haben jetzt für das Kalenderjahr 1985 *eine gesetzliche Beitragsermäßigung* aus technischem Überschuß vorgenommen. Im Vorjahr waren es nur 66 von 102, teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Die Versicherungsunternehmen werden rund 800 Mill. DM (nach 480) ausschütten.

Leichte Erholung

Paris (VWD) – Um saisonbereinigt 1,1 Prozent ist das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) Frankreichs im zweiten Quartal 1986 gegenüber dem ersten Quartal gewachsen. Auch die Stundenlöhne stiegen im zweiten Quartal um 1,1 Prozent. Gleichzeitig aber nahm der Preisanstieg von 0,1 auf 0,9 Prozent zu, so daß die Reallöhne etwas zurückgingen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: UOMO Herrenausstatter-GmbH; Möbel-Krott GmbH; Marie-Luise Nigl, Taxi, Mietwagen, Güterkraftverkehr; **Bad Iburg:** TTS Transport-Technik-Schmezer GmbH, Georgsmarienhütte; **Berlin Charlottenburg:** Frölich & Kaufmann GmbH; Frölich & Kaufmann Kunstkatalog-Vertrieb u. -Verlag OHG; **Duisburg:** IWT Ing.-Ges. f. Wassertechnik mbH, Oberhausen 1; **Elmshorn:** Volker Lindemann, Zimmerer; **Eutin:** cp baupartner bauunternehmen gmbH, Scharbeutz; **Fürth:** Anneliese Lindner, Höchstadt; Brigitte Weiß GmbH, Zirndorf; **Gelsenkirchen:** „Wurst-Palette" Zentral-Einkauf und -Vertrieb GmbH, Bottrop; R. R. Ladenbau, Planungs- u. Vertriebsges. mbH; **Gießen:** Plass Estriche GmbH, Wettenberg; **Hamburg:** KG i. Müller-Drenkberg (GmbH & Co.); *Intona Großküncheneinrichtungen* GmbH; L. A. Glanz K.G. „Das große Möbelhandelshaus" Groß- u. -Einzelhandel, Export u. Import; **Heidenheim/Brenz:** Programma Meß- u. Regeltechnik Vertriebs GmbH, Gerstetten; **Köln:** Rümke u. Neuhaus GmbH; **Reutlingen:** Heiz-Schäfer GmbH Heizung – Klima – Sanitär, Pfullingen; **Rotenburg:** Sägewerk Schaffranick Verwaltungs-GmbH, Bothel; Sägewerk Schaffranick GmbH & Co., Bothel; **St. Wendel:** Vogel-Umwelt-Technik, Inh. Josef-Eduard Vogel, Nonnweiler-Otzenhausen; **Stuttgart:** Hans Schmidt GmbH, Fellbach; Hans E. Schmid KG, Fellbach; **Tübingen:** Pasta Romana Teigwaren GmbH, Mössingen-Talheim; **Tuttlingen:** SORA GmbH & Co. KG, Spaichingen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Duisburg: Pape Fruchtimport KG; **Reutlingen:** Mestri GmbH Strickwarenfabriken, Trochtelfingen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des *Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche* gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 *gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe:* Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Fahrzeugwerte zogen an

Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten für steigende Kurse

DW. – Massive Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten für eine Fortsetzung der Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt. Bei steigenden Kursen erfolgten sowohl vom Berufshandel als auch von der deutschen Kundschaft Positionslösungen. Spekulationen auf eine weitere Aufwertung der D-Mark, auf eine Zinssenkung, vor allem aber die Aussicht über einen sich noch über längere Zeit hinziehenden Konjunkturaufschwung sind nach den Beobachtungen der Banken die Hauptgründe für das Interesse der Ausländer an deutschen Aktien.

Die Ausländer konzentrierten ihre Käufe zunächst auf BMW, VW, Linde und Nixdorf. Später wurden auch Chemieaktien, Stahlwerte und die Banken mit einbezogen. In diesen Bereichen waren *auch inländische Anleger* aktiv. BMW-Aktien machten einen Sprung von annähernd 50 DM. Beigetragen zur Wende haben Nachrichten über einen flotten Pkw-Absatz in den USA. Unter lebhaften Umsätzen zogen VW-Aktien zeitweise um rund 20 DM an. Die durch den Beschluß, die nächste Kapitalerhöhung über Vorzugsaktien vornehmen zu wollen, sowie durch die Ankündigung der Privatisierung des im Besitz des Bundes befindlichen Paketes aufgekommene Verstimmung, ist jetzt überwunden. Nur wenig Anteil hatten die Daimler-Aktien an der Hausse der Fahrzeugwerte. Für PKI-Aktien hielt die Nachfrage auch zu sprunghaft steigenden Kursen an.

Frankfurt: Während *Puma* mit plus 60 DM auf den neuen Höchststand von 1100 DM und Escada um 49 DM auf 1154 weiter nach vorn rückten, *büßten Boss* weitere 50 DM auf 2700 DM ein. Agiv gewannen 12,50 DM, und Enka 12 DM.

Düsseldorf: Gildemeister lagen um 5 DM fester, Heinrich um 20 DM und Rhenag um 13 DM. Sinn erhöhten sich um 5 DM, Stoehr um 2 DM und Verseidag um 7 DM. Leffers gaben um 10 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf verminderten um 3 DM und Vereins- und Westbank um 2 DM. Phoenix Gummi gaben um 1 DM nach. Holsten Brauerei stiegen weiter um 2 DM und Bavaria um 1,50 DM.

Berlin: Springer gewannen 13 DM, Schering 10 DM und Herlitz Vz. 8 DM. DUB-Schultheiss erholten sich um 6 DM und Berliner Bank um 4 DM. Orenstein büßten 8 DM und Berthold 6,50 DM ein.

München: *Aigner verbesserten* sich um 3 DM, Escada um 30 DM und Hutschenreuther um 15 DM. Flachglas stockten um 4 DM und Wanderer um 5 DM auf. Nachgegeben haben Agrob St. um 5 DM, Deckel AG um 4 DM und Tucher um 2 DM.

Stuttgart: SEL festigten sich um 5 DM. Kolbenschmidt wurden um 2 DM höher gehandelt. In Hohner war bei 293 DM (plus 4 DM) noch Material angeboten. Traub wurden um 5 DM höher bezahlt. Boss verloren 100 DM.

Nachbörse: fester

WELT-Aktienindex: 276,77 (275,05)
WELT-Umsatzindex: 6759 (5925)
Advance-decline-Zahl: 126 (92)
38-Tage-Linie: 259,76 (259,69)
200-Tage-Linie: 275,29 (275,10)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

		13.8.	12.8.
H	Aach M Bell. 12,5	2265	2265
H	Aach. M. Vers. 7	1780B	1805
D	Aach. Rück. 9	2830	2795
D	Areag *4	360G	360bG
M	Ack-Gögg. 8	166,2	168,5
H	Adca 3	181	182
D	Adler 12+16	300G	305G
F	AEG 0	305	304,8
D	AEG KABEL 9	415T	405T
S	Aesculap 9	407G	407
F	AGAB 5	174,5	174,5

		13.8.	12.8.
F	Cobk.Genußsch.	119,8	120,3
D	Conc. Chem. 4,5	233bG	-
B	Conc. Spinne * 0	510G	505bG
D	Contigas 8	340	335
D	Conti Gummi 5	323,2	323,1
D	Dahlb. St. 7,75	266	264
D	dgl. Vz. 14,75	400bB	400G
S	Daimler 12+2,5	1250	1249
M	Deckel AG 6	220bB	224
D	Dt. Atl. Tel. 10	655G	655bG
D	Dt. Babcock St. 3	188	190,5
D	dgl. Vz. 3,5	181	184
F	Dt. Bank 12	828	825
D	Dt. Centroboden 12	810T	825bB

		13.8.	12.8.
H	Hdl. Lüb. 9	560	555
Hn	Hann. Papier 6	240,5	242
H	Harmstorf 0	37,9	35,1
D	Harpener 11+1	318	308
F	Hartm. & B.St. 6	2450T	2380T
F	dgl. Vz. 6	1440	1460
M	Hasen-Bräu 9	930G	930G
S	Heidelb. Zem. 7	600G	595
M	Heilit & W. 5	274G	274
D	Hein. Lehm. *6	318T	310T
D	Heinr. Ind. *16+2	640	620G
D	Henkel 3	428	430
F	Henninger 2	155	150,5
B	Herlitz 7	169,5	170
B	dgl. Vz. 7,8	158	157

		13.8.	12.8.
F	dgl. Vz. 7,5	330G	320G
D	Mannesmann 6	196,5	199
F	Mannh. Vers. 8	940bG	950
H	Markt & K. 8	192	208
F	MAN St. 5,8	236	235,5
F	dgl. Vz. 5,5	197	198
F	MAN-Rol. 20,2	575bB	565T
F	Masa	440	442
S	M.Müll.Weing. *0	290G	290
D	Mauser 0	83	81
F	Mercedes 10,5	1106	1088
F	Metallges. 6	320	319
S	Met. u. Lack 0	104,8	104,5G
S	Mülag 6,5	451G	451G
F	Moenus 0	84	84

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Kopenhagen

Luxemburg

New York

Paris

London

Madrid

Johannesburg

Brüssel

Mailand

Toronto

Stockholm

Hongkong

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Rentenoptionen

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Junge Aktien

So lange Strom fließt, ist F&G erfolgreich. F&G geht an die Börse.

F&G liefert 1888 das erste Starkstromkabelnetz in Deutschland. Mit der rasch fortschreitenden Elektrifizierung wird F&G ein international führendes Unternehmen für Kabel und elektrische Leitungen.
F&G-Ingenieure setzen immer wieder Marksteine. Kabel mit Kunststoff-Isolierung für Höchstspannungen bis zu 400 000 Volt sind ein aktuelles Beispiel.
Neben das traditionelle Tätigkeitsfeld Stromübertragung traten die Felder Stromverteilung und Seriengeräte. Das Programm: Von Schaltanlagen über Schutzschalter für Industrie und Haushalt bis hin zur Projektierung und Realisierung kompletter elektrotechnischer Anlagen für Groß-Objekte wie beispielsweise Flughäfen und Krankenhäuser.

<u>Große Investitionen in Forschung und Zukunft</u>

Zukunftsorientierte Problemlösungen und hohe Produktqualität waren und sind das Vertrauenskapital von F&G. Deshalb investiert F&G laufend in Forschung und Entwicklung, Fertigung und Qualitätssicherung. Wichtige Beispiele: Die 1985 fertiggestellte Hochspannungsprüfhalle für Spannungen bis 3 Millionen Volt. Neue Anlagen für kunststoffisolierte Kabel zur rationellen Fertigung, auch kundenspezifischer Problemlösungen. Die modernste Fertigung für gummiisolierte Starkstromleitungen in der Welt.
Die Wachstumschancen liegen vor allem im Angebot der technisch und wirtschaftlich besten Lösungen. Schon immer eine Stärke von F&G.
Falls Sie mehr Informationen wünschen, schreiben Sie an: F&G Energietechnik AG, 5000 Köln 80

F&G-Gruppe 1985 im Spiegel der Zahlen

Umsatz	894,5 Mio DM
Exportquote vom Umsatz	45,7%
Investitionen in Sachanlagen	28,3 Mio DM
Stammkapital	50,0 Mio DM
Jahresüberschuß	11,9 Mio DM
Mitarbeiter	3880

Das F&G-Programm

Stromübertragung	Stromverteilung	Serien- und Spezialprodukte
Energiekabel Energiekabelgarnituren Starkstrom-Leitungen Freileitungen Blankes Leitmaterial	Mittelspannungs-Schaltanlagen Hochspannungsgeräte Komplette elektrotechnische Anlagen	Niederspannungs-Schaltgeräte Elektrische Maschinen Technisches Halbzeug Faserverbundprodukte

FELTEN & GUILLEAUME
ENERGIETECHNIK
AKTIENGESELLSCHAFT



Renten weiter abwartend

Obwohl die Überzeugung gewachsen ist, daß sich die Bundesbank letztlich doch zu einer Leitzinssenkung durchringen wird, waren die Kurse öffentlicher Anleihen eher leicht nachgebend. Von der Zentralbankratsitzung in dieser Woche werden allerdings noch keine entsprechenden Beschlüsse erwartet. Die Ausländer haben ihre Käufe bei den deutschen Rentenwerten stark eingeschränkt. Auf leicht ermäßigter Basis soll jedoch nach wie vor Interesse bestehen. Die aufgekommene Unsicherheit hat sich auf das Pfandbriefgeschäft übertragen.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Mit kräftigen Verlusten schlossen am Dienstag die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Während sich Kakao gut behaupten konnte, notierte Kaffee um das Limit niedriger.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	12.8.	11.8.
Sept.	253,50-253,00	256,50
Dez.	256,50-256,25	259,00-258,00
März	255,00-254,50	258,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	194,98	194,98
Am. Durum	192,76	192,76

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	97,10	96,70
Dez.	98,40	97,90
März	100,10	99,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	76,20	76,00
Dez.	75,70	75,70

HAFER Chicago (c/bush)

Sept.	105,75	106,50
Dez.	113,75-113,50	114,00
März	116,50	116,50

MAIS Chicago (c/bush)

Sept.	164,50-164,25	165,50-165,75
Dez.	170,00-170,25	171,50-172,00
März	180,25-180,50	182,50-182,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	83,40	85,80
Dez.	83,10	83,60
März	83,10	85,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	12.8.	11.8.
Sept.	159,60-160,00	170,75-171,25
Dez.	164,00-164,10	174,50
März	172,10	176,00-176,12

KAKAO New York ($/t)

	12.8.	11.8.
Sept.	1868-1871	1857-1865
Dez.	1940-1942	1928-1932
März	1990	1982
Umsatz	3690	5406

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Sept.	6,53-6,38	6,40-6,50
Okt.	6,50-6,60	6,75-6,86
Jan.	6,60-6,75	6,80-6,95
März	7,35-7,37	7,50-7,52
Mai	7,53-7,54	7,65-7,69
Umsatz	10175	21499

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 6,37 6,32

KAFFEE London (£/t) Robusta

	12.8.	11.8.
Sept.	1775-1780	1866-1867
Nov.	1795-1800	1880-1885
Jan.	1805-1808	1885-1895
Umsatz	3908	3883

KAKAO London (£/t)

Sept.	1382-1383	1383-1384
Dez.	1430-1431	1434-1434
März	1467-1468	1475-1476
Umsatz	3191	3248

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	12.8.	11.8.
Okt.	—148,00	151,20-151,80
Dez.	155,00-157,00	157,00-160,00
Jan.	—	-
Umsatz	2595	3041

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

schw.	13.8.	12.8.
Saraw.spec.	852,50	852,50
weiß.Saraw.	1157,50	1152,50
weiß.Munt.	1172,50	1167,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	12.8.	11.8.
Sept.	102,90-103,00	103,30-103,45
Nov.	103,90-104,00	104,55
Jan.	105,30-105,40	106,25
März	106,40-106,50	107,30-107,50
Mai	107,80-107,90	108,60-108,80
Umsatz	500	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

12.8.	11.8.
30,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk 17,5 17,625

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Aug.	14,61	14,73
Sept.	14,73-14,75	14,85-14,84
Okt.	14,86-14,87	14,97-14,96
Dez.	15,48-15,50	15,55-15,54
Jan.	15,60-15,55	15,60
März	15,92-15,95	16,05
Mai	16,15-16,20	16,30

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk. 14,00 15,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	15,50	15,50
Choise white hog 4 % fr. F.	9,375	unerh.

TALG New York (c/lb)

top white	10,25	9,50
fancy	9,75	9,50-9,75
bleichf.	9,50	8,50
yellow max. 10% fr.F	8,50	8,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Aug.	62,15-62,10	60,90-60,90
Okt.	54,74-54,85	53,50-53,50
Dez.	53,00-53,10	51,70-51,90

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Aug.	78,25-78,00	78,77
Febr.	74,30-74,30	72,45-72,15
März	73,40-73,35	71,40-71,55

HÄUTE Chicago (c/lb)

	12.8.	11.8.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,00	68,00
Kühe einh. schwere River Northern	59,00	59,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Aug.	501,75-501,0	502,5-501,75
Sept.	476,0-476,25	477,25-477,8
Nov.	476,0-475,5	477,75-478,0
Jan.	485,0-485,5	488,0-488,5
März	495,5	498,0
Mai	501,5	504,5
Juli	508,5-508,75	510,0

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Aug.	149,2-149,3	148,6-148,5
Sept.	144,8-144,9	144,7-144,8
Okt.	143,1-143,0	142,9
Dez.	144,7-144,8	145,0-145,1
Jan.	146,2-146,0	146,5
März	148,2-148,0	148,5-148,7
Mai	150,1-150,0	150,5-150,9

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	12.8.	11.8.
Okt.	240,80	240,50
Dez.	246,10	245,50
März	255,00	255,10

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

12.8.	11.8.
10,50	10,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk.	13.8.	12.8.
cif	570,00	570,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank 370,00 375,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif 195,00 195,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk 63,00 65,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif 207,50 225,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif 185,50 186,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Zinn-Preis Penang

Baumholz

Devisenterminmarkt

Bei rückläufigen Dollar- und DM-Depots notierten die Terminabschläge für Dollar gegen DM am 13. 8. wie am Vortag.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,37-0,27	0,97-0,87	1,85-1,65
Pfund/Dollar	0,45-0,43	1,30-1,27	2,50-2,45
Pfund/DM	2,10-0,70	4,70-3,30	8,30-6,90
FF/DM	-15-+1	28-12	49-35

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13.8.: Tagesgeld 4,45-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13.8.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 13.8.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13.8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅛-6⅜	4⅜-4⅝	4-4¼
3 Monate	6⅛-6⅜	4⅜-4⅝	4⅛-4⅜
6 Monate	6⅛-6⅜	4⅜-4⅝	4¼-4½
12 Monate	6⅛-6⅜	4½-4¾	4¼-4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 13.8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt werden am 13.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	980,00	1299,60
5 US-Dollar (Indian)**	610,00	o. Ware
5 US-Dollar (Liberty)**	380,00	513,60
1 £ Sovereign alt	193,50	243,39
1 £ Sovereign Elizabeth II.	184,25	232,85
20 belgische Franken	143,75	190,10
10 Rubel Tscherwonez	186,75	240,26
2 südafrikanische Rand	177,00	223,44
Krüger Rand, neu	780,75	929,96
Maple Leaf	806,90	959,31
Platin Noble Man	1156,50	1358,31
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	210,75	268,76
20 schweiz. Franken „Vreneli"	141,75	212,90
20 franz. Franken „Napoléon"	151,75	201,50
100 österr. Kronen (Neuprägung)	755,00	916,56
20 österr. Kronen (Neuprägung)	150,75	194,66
10 österr. Kronen (Neuprägung)	77,50	105,45
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	350,25	433,49
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	80,75	114,86

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

Euro-Yen

ECU

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswert

SZR-Wert

Philips-Gewinn um 14 Prozent zurückgegangen

VWD, Eindhoven

Der Reingewinn der N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken verringerte sich im ersten Halbjahr 1986 auf 352 (436) Mill. oder 1,53 (2,03) hfl je Aktie. Nach Steuern weist die Gesellschaft einen Gewinn von 420 (489) Mill. hfl aus. Das Betriebsergebnis betrug 1,408 Mrd. hfl oder 5,3 (5,8) Prozent des Umsatzes. Der Umsatz verminderte sich um acht Prozent auf 26,35 Mrd. hfl, was zu 13 Prozent auf Wechselkursänderungen zurückzuführen war. Mengenmäßig jedoch stieg der Umsatz um sechs Prozent.

Ein deutliches Mengenwachstum *konnte Philips im Unternehmens*bereich der Unterhaltungselektronik erzielen. Die Zunahme des Umsatzes bei Hausgeräten entsprach im ersten Halbjahr dem Unternehmensdurchschnitt. Vor allem wegen der Geschäftsentwicklung in den USA blieben Bauelemente und Beleuchtung sowie professionelle Geräte und Systeme hinter diesem Wachstum zurück.

In Europa hingegen entwickelte sich der Umsatz weiter günstig, teilte Philips mit. Der Mengenzuwachs betrug zwölf Prozent. Ein beachtliches Plus wurde im Bereich Unterhaltungselektronik realisiert. Außerhalb Europas ging der in Gulden umgerechnete Umsatz wegen der niedrigeren Wechselkurse zurück. Läßt man diesen Einfluß außer acht, bewegte sich der Umsatz in etwa auf dem gleichen Niveau wie im ersten Halbjahr 1985. Eine positive Ausnahme machte Lateinamerika, wo der Mengenumsatz durch das erneute Wachstum in Brasilien stark zunahm.

Murdoch will mit viertem TV-Netz ins USA-Geschäft

vos. Bonn

Der britische Pressezar Rupert Murdoch (Times, Sun) schickt sich an, einen amerikanischen Fernsehtraum wahrzumachen. Mit zwei Gelegenheitskäufen legte er den Grundstein für das immer wieder diskutierte vierte nationale Fernsehnetz neben CBS, NBC und ABC. Der geborene Australier erwarb in Hollywood die Filmgesellschaft Fox und sicherte sich mit dem Aufkauf von sechs Sendestationen den Zugriff auf die bevölkerungsreichsten Gebiete der USA, Los Angeles, New York, Chicago, Washington, Dallas und Houston. In den letzten Monaten verpflichtete er nach und nach 73 Fernsehsender im ganzen Land per Vertrag zur Ausstrahlung seines Programms.

Verglichen mit den 200 Stationen der großen Gesellschaften ist dies ein moderater Anfang, doch kann Murdoch schon behaupten, seine Sendungen landesweit auszustrahlen. Er *erreicht bereits knapp 80 Prozent al*ler Haushalte mit Fernsehgeräten und wird so für die nationalen Werbekunden interessant.

Im Oktober wird er seine Offensive starten: Mit einer allabendlichen Talkshow zur besten Nachrichtenzeit sollen den anderen Kanälen Zuschauer abspenstig gemacht werden. Später wird zehn Stunden pro Woche gesendet, hauptsächlich am Wochenende. Der amerikanische Medienmarkt nimmt mit Überraschung zur Kenntnis, daß Murdochs Unternehmen ohne Nachrichtensendungen auskommen wollen. Doch Kenner des rührigen Publizisten wollen daran nicht so recht glauben: Er sei immer schon ein paar Schritte weiter als man denke.

Nur die Krankenversicherung macht Sorgen

Vereinigte will zu den ersten gehören, die im nächsten Jahr neuen Leben-Tarif anbietet

DANKWARD SEITZ, München

Nach dem Verlauf des ersten Halbjahrs erwartet die mehrheitlich zur Schweizer Rück gehörende Vereinigte Versicherungsgruppe (VVG), München, in allen Bereichen eine insgesamt positive Geschäftsentwicklung 1986. Wenn das Neugeschäft gehalten werden kann, werden nach Ansicht von Vorstandsvorsitzendem Hans Karl Jäkel sowohl im Bereich Leben (per Ende Juli: plus 18 Prozent) als auch in der Kompositversicherung (plus vier Prozent) „mindestens marktkonforme" Zuwachsraten erzielt. In der Krankensparte richten sich die Hoffnungen dagegen mehr auf einen geringeren Anstieg der Schadenleistungen, wobei sich Jäkel noch nicht sicher ist, ob es sich bei dem aktuellen Plus von einem Prozent nur um eine zeitliche Verzöge*rung handelt.*

Das gesamte Beitragsvolumen der VVG erhöhte sich 1985 um 2,7 (2,0) Prozent auf 3,1 Mrd. DM, wobei die Anzahl der Verträge bei 6,3 Mill. Stück stagnierte. Mit 1,93 Mrd. DM *stieg die Schadenleistung um 5,3 (5,8)* Prozent. Dank der guten Erträge von 626 Mill. DM (plus 12,5 nach 17,7 Prozent) der um 10,9 (22,2) Prozent auf *fast 7,9 Mrd. DM aufgestockten* Kapitalanlagen sei ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt worden.

VAB (Sach)	1985	±%
Bruttoprämie (*Mill. DM*)	655	+ 7,4
Nettoprämie [1])	491	+ 8,9
Aufw.f.Vers.-Fälle	303	- 1,4
Vers.-techn.Ergebn.[2])	+ 3,9	(- 5,7)
Kapitalanlagen [3])	831	+ 10,7
Kapitalerträge [4])	63	+ 9,3
Durchschnittsrend.(%)	8,2	(8,3)
in % d.verd. Beiträge	1985	1984
Selbstbeh.-Quote	75,2	74,1
Schadenquote	62,1	69,0
Verw.-Kostenquote	28,0	27,2
Rückstellg.-Quote[5])	130,9	133,2
Eigenkapitalquote	26,9	22,0

[1])Brutto- minus Rückversicherungsbeiträge; [2])nach Zuführung von 23,7 (6,0) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; [3])ohne Depotforderungen; [4]) netto; [5]) vers.-techn. Rückstellungen.

Den „besten Abschluß" der Gruppe konnte nach Angaben von Jäkel der Komposit-Versicherer Vereinigte Aachen-Berlinische Versicherung (VAB) erreichen. Obwohl von einigen Großschäden betroffen, sank die Schadenleistung, so daß „erstmals seit vielen Jahren" wieder ein versicherungstechnischer Gewinn ausgewiesen werden kann. Zu diesem positiven Ergebnis haben nach Angaben von Jäkel vor allem die Sparten Kfz, verbundene Wohngebäude, Hausrat sowie Haftpflicht und Unfall beigetragen. Insgesamt weist die VAB einen Jahresüberschuß von 8,9 (17) Mill. DM nach einem Steueraufwand von 21,8 (10,8) Mill. DM aus. Daraus wird eine auf 18 (15 plus 6,6) Prozent aufgestockte Dividende ausgeschüttet. In die freien Rücklagen fließen 2,75 (–) Mill. DM.

Einen erheblichen Beitragsverlust mußte die Vereinigte Krankenversicherung AG 1985 hinnehmen. Dazu führten neben im wesentlichen stabilen Beiträgen, so Jäkel, das „normale" Bestandsstorno sowie die Anpassung des Versicherungsschutzes von Beamten an die neuen Beihilferichtlinien. Wenn dennoch ein bescheidenes Beitragswachstum von 0,8 Prozent auf 1,98 Mrd. DM erzielt worden sei, verdanke man dies der „außergewöhnlichen" Produktionssteigerung um 30 Prozent. An Leistungen mußten 1,48 (1,4) Mrd. DM erbracht werden, was zu einer höheren Schadenquote von 74,6 (71,3) Prozent führte.

„Befriedigend", so Jäkel, verlief das Geschäft der Vereinigten Eos-Isar Lebensversicherung AG (VEI), auch wenn das Wachstum nicht ganz mit dem Markt Schritt halten konnte. Mit zu den ersten Lebensversicherern will die VEI gehören, die 1987 mit einem neuen Tarif auf Basis neuer Rechnungsgrundlagen auf den Markt kommen wird. Die wesentlichen Punkte werden, so Vorstandsmitglied Helmut-Joachim Werner, die Anhebung des Rechnungszinses auf 3,5 (drei) Prozent sowie die Verwendung neuer Sterbetafeln (getrennt für Männer und Frauen) und die Anhebung des Mindestrückkaufwertes sein. Zudem kann der Kunde zwischen einer höheren Todesfall- oder Erlebens*fallsumme wählen.*

VEI (Leben)	1985	±%
Versicherungsbest. (Mill. DM)	11 854	+ 4,0
Eingel. Neugeschäft	1 209	+ 0,8
Beitragseinnahmen	424	+ 5,0
Aufw.f. Vers.-Fälle	146	+ 21,8
Kapitalanlagen [1])	3 254	+ 10,8
Kapitalerträge	247	+ 8,8
Durchschn.-*Rendite*(%)	7,8	(7,9)
Aufw. für Beitrags-Rückerst.[2])	220	+ 6,3
Rückst. für Beitr.-Rückerst.	721	+ 18,3
	1985	1984
Stornoquote [3])	5,3	5,4
Verw.-Kostenqu. [4])	5,0	5,0
Abschl.-Kostenqu.[5])	49,5	48,2
Überschußquote [6])	52,4	60,2

[1]) ohne Depotforderungen; [2]) einschl. 36,9 (33,3) Mill. DM Direktgutschrift; [3]) Rückkauf, Umwandlg. in beitr.-freie Versich. u. sonst. vorzeitiger Abgang in % des Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw. d. Vers.-Geschäfts in % der Beiträge; [5]) in Promille d. eingel. Neugeschäfts; [6]) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

Wieder mehr Inlandsaufträge

Holzmann erwartet weiteren Rückgang des Gewinns

dpa/VWD, Frankfurt

Bei zunehmender Flaute im Auslandsgeschäft spürt die Philipp Holzmann AG, Frankfurt, im Inland eine wachsende Belebung der Baunachfrage. In den ersten sieben Monaten 1986 war der Auftragseingang aus dem Inland bei dem größten deutschen Baukonzern mit 1,56 Milliarden DM um 30 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Dies teilte Vorstandschef Hermann Becker in Frankfurt auf der Hauptversammlung mit. Die Aktionärsversammlung genehmigte alle Tagesordnungspunkte mit großer Mehrheit, darunter die Ausschüttung einer Dividende von unverändert zehn DM je 50-DM-Aktie.

In den USA verbuchte der Konzern bis zum 1. August Aufträge im Wert von 2,2 Milliarden DM. Das übrige Ausland steuerte nur für 190 Millionen DM Bestellungen bei. Die Bauleistung fiel in den ersten sieben Monaten nicht zuletzt wegen der Dollarschwäche um 11,3 Prozent auf 3,55 Milliarden DM und wird im Gesamtjahr bei etwa 6,5 (7,45) Milliarden DM liegen.

Wie schon im Vorjahr erwartet der Vorstand für 1986 einen Rückgang des Gewinns. Auch die nächsten Jah*re würden schwer werden, da die Be*legschaft noch nicht im selben Ausmaß wie das Bauvolumen vermindert worden sei. Vor allem im Ausland bestehe noch ein „Anpassungsbedarf".

„Am liebsten beim Flughafen"

62 erfolgreiche Neuansiedlungen in Hessen

adh. Frankfurt

Gut 200 Beratungen im vergangenen Jahr und 62 erfolgreiche Ansiedlungen oder Neugründungen, davon 49 in strukturschwachen Gebieten des Zonenrandes – die HLT-Gesellschaften, über die das Land Hessen seine Wirtschaftsförderung und Beratung betreibt, sind mit diesem Ergebnis noch nicht ganz zufrieden. Zwar trägt die Konzentration vor allem auf den mittelständischen Bereich Früchte, betont HLT-Aufsichtsrats*vorsitzender und hessischer* Wirtschaftsminister Ulrich Steger. Von den seit der Auflage des hessischen Existenzgründungsprogramms gegründeten *Unternehmen hätten im*merhin 80 Prozent mehr als sechs Jahre – erfolgreich – Bestand.

Neben *diesem Bereich* widmen sich die Hessen natürlich auch gezielt der Anwerbung von ausländischen Unternehmen, die freilich allzu häufig einen Standort im – nicht geförderten – Rhein-Main-Ballungsgebiet („am liebsten direkt neben dem Flughafen") bevorzugen. Insgesamt seien mit 1,6 Mrd. DM im vergangenen Jahr gut 44 Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik nach Hessen geholt worden.

In diesem Jahr sind bisher im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Förderanträge mit einem Investitionsvolumen von insgesamt *rund 800 Mill. DM* gestellt worden, mehr als doppelt soviel wie im ersten Halbjahr 1985.

Vorträge über Lebensbedingungen im Mittelalter

Das Öl der frühen Jahre

Lange herrschte in universitären Kreisen die Überzeugung, allein die eigene Fachrichtung sei maßgeblich für den Fortbestand der Wissenschaft; andere Disziplinen wurden bestenfalls als Hilfswissenschaften oder Zulieferer für das eigene Forschungsgebiet betrachtet. In den letzten Jahren hat jedoch ein erfreulicher Sinneswandel stattgefunden. Ringvorlesungen und Gemeinschaftsseminare, gehalten von Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen, *nehmen beständig zu. Jüngstes* Beispiel ist eine Reihe von Vorträgen an der Göttinger Universität. Archäologen, Historiker, Mediziner und Geographen untersuchten drei Semester



lang an der Georgia Augusta die Lebensbedingungen der Menschen im *Mittelalter.*

Der interessanteste und gerade heute wieder hochaktuelle Aspekt dieser Vorlesungsreihe beschäftigt sich mit dem mittelalterlichen „Umweltbewußtsein". Übertriebene Ausbeutung der Natur einerseits und Bestrebungen, dem Raubbau Einhalt zu gebieten andererseits ist beileibe keine Entwicklung unserer Tage. Schon im 15. Jahrhundert kam „grünes *Denken" vor allem dort auf, wo der* Lebensraum durch Raubbau gefährdet wurde. So wollte 1458 der Nürnberger *Rat* die Errichtung von Sägemühlen unterbinden, um dem Holzfällen Einhalt zu gebieten. Da der Bedarf an Bauholz jedoch immens war, scheiterte er mit seinem Verbot: Holz war eines der wichtigsten Materialien, das die Wirtschaft aufrechterhielt, im Stellenwert vergleichbar mit *dem Öl in unserer Zeit.*

Nicht nur beim Bau (für die Münchner Frauenkirche wurden beispielsweise *20 000* Stämme benötigt), auch beim Transport für Wirtschaftsgüter war Holz ein notwendiger Bestandteil. Hölzern waren die Gefäße, in denen Getränke und Lebensmittel von Norden nach Süden gebracht wurden. Die verheerenden Folgen, die der hemmungslose Kahlschlag hatte, wurden bereits *1300* von einem Colmarer Dominikanermönch erkannt: „Gießbäche und Flüsse waren damals nicht so groß wie jetzt, weil die Wurzeln der Bäume die Feuchtigkeit von Schnee und Regen längere Zeit in den Bergen zurückhielten."

Die früheste Schutzmaßnahme datiert aus dem Jahr 1359, als für den Erfurter Stadtwald eine geregelte Schlageinteilung bestimmt wurde. Weitsicht bewies eine eidgenössische Ordnung von 1480, die vorschrieb, daß der Wald zu schonen sei, weil auch „die Nachkommen des Holtzes deheinst nottürftig" seien.

Ein anderer Aspekt beschäftigt sich mit den Problemen der Ernährung. „*Populationsschwankungen* sind umso geringer, je stabiler die Umwelt ist", heißt es in einem Beitrag. Doch Eingriffe in die Natur waren unumgänglich, wenn mehr Menschen ihre Existenzgrundlage sichern mußten. Zunächst einmal begrenzten die natürlichen Ressourcen wie Nahrung, Heiz- und Baumaterial die Größe der Bevölkerung. Dieses „Gleichgewicht" mußte gestört werden, *wenn man die Ernährung aller* sicherstellen wollte. Wälder mußten gerodet werden, um Platz für Äcker zu schaffen. Doch auch hier waren die Kapazitäten nicht unerschöpflich. Hinzu kamen Klimaverschlechterungen, in deren Folge Mißernten, Hungersnöte und Seuchen die Bevölkerung dezimierten. Erst hundert Jahre nach der verheerenden Pest des 14. Jahrhunderts stieg die Bevölkerungszahl *wieder an.*

Auch für die Abfallbeseitigung existierten genaue Vorschriften. Erste Regelungen stammen vom Ende des 14. Jahrhunderts aus Augsburg, Nürnberg und Straßburg. Säuren, Beizen, Farbrückstände sowie Tierkadaver wurden in die jeweiligen Flüsse geschüttet bzw. versenkt; Hausmüll mußte auf besonderen Plätzen deponiert werden. Und selbst *die jahrelang geduldete Produktion* vergifteter Alkoholika ist keine Erscheinung unserer Tage. Das seit dem 13. Jahrhundert aus der Frucht des Gagel-Strauchs gewonnene dänische Bier etwa führte bei häufigem Genuß zur Erblindung und mitunter sogar zum Tod. Dennoch wurde es erst 1723 vom Kurfürsten von Hannover verboten.

RAINER NOLDEN

„Mensch und Umwelt im Mittelalter", hrsg. von Bernd Herrmann. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 288 S., 32 Mark.



Motive, die Allgemeingut wurden: Christiansens „Wasser" und „Feuer" (1898) FOTOS: KATALOG

Allround-Künstler des Jugendstils: Flensburg würdigt Hans Christiansen

Wasserschlangen unter Distelblüten

Seine Plakate besaßen den eleganten Charme des besten Jugendstils und verzauberten vordergründigen Realismus zu symbolistischer Verklärung. Um die Jahrhundertwende zählte er zweifellos zu den bedeutendsten und vielseitigsten Jugendstilkünstlern – kein Wunder, daß der Großherzog Ernst Ludwig von Hessen, der diese Idee durch die Darmstädter Künstlerkolonie tatkräftig förderte, diesen Mann brauchte. So wurde Christiansen der erste der berühmten „Sieben", die der Großherzog nach Darmstadt rief. Seine Jugendstilvilla „In Rosen" war ein Treffpunkt der jungen Kunst.

Zu den sieben Gründungsmitgliedern der Kolonie zählten außer Christiansen noch Olbrich, Behrens, Habich, Bosselt, Bürck und Huber. Als die „freischaffende Gemeinde" auf der Mathildenhöhe auseinanderfiel, ging Christiansen mit seiner Familie nach Wiesbaden und widmete sich *fast ausschließlich der Malerei.*

Vom Jugendstil wollte bald keiner mehr was wissen, Christiansen erwarb sich einen geachteten Ruf als Porträtist. Aber dann erteilten ihm die Nationalsozialisten absolutes Berufsverbot, weil er sich nicht von seiner jüdischen Frau trennte. Christiansen starb 1945 mit 79 Jahren.

Nach dem Tod seiner Frau erwarb das Museum seiner Heimatstadt Flensburg einen beträchtlichen Teil seines Nachlasses und ergänzte diesen Bestand durch Neuerwerbungen (Gemälde, Möbel, Teppiche, Keramik und anderes) zu einer einzigartigen Christiansen-Sammlung. Zur Zeit ist diese Ausstellung im Frankfurter Museum für Kunsthandwerk zu sehen. Später geht sie nach Berlin und Darmstadt.

Als Katalog zu dieser Ausstellung dient der erste Teil einer umfassenden Monographie. Obwohl der Jugendstil seit vielen Jahren wieder hochgeschätzt und -gehandelt wird, kommt diese Monographie einer Wiederentdeckung Christiansens gleich. Margret Zimmermann-Degen stellt ihn als exemplarischen Vertreter des letzten europäischen Gesamtstils vor. Die Ausstellung belegt dies.

Man lernt den Künstler hauptsächlich als Designer kennen mit Entwürfen für Verglasungen, Tapeten, Wandteppiche, Wirkereien, Stickereien. Man sieht Möbel und Intarsien, Keramik und Porzellan, Gläser, vor allem auch Buchschmuck, Plakate, Werbegrafik und Postkarten. In seinen Landschaftsgemälden zeigt sich Christiansen als stimmungsvoller Kolorist; seine Porträts machen den guten Ruf seiner Bildnismalerei verständlich. Seine Motive – die Mohn- und Distelblüte, die blumengeschmückten, von flatterndem oder wallendem Haar umgebenen Frauenköpfe, die Nixen, Schwäne, Wasserschlangen – *wurden Allgemeingut des internationalen Jugendstils.*

Seine Bildbeiträge für die „Jugend", verwegene Farben- und Formkompositionen, seine Buchkunst und einfallsreich dekorierten Schmuck- und Gebrauchsgegenstände, *nicht zuletzt seine typografischen* Neuschöpfungen (die „Christiansen-Schrift" zum Beispiel) geben der Wiederentdeckung dieses „klassischen" Jugendstilkünstlers einen besonderen Reiz. (Bis 9. September; Katalog an der Kasse 30 Mark, im Buchhandel 59 Mark)

EO PLUNIEN

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Perspektiven"

Universität am Kiosk

Im 16. Jahrhundert wurde nach den Plänen von Andrea Moroni für die Universität von Padua ein Gebäude errichtet, das an die Stelle des abgerissenen Albergo del Bò trat. Dieser Gasthof zum Ochsen lebt bei uns bis heute in den Ausdrücken „ochsen" und „büffeln" fort. Joachim Heitbaum sieht in dem Bau Moronis die Abkehr von der gegen die Umwelt klosterähnlich abgeschotteten Trutzburg des Wissens in der Art des spanischen Kollegs in Bologna oder des *Collège de Sorbon in Paris. Die* bauliche Öffnung nach außen spiegele sich in der Inschrift über dem Portal wider: „Tritt ein mit dem Vorsatz, täglich wissender zu werden, geh hinaus mit dem Wunsch, Tag für Tag dem Vaterland und der christlichen Gesellschaft nützlicher zu sein."

Die Vierteljahresschrift „Perspektiven" (Ruhrstraße 70, 5810 Witten), deren Nr. 5 das Thema Universitätsbau aufgreift (unter anderem mit einer großen Fotoreportage über die Hochschulen des Ruhrgebiets von Brigitte Hellgoth), ist die einzige Zeitschrift einer Universität, die sich *nach außen* wendet und auch an Kiosken zu finden ist. „Perspektiven" wird von der privaten Universität Witten-Herdecke herausgegeben, die vor drei Jahren in den Fächern Medizin und Zahnmedizin den Lehrbetrieb aufnahm. Nicht übersehen werden soll, daß diese private Universität aus einem anthroposophisch geführten Krankenhaus hervorgegangen ist. „Perspektiven" gliedert sich in drei Teile, die für drei verschiedene Leserkreise geschrieben sind: „Medizin" für den Kernbereich der Hochschule, „Universität" für die Unterrichtung der 650 Förderer des Universitätsvereins, „Kultur" für die Außenstehenden.

Der interessanteste Beitrag der Nr. 5 findet sich im Teil „*Universität*". Es handelt sich um die Antrittsvorlesung „Moderne oder Postmoderne?" von Peter Koslowski, der die Leitung des Instituts für Philosophie und des für Witten-Herdecke charakteristischen nicht fachbezogenen „Studium fundamentale" übernommen hat. Die Verwirrung um „modern" und „postmodern" sei entstanden, weil die Moderne als Epoche (= Neuzeit) mit Habermas' „Projekt Moderne" (= Aufklärung) durcheinandergebracht wurde. Die Epoche sei tatsächlich zu Ende, *seit der sie begründende* Erhaltungssatz, auf dem der Fortschritt erst aufbauen kann, durch die Erkenntnis abgelöst wurde, daß unsere Systeme endlich und Dekadenz wahrscheinlicher als Erhaltung ist. Das „Projekt Moderne" sei hingegen widersprüchlich und restaurativ. *Widersprüchlich, weil es mit der Moderne* eine Phase vollenden will, die nicht mehr „modern" ist, restaurativ, weil es Vergangenes, nämlich den Linkshegelianismus am Leben zu erhalten sucht.

Was aber ist modern, was postmodern? „Modern ist der Glauben an den *Totalerklärungsanspruch* der Wissenschaft, die Reduktion sozialen Lebens auf Funktionen und Kommunikationsmedien und die Hoffnung auf innerweltliche Utopien, postmodern ist die Kritik des Szientismus, des Funktionalismus und Utopismus." Auffällig sei, daß die anarchistische Form der Postmoderne – im Sinne von Paul Feyerabends „anything goes" – sich mit einer substantiellen Form *durchaus vertrage*: „Aus der anarchistischen Postmoderne erwächst die Chance für eine essentielle und substantielle Postmoderne, die in der Lage ist, dem Jargon und der Ästhetik der Uneigentlichkeit neue substantielle Formen entgegenzustellen."

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

KULTURNOTIZEN

Hispanisten aus aller Welt treffen sich vom 18. bis zum 23. August in Berlin *zum neunten Kongreß ihre* internationalen Verbandes.

„Das Schweigen des Dichters" von Peter Lilienthal ist der Beitrag der Bundesrepublik bei der Filmbiennale in Venedig.

Dem katalanischen Film ist das Minoritäten-Filmfestival gewidmet, das vom 25. bis 31. August im bretonischen Douarnenez stattfindet.

Die Internationale Jugendbibliothek in München erhält den mit 6000 Mark dotierten Großen Preis der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur.

Jospeh Thomas, amerikanischer Tenor-Saxophonist, ist im Alter von 77 Jahren in Kansas City gestorben.

Thomas Wolfes erstaunlicher Erfolg in Deutschland

Schwulst und Schwall

Zwei amerikanische Schriftsteller wurden in Europa während der dreißiger Jahre entdeckt, bevor in den USA ihre Bedeutung erkannt wurde: William Faulkner in Frankreich und Thomas Wolfe in Deutschland. Thomas Wolfes Roman „Schau heimwärts Engel" erschien in deutscher Übersetzung 1932 im Rowohlt Verlag. Da die Devisenbestimmungen die Überweisung seiner Honorare in die USA nicht erlaubten, kam Wolfe im Olympia-Sommer 1936 nach Deutschland.

Der Sohn Ernst Rowohlts, Heinrich Maria Ledig-Rowohlt, ausgebildet in England und im Verlag verantwortlich für die angelsächsische Literatur, begleitete Wolfe auf der Reise. In einem Roman, „Es führt kein Weg

Erinnerung an einen Sommer in Berlin – ARD, 23 Uhr

zurück", *der erst nach dem Tode* Wolfes (1938) während des Krieges in New York herauskam, wird in einem Kapitel dieser Aufenthalt in Deutschland beschrieben: die Begegnung mit dem Phänomen, daß der Rausch einer Pseudoreligion, der Nationalsozialismus, ein ganzes Volk ergriffen und ein Land verändert hat. Die Sendung „Erinnerungen an einen Sommer in Berlin" von Rolf Hädrich basiert auf diesem Nachlaß-Roman. Die Interviews mit Ledig-Rowohlt, Leni Riefenstahl, William L. Shirer und Albert Speer (gestorben 1981) führte Joachim Fest.

Der große Erfolg der Romane Thomas Wolfes in Hitlers Deutschland ist ein literarisches Phänomen, das erst im nachhinein erklärbar ist, denn damals, als die Literaturkritik noch von der Ästhetik des Expressionismus geprägt war, mußte Wolfe als ein Außenseiter und nicht als Träger des Empfindens jener Zeit erscheinen.

Alle Personen in den Romanen Wolfes sind überlebensgroß: riesenhaft in ihrer Gier, erstaunlich im Erdulden, wütend in ihren Leidenschaften, gigantisch in ihrer körperlichen Wucht, maßlos in allen Dingen. Es ist die Gewalt, die Übertreibung, der Pathos seiner Schreibweise, die uns den Eindruck geben, es mit einer Rasse von Riesen, mit „Brobdingnags", zu tun zu haben.

Wolfe verwendet das Vielfache der erforderlichen Zahl von Wörtern für das, was er sagen will. Er macht verschwenderischen Gebrauch von Adjektiven, die einzig dazu dienen, dem Gegenstand einen starken Gefühlsgehalt zu verleihen. Alles und jedes ist im Superlativ: einzigartig, rätselhaft, *unerträglich, und auf dem höchsten* Grad von Intensität, sei es Schönheit oder Schrecken. Es ist eine oft trunkene, rhythmisierte Prosa.

Eine Verirrung in schlechte Verse wurde bei Wolfe zur Gewohnheit, zum Laster. Üppigkeit und Weitschweifigkeit, Schwärmerei und Aufgeblasenheit, Schwulst und Schwall seines Stils haben etwas Krankhaftes und Fanatisches. Seine Helden befin*den sich in der Gemütsverfassung der* Pubertät, der Unausgeglichenheit des Denkens und Fühlens. Fünfzig *Jahre danach, mit dem Wissen, das* wir heute haben, wird er für uns zu einem exemplarischen Dichter seiner Zeit, die Unglück über uns und die Welt gebracht hat.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Preis für Schulze-Rohr

Der *israelische Fernsehfilm* **Avanti popolo** ist auf dem Filmfestival Locarno mit dem ersten Preis fürs Fernsehen, dem „Goldenen Auge des Leoparden", ausgezeichnet worden. Der zweite Preis ging an das deutsche Fernsehspiel **Hautnah** (vom Südwestfunk) von Peter Schulze-Rohr (Regie) und Norbert Ehry (Buch), der dritte an den US-Beitrag **Love is never silent** von Joseph Sargent, wie die Festival-Leitung gestern bekanntgab. Die israelische Produktion beschäftigt sich in teils wirklichkeitsgetreuer, teils surrealistischer Art mit dem Sechs-Tage-Krieg, der auch vom ägyptischen Standpunkt dargestellt wird.

„Hautnah", im Dezember 1985 in der ARD gesendet, ist ein Krimi im Frankfurter *Bordell-Milieu*, der dra*matisch die Möglichkeiten der Über*wachung und Bespitzelung durch Kameras und Mikrophone schildert. Schulze-Rohr erhielt dafür im Februar bereits die Goldene Kamera von Hörzu. Der Film „führt einen modernen Typus vor, den moralfreien, instrumentalen Menschen. Seine Ehre besteht allein darin, präzise zu sein und makellose Ergebnisse zu liefern. Sobald er seinen Gefühlen folgt, macht er todbringende Fehler", hieß es in der Kritik.

14 Filme haben um das „Auge des Leoparden" konkurriert. Insgesamt werden 120 Fernsehfilme aus 24 Ländern in Locarno gezeigt. Mit diesem Rekord avancierte die 39. Auflage der Südschweizer Veranstaltung zum größten Fernsehfilm-Festival der Welt.

AP/DW

Keine Schuldigen: Tschernobyl im Sowjetfernsehen

Die Tragödie als Epos

Langsam schwenkt die Kamera über einen Spielplatz. Man sieht Kinder, stolze, lächelnde Mütter. Tschernobyl vor der Katastrophe, so der Sprecher. Harter Schnitt: Ein *Atommeiler erwächst aus der Landschaft*, ein Datum taucht auf: 26. April. Der Tag des GAU – eine Schicksalszahl, die in den Chroniken der Welt eingetragen bleibt.

In einem fünfzigminütigen Film präsentierte das sowjetische Fernsehen eine erste Chronologie über den *Ablauf dieser Tragödie. In dieser* schockierenden Kürze wird Tschernobyl bereits zur „Legende" apostrophiert, wie ein Epos präsentiert. Man vergeudet keine Zeit mit Mitfühlen und Mittrauern mit den Tausenden von Opfern. Den Betroffenen, die in Krankenhäusern ihrem Sterben entgegendämmern, denen, die den Todeskeim in sich tragen, der erst nach Jahren zum Ausbruch kommt, denen, *die über Nacht Heim und Hof verlassen* mußten, die sich nun in der Fremde eine neue Existenz aufbauen müssen.

Keine Rede von ihnen. Keine Rede auch vom Versagen der Führung. Dafür psychologische Genrebilder en masse. Vorzügliche Polit-Filmer *drehten ein gekonntes Machwerk* ab. Ein leeres Riesenrad dreht sich in Pripjat, dem Ort nahe Tschernobyl, der *nun zur Geisterstadt wird. Man* sieht Milizionäre mit Gasmasken, Panzer, die durch die leeren Straßen fahren, Soldaten, die leere Häuser und Gebäude abspritzen. Dann wieder ein harter Schnitt: Im „Bunker" unter dem Reaktor arbeiten gestandene Männer, die sich über ihre Pläne beugen. Man sieht sie neue Tunnels unter den glühenden Reaktor treiben. Am Abend hören sie traurige ukrainische Weisen. Abendstimmung in Tschernobyl, auch der Mond darf nicht fehlen.

Die Toten sind längst zu Helden mystifiziert: Man sieht ihre Gesichter, hört das rasche Trappeln weglaufender Füße, und eine Stimme aus dem Off ertönt: „Sie harrten aus, wollten retten, was nicht zu retten war." Für sie gab es keine Wiederkehr. Makaber und gespenstisch ist dieser Film. Ein Reaktorunfall hat sich ereignet, gewiß, doch man hat längst alles unter Kontrolle. Schuld gibt es keine – Schuldige auch nicht.

Lachend schauen die „verstrahlten" Feuerwehrmänner in die Kamera, geben sich so locker, als wenn sie nur ein Silvester-Feuerwerk auslöschten. Männer, von denen einige längst gestorben sind. Doch nichts davon in diesem Film. Kein Schmutz, *kein Leid, nur Aufbau und Energie:* Kommandos bellen durch den Bunker, Neubauten wachsen empor. Eine *unschuldig grüne Wiesenlandschaft* um Tschernobyl, ein Fohlen, das über die Weide stürmt, eine zahnlose Alte, die fröhlich über eine neue Zukunft plappert.

Tschernobyl-Streiflichter in einer perfekten Schnitt-Technik. Bilder ersetzen Argumente, von der Optik di*rekt in die Metaphysik. Kontrastie*rende Musik untermalt das nicht Ausgesprochene ins Bedeutsame. Alle Register werden gezogen. Aus Wochenschauen, Spezialreportagen wurde eine einprägsame Collage gebastelt: Tschernobyl – nur noch ein Provinz-Unfall.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Mann von gestern

Heinrich Albertz als **Zeuge des Jahrhunderts** (ZDF): 75 Minuten lang zeigte sich der 71jährige als Apostel der Friedensbewegung – zornig gegenüber dem Westen, verständnisvoll gegenüber dem Osten (insofern vielleicht schon ein Mann von gestern). Als Stichwortgeber diente Hanns Werner Schwarze, der die Reste des Materials fürs **Kennzeichen D** gestern zusammenschnitt, aber nicht nachhakte, wo es spannend hätte werden können: Wie etwa hätte Albertz, wenn er die Studentenrevolte '68 „politisch richtig eingeordnet" hätte, anders gehandelt?

Bei Errichtung der Mauer leitete er *als Hausmeier für Brandt die Senats*kanzlei. In seiner Rückschau war der Sommersonntag die „seltsame Mischung zwischen der Erwartung und des Bösen". Das Resümee: „Aber als es dann passierte und wie es passierte, war es doch eine Überraschung, ein Schock und damit ist ja eigentlich schon alles zur Sache gesagt."

Wobei er zur Deutschlandfrage *noch hinzufügte*, die Erhebung des 17. Juni zum Feiertag sei „eine der grandiosesten Fehlentscheidungen, die wir uns je geleistet haben". Aber warum? Das hätte man gern gewußt. Demgegenüber logisch und gerechtfertigt war seine Parteinahme für den (namentlich nicht genannten) Terroristen Boock.

dg/da

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Leichtathletik aus Zürich
11.05 Kilimandscharo, bitte einsteigen
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
Katzenmusik
15.05 Unsere kleine Farm
Lauras Eifersucht
15.50 Tagesschau
16.00 Ein Platz für Tiere
Reise nach Sudan
Von und mit Professor Grzimek
16.45 Tom Sawyer und Huck Finn
Das Testament der Miss Watson
17.15 Achtung – Klappe!
Kinder als Reporter im Freizeitpark Phantasialand
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 5 Ringe unterm Hakenkreuz
Die Olympischen Sommerspiele 1936 in Berlin
Film von Walter Krieg
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Die Krimistunde
Geschichten für Kenner
Waschen, scheiden, umlegen
Kein Wort mehr
Herrenabend
Glückwunschkonzert
Mit Gerhard Olschewski, Peter Ehrlich, Brigitte Mira, Lisa Helwig
Regie: Hartmut Griesmayr
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Themen: Diether Hildebrandt privat. Indien – Annäherung an eine mißverstandene Welt
22.30 Tagesthemen
23.00 Erinnerung an einen Sommer in Berlin
Film von Rolf Hädrich
Nach einem Kapitel aus dem Roman „Es führt kein Weg zurück" von Thomas Wolfe
0.25 Tagesschau
0.30 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Das Vogelparadies
15.30 Ferienkalender
Zirkus „Santelli"
Gast: Josef Gröbmayr
16.05 Der Stein des Marco Polo
Der Eindringling
16.30 Fünf Freunde und das Burgverlies
Nach dem gleichnamigen Roman von Enid Blyton
Die fünf Freunde besuchen die Finniston-Farm, unter der die Keller eines ehemaligen Schlosses liegen sollen. Hier kommen die fünf einem bösen Antiquitätenhändler auf die Spur.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Königlich Bayerisches Amtsgericht
Der anonyme Brief
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Kandidaten: Ernst Vettori, Udo Kießling, Sissi Löwinger, Horst Pinnow, Georg Bernhard, Mario Adorf
Gäste: Eberhard Cohrs, Klaus Havenstein, Karel Gott
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Alternative Medizin – Möglichkeiten und Grenzen
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.10 Was nun, Herr Brandt?
Fragen an den SPD-Vorsitzenden von K. Bresser und W. Herles
23.10 Karl Böhm dirigiert Mozart
Mit den Wiener Philharmonikern
0.10 heute

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Unsichtbare nimmt Rache
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Mit Jon Hall, Alan Curtis, John Car*radine*
Regie: Ford Beebe
21.30 Amerika literarisch
Ed-McBain-Porträt von Don Featherstone
22.25 Reisewege zur Kunst
Dänemark: Vom Hamletschloß nach Louisiana
23.10 Invalidendom
Französischer Kurzfilm (1951)
Original mit Untertiteln
23.30 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Journal: Kirche
19.15 Die Haie
20.00 Tagesschau
20.15 Die den Hals riskieren
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit Burt Lancaster, Deborah Kerr
Regie: John Franckenheimer
22.00 Berliner Ansichten
22.50 Ich und Du (61)
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.32 Fame
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST
16.00 Im Wald, da sind die Räuber
Englischer Spielfilm (1981)
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Metall-Step
18.32 Mad Movies
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Verschollen im Harem
Mit Elvis Presley
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Landtag aktuell
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Musikladen – Eurotops
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.15 Eltern-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Die Ausreißerin
Amerikanischer Spielfilm (1946)
20.25 Z. E. N.
20.30 „Du bist schön, meine Freundin"
Der Mailänder Dom
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau
23.30 Orca, der Killerwal
Amerik. Spielfilm (1977), mit Richard Harris, Charlotte Rampling, *Robert Carradine, Bo Derek*

SAT 1

15.00 Marco
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Kobra, übernehmen Sie!
Anschließend: *Lionel Hampton*
18.00 Boomer, der Streuner
Anschließend: Klein Lulu
18.30 APF-blick
18.45 Marbella – Schöne und Reiche
19.45 Die letzten zwei vom Rio Bravo
Deutsch-ital.-engl. Western (1964)
Mit R. Cameron, H. Frank, V. Bach
Regie: Mario Caiano
Während Sheriff Pat Garrett Hoch*zeit feiert, rauben die Clayton*-Brüder die Bank aus. Erst in Mexiko findet Garrett die Gangster wieder. Nun setzt er alles daran, sie mitsamt ihrer Beute in die Staaten zurückzubringen.
21.30 APF-blick
22.15 Konzert
Beethoven-Stadt Bonn
22.45 High Chaparral
Blue Boy ist der Boss
Anschließend: APF-blick

1 PLUS

19.00 Mr. Garechs Koch
19.45 Das internationale TV-Kochbuch
20.00 Tagesschau
20.15 Partner gesucht
6. Caroline
21.05 Barocknacht
Ein Abend in Schloß, Park und Theater anläßlich der Schwetzinger Festspiele
23.50 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Das sechste Streichholz
Von Herbert Reinecker
Regie: Alfred Vohrer
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Flucht in die Zukunft
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit M. McDowell, David Warner
Regie: Nicholas Meyer
23.35 Kennwort: Kino
23.45 Nachrichten

RTL plus

18.15 Starmix
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Wer andern eine Grube gräbt
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Zwei Bayern in St. Pauli
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Joe Stöckel, Beppo Brem, *Lucie Englisch, Franz Muxeneder*
Die arme bayerische Gemeinde Mooskirchen hat eine Farm in Afrika geerbt. Auf der Reise dorthin verliert der Bürgermeister auf St. Pauli sein Reisegeld.
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.15 Neu im Kino
22.45 Geheimauftrag für John Drake
23.07 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Freundlich geschlossen

P.Jo. – „Die Öffnungszeiten der staalichen Museen haben sich in der Praxis als publikumsfreundlich erwiesen und entsprechen nationalen und internationalen Maßstäben". Das erklärte dieser Tage der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Helmut Engler, auf eine Anfrage. Was den zweiten Teil dieser Anfrage betrifft, da hat er zweifellos recht. Es gibt in den großen Museen Usancen, die nicht weit von den Zeiten entfernt sind, als die Kunstkabinette nur nach Anmeldung zugänglich waren. Außerdem wurden z. B. in der Anfangszeit des Britischen Museums höchstens 15 Gentlemen für längstens zwei Stunden zugelassen.

Die Uffizien in Florenz kommen diesem Ideal noch recht nahe, indem sie bereits um 14 Uhr unerbittlich schließen. In Wien ist zumeist um 16 Uhr Schluß, in München 16.30 Uhr. Hamburg und Berlin wirken demgegenüber geradezu großstädtisch, weil dort die Besucher bis 17 Uhr zugelassen werden.

Allerdings gibt es in diesem Reigen auch Spielverderber. Die neue Schirn Kunsthalle in Frankfurt ist werktags doch tatsächlich von 10 bis 21 Uhr geöffnet. Nicht anders hält man es im Kunsthaus Zürich. Und in Paris, im Centre Pompidou, werden die Besucher sogar erst 22 Uhr zum Ausgang komplimentiert. Aber Schule dürfen solche Verhältnisse nicht machen. Sonst könnten ja Zustände wie im Kino oder beim Theater einreißen, wo es schon immer üblich war, daß sich die Öffnungszeiten nach den Wünschen der Besucher richten.

Zwar gibt es in einigen Städten und in einigen Museen einmal in der Woche Abendöffnungen. Aber wiegt der Vorteil für die Besucher, die tagsüber keine Zeit haben, die Ungelegenheiten für das Museumspersonal auf? Außerdem versichern die Museumsleute – da lassen sie sich von den Einzelhandelsverbänden und den entsprechenden Gewerkschaften nicht lumpen –, die bisherigen Öffnungszeiten seien „publikumsfreundlich" (sonst könnte ja auch der zuständige Minister nicht dieser Meinung sein).

Schließlich hat selbst ein so renommierter Künstler wie Richard Serra (anläßlich der documenta) einmal unmißverständlich festgestellt: „Es gibt doch keine Öffentlichkeit. Es gibt nur Sammler, Händler, Museumskuratoren, Künstler und Groupies." Und die haben natürlich auch während des Tages Zeit für einen Museumsbesuch.

Hamburg: Tourneestart des Rocksängers R. Stewart

Zappelphilipp hält Hof

Leuchtturm spielt der schmale Mann – mit einem Suchscheinwerfer leuchtet er die Ränge und das Parkett der tobenden Alsterdorfer Sporthalle ab, findet hier ein Gesicht, vereint dort ein kleineres Grüppchen seiner fernen Freunde zum unverhofften Gruppenbild, verweilt lange auf der Fahne mit weißem Kreuz auf blauem Grund, die seine schottischen Landsleute tanzend über ihren Köpfen schwingen. Ein Großmeister der Rockmusik spielt da ein munteres kleines Licht-Spiel – und als wäre er einer wie viele hundert, viele tausend andere Rocksänger auch, hat Rod Stewart mit einer Geste wie dieser etwas abgetragen von der immer störenden und immer größer werdenden Distanz, die die Stars im Geschäft mit Rock und Pop von ihren Kunden trennt.

Und es hätte dieser blendenden Freundlichkeit gar nicht mehr bedurft. Denn auch bis zu diesem Punkt im pausenlosen Konzert-Dauerlauf, bis kurz vor der unvermeidlichen Nostalgiereise, die Stewart mit „Sailing" über die tosenden Meere hinweg zu einer wohnlich umhegten Freiheit antritt, hatte der Schotte, der, wenn nicht Sänger, dann womöglich Fußballer geworden wäre, schon mehrfach gezeigt, daß es ihm ernster als manchem anderen ist mit der Kumpanei zwischen dem Star und seinem Publikum.

Nahbar sitzt er auf dem Bühnenrand, die Beine baumeln munter in der Menge, die sich reckt und streckt nach dem stimmlich so rauhen, menschlich scheinbar angenehm handlichen Idol. Zu solchen plumpen Nettigkeiten wie Händeschütteln oder Kopftätscheln läßt er es allerdings nicht kommen, ganz unspektakulär scheint er den wenigen, die da vorne in der Menschentraube hin und her wogen, mal kurz ins Auge zu blikken. Vielleicht schickt er auch ein dankbares, aufmunterndes Nicken hinterher – das ist nicht gespielt, nicht auf Effekt hin inszeniert, wie sich da ein Plattenmillionär auf einer Ebene mit seinen Kunden wohlzufühlen scheint.

Vielleicht ist ja dies das Geheimnis eines nahezu bruchlosen Dauererfolges. Aus einer zwar erfolgreichen, aber doch nicht eben Epoche machenden Kollegen-Band hervorgegangen, ist der Sänger und sentimentale Geschichtenerzähler Rod Stewart einer der wenigen unter den erklärten Einzelgängern im Rock-Reich geworden, die Hilfe nie nötig zu haben scheinen. Immer reicht seine liebgewordene Emotion aus, um den Geist der Zeit, woher auch immer der gerade weht, in Rock-Rhythmen zu verwandeln.

Da hat er nun zum Beispiel unlängst ein neues Liedersortiment auf den Markt geworfen, mit dem er auch die Konzerte der aktuellen Tournee füllt. Und viel Mühe brauchte es offenbar nicht, damit wieder zwei kleine Prachtstücke in der Sammlung stecken – „Love Touch", der Titel, der eher in die Discothek paßt und damit zur kommerziellen Zugnummer für Stewarts neue Töne wurde, und „Every beat of my heart", das all jenen alten Freunden Zucker zubläst, die an das solide gewürzte Schmalz aus Stewarts frühen Jahren gewöhnt waren.

Überhaupt: Da sind viele, die das Neue wohl um des Alten willen in Kauf nehmen. Ein wenig von der seligen Erinnerung glitzert schon mancher 30jährigen im Augenwinkel – ach damals, zur großen Fetenzeit, der enge, schmiegsame Tanz mit dem und dem, die Namen sind längst schon Schall und Rauch. Eine Weißt-du-noch-Geschichte, die man sich selber erzählt – und der große Junge da vorne auf der Bühne gehört ganz selbstverständlich dazu.

Rod Stewart schafft es, diese Erinnerungen zu nutzen, sie als Feld für den Aufbruch zu jüngeren Tönen einträglich zu beackern. Denn keiner braucht verstört zu sein über allzu schräge Töne, einzig ein wenig origineller Song des frischen Repertoires trägt die grellen Züge der (auch schon wieder in Luft aufgelösten) Mode der wilden Jungs in seiner Heimat – Post-Punk sozusagen, gereinigt, entschärft, hörbar gemacht. Der Rest ist guter, solider Rock'n'Roll, vielleicht zuweilen ein wenig derber als sonst üblich, ein wenig mehr so, als tönte er von der Straße herauf oder aus einem Schuppen im Hinterhof.

Auch Stewarts Show stärkt diesen Eindruck. König Zappelphilipp hält Hof, kommt praktisch nie zur Ruhe im Tanz, in einer vergnüglichen, mal eckigen, mal schlangenweichen Choreographie, im frechen Spiel mit seinen Musikanten. Keiner von denen hat Weltklasse, aber das macht nichts – Kumpel Rod hat auch sie genau so gefangen genommen für ein freches, stimmungsvolles Spiel wie die vielen tausend Köpfe im Saal.

MICHAEL LAAGES

Sie war die Muse Sardiniens – Erinnerung an die italienische Nobelpreisträgerin Grazia Deledda

Des Meeres und der Liebe Wellen

Am 15. August 1936 erlag Grazia Deledda in Rom einer Krankheit, die sie neun Jahre lang selbst vor ihren nächsten Angehörigen verborgen hatte. Nur sie und ihr Arzt wußten längst, wie es um sie stand: Brustkrebs. Von dem Tag an, da er ihr diesen Schicksalsspruch anvertraute, verweigerte sie sich ihrem Mann, wie in Befolgung eines erbarmungslosen Wortes aus einem ihrer Romane; dem Schwächling Elias Portolu läßt sein Vater nur die Wahl: „Wenn du krank bist, mach, daß du gesund wirst, oder stirb."

So unbedingt, so nüchtern-streng war auch ihr Leben; ihr Aufstieg aus tiefster Provinzialität Sardiniens bis zur höchsten literarischen Ehre des Nobelpreises, die sie als Frau bis heute nur mit vier anderen teilt: mit Selma Lagerlöf, Sigrid Undset, Pearl S. Buck und Nelly Sachs.

Eine richtige Schulausbildung hatte sie nie genossen. In Nuoro, einem erst 1835 zur Stadt erhobenen Bischofsdorf am Nordrand der Barbagia, war sie am 27. September 1871 zur Welt gekommen, nicht 1875, wie sie selbst stets kolportierte. Sich jünger zu machen, galt auch damals schon als verzeihliche weibliche Schwäche. Ihr Vater, mehr Landbesitzer als Bürger, ließ ihr zwar hie und da Privatunterricht zukommen. Aber hauptsächlich bildete sie sich durch Lesen der Franzosen von Victor Hugo bis Zola, der Russen, soweit sie erreichbar waren.


„Er wird gerochen haben, daß ich Zwiebeln schnitt": Grazia Deledda im Jahre 1926, als sie den Nobelpreis erhielt FOTO: SÜDDEUTSCHER BILDERDIENST

Eine Autodidaktin mit offenem Blick für ihre Umgebung; das wohlhabende Elternhaus wurde ihr zur Schaubühne Innersardiniens: Bauern, Hirten, Viehhändler, Pächter, Gewerbetreibende, der Klerus, die Bergbewohner – was traf sich da nicht alles in den verschiedensten Geschäften des Alltags und erzählte und erzählte. Im aufmerksamen Zuhören habe ihr lebenslanges Erzählen seinen Anfang genommen, versicherte einer ihrer Biographen.

Mit 15 Jahren veröffentlicht sie ihre ersten Skizzen und Erzählungen in lokalen Zeitschriften, noch unter Pseudonym. Vielleicht ahnt sie schon, wie die Nachbarn reagieren werden, wenn sie einmal die Maske lüften wird. Später bekennt sie: „Meine ersten literarischen Entwürfe waren sardisch, auch die Menschen, die ich dem Leben nachformte, so gut es die Einbildungskraft einer Sechzehnjährigen vermag. Ich dachte, meinen Mitbürgern damit Ehre und Freude zu bereiten. Stellen Sie sich also meinen Schmerz vor, als sie mich sofort nach Erscheinen dieser Geschichten am liebsten gesteinigt hätten."

Aber unbeirrt schreibt sie weiter, Roman um Roman, nicht unbeeinflußt vom Verismo des dreißig Jahre älteren Sizilianers Giovanni Verga, der längst aus historisch-politischen Themen seiner Garibaldi-Verehrung zu realistischen Szenarios seiner Heimat hingefunden hat: statt Schönheit Wahrheit.

Die Anfeindungen hören nie ganz auf. So folgt sie, als sie im Jahr 1900 Palmerio Madesani, einen Beamten, heiratet, diesem gern nach Rom. Und nimmt ihre sardische Heimat, die urwüchsige Natur der Berge und Menschen, die fatalistische Stimmungslage und die magischen Vorstellungen ihrer Landsleute, die Vielfalt ihrer Sitten und Gebräuche, aber auch deren Religiosität und Leidenschaftlichkeit im tiefsten Innern mit sich hinüber in die Weltstadt, als hätte sie die Insel nie verlassen; jetzt entstehen jene Romane, die sie vor allem bekannt machen: „Elias Portolu" 1902, „Asche" 1903, „Der Efeu" 1904, „Schilf im Wind" 1913, „Marianna Sirca" 1915, „Die Mutter" 1920. Um diese Zeit sind fast alle zwanzig bis dahin erschienenen Bände bereits in die wichtigsten europäischen Sprachen übersetzt, die meisten auch ins Schwedische, das ihren herben Naturschilderungen besonders entgegenkommt.

Vor allem aber ist es wohl das Ringen um Schuld und Sühne, das Gegeneinander von Gut und Böse, dieses seelenläuternde Fegefeuer in den Lebensläufen ihrer Gestalten, das die Schwedische Akademie ihren „von hohem Idealismus" inspirierten Werken 1926 den Nobelpreis für Literatur zuerkennen läßt. Diese Entscheidung erreicht eine völlig Ahnungslose. Als der Attaché der schwedischen Botschaft, der die Nachricht überbrachte, sich mit Handkuß von ihr verabschiedet hat und ihr Mann sie beglückwünschen will, wischt sie die Hände an der Schürze ab: „Der Herr wird gerochen haben, daß ich Zwiebeln schnitt."

Italiens Literaturkreise nehmen die Ehrung zwiespältig auf. Gabriele d'Annunzio war also wieder leer ausgegangen, sein Italienisch aber doch von weit glanzvollerem Pathos als das mühsam angelernte dieser Sardin. Dabei hatte gerade ihre vergleichsweise schlichte Sprache die Menschen zu Hause und im Ausland so unmittelbar angesprochen.

Als sie aus Stockholm nach Rom zurückkehrt und große Zeitschriften Empfänge geben, ist man betroffen über ihre linkische Uneleganz: „Das Lächeln und das Sprechen fielen ihr schwer. Sie wußte keine Konversation zu führen. Es war ein lauschendes Schweigen wie das ihrer rauhen sardischen Berge, die, selber stumm, von allen Seiten die Brandung des Meeres hören."

Zehn Jahre später – als sie stirbt – liegen über vierzig Bände von ihr vor. Einige von ihnen stellt Attiglio Momigliano, damals der angesehenste Literaturkritiker Italiens, dem Werk von Manzoni, ja von Tolstoi an die Seite. Andere werden mit Hamsunschen Romanen verglichen. Ihre endgültige Ruhestätte findet die Dichterin am Schauplatz eines ihrer letzten Romane, der Chiesa della Solitudine vor den Toren von Nuoro, ein ländliches Kirchlein, das man 1959 für den Marmorsarkophag der Nobelpreisträgerin herrichtete. Nuoro war auf die Preisverleihung hin bereits Hauptstadt der Provinz geworden.

Und heute? Kein einziges ihrer Bücher liegt zur Zeit in deutscher Sprache vor. Und was noch mehr verwundert: Kein einziger ihrer Romane, denen man so oft tragödiengleiche Dramatik bescheinigt hat, ist bisher verfilmt worden. Nicht einmal in der Ära der Italo-Western, in denen doch der edle Bandit und das Verteidigen der eigenen Ehre bis zum physischen Untergang eine ähnliche Rolle spielen wie in Grazia Deleddas Sardinien.

Vielleicht wird sich der deutschsprachige Buchmarkt doch einmal zu moderneren Übersetzungen von einigen ihrer Bücher aufraffen. Dann werden sie sich als das erweisen, was sie sind: Schlüssel zu einer eigenständigen Welt.

WILL KELLER

Selten gespielte Oratorien in Salzburg: Martins „Golgotha" und Debussys „Le Martyre de Saint Sébastien"

Von den Symmetrien des Geistes und der Seele

Das Geistliche und das Weltliche haben in Salzburg schon seit den Zeiten der Fürsterzbischöfe in einer besonders engen Beziehung gewirkt. Die Festspiele sind gar nicht denkbar ohne diese spezifische Salzburger Dramaturgie, die etwa vom „Jedermann" über das „Salzburger Große Welttheater" bis zu Mozarts „c-Moll-Messe" reicht. Gewiß, ein paar Jahre lang hat Salzburg zu sehr den Götzen des Musikgeschäfts gedient. Das hat sich deutlich geändert. So versucht man jetzt, das herkömmliche Salzburger Repertoire von Werken – die, wenn sie auch nicht gerade geistliche sind, so doch ein Memento mori darstellen – zu erweitern bis hin zu jenem Kompositionsauftrag an Krzysztof Penderecki, dessen Totentanz „Die schwarze Maske" morgen abend in Salzburg uraufgeführt wird.

Im Vorfeld dieser Uraufführung konnte man nun in Salzburg zwei ganz selten gespielten, großen Werken von geistlich-oratorischem Zuschnitt begegnen: Der Passion „Golgotha" von Frank Martin und Gabriele d'Annunzios „Le Martyre de Saint Sébastien" mit der Musik von Claude Debussy. Beides sind Werke aus unserem Jahrhundert, einer Zeit also, da ein unreflektiertes Vertonen christlicher Texte nicht mehr möglich war.

Frank Martin hat in dem Passionstext, den er aus den vier Evangelien zusammengefügt hat, Meditationen und Bekenntnisse des Augustinus eingeflochten, die nun das Gerüst abgeben für die kontemplativen Arien zwischen dem Passionsbericht. Mehr als musikalische Nummern sind das feinfühlig abgehorchte Reaktionen, die sehr wohl Ausdruck geben vom individuellen Reagieren auf die Leidensgeschichte Christi. Eine solche Individualisierung kam nach dem Zweiten Weltkrieg – Martins „Golgotha" wurde 1949 in Genf uraufgeführt – modernen Glaubensvorstellungen entgegen.

Martins Musik wird getragen von einer späten, reifen Harmonik, die man indessen nie als rückwärts gewandt mißverstehen konnte. Martins Harmonik lebt vom Wissen um den Gegenpol: Die serielle oder atonale Musik, die damals en vogue war. Martin konnte deswegen mit seiner Musik eine andere Position beziehen, weil die Harmonik für ihn der eigentliche Ausdrucksträger ist, nicht bloß Stütze einer mehr oder minder sanglichen Melodik, die in „Golgotha" keine Rolle spielt.

Der Aufführung in der Felsenreitschule mit dem ORF-Symphonieorchester unter der Leitung von Lothar Zagrosek und mit einer edlen Solistenriege (Edda Moser, Christa Ludwig, Peter Schreyer, Harry Peeters sowie Dietrich Fischer-Dieskau als Jesus) wurde allerdings von höchster Stelle übel mitgespielt: In Jesu Rede im Tempel und das anschließende Sopran-Solo fuhr der Donner so grollend hinein, daß man das Konzert erst einmal unterbrechen mußte und die geplante Schallplattenproduktion, so steht zu fürchten, ins Wasser gefallen ist. An eine ähnlich kompetente Aufführung von Martins Passion dürfte auf absehbare Zeit leider nicht zu denken sein.

Die Sebastians-Legende von D'Annunzio und Debussy gibt sich natürlich viel weniger asketisch und geistesklar. Es ist sozusagen ein geistliches Werk der Décadence, wie die Sebastians-Legende seit eh und je, von den Malern des Barocks bis zur Verfilmung durch Derek Jarman, in das Umfeld einer schwülen, verzückten Sinnlichkeit gestellt worden ist. Die Salzburger Aufführung, seit der Premiere in Mailand (WELT v. 27. 6.) noch einmal weitgehend neu konzipiert von Maurice Béjart, treibt diese Dekadenz weitgehend aus. Mit der Tradition, den Sebastian von einer Tänzerin sprechen und gestalten zu lassen, räumt Béjart sofort auf. Er hat in Eric Vu-An einen Tänzer, der klar spricht und auf kontrollierte Art tanzt. Das will etwas heißen bei dieser Aufführung, die D'Annunzios Text nicht kürzt, wie es bei Konzertaufführungen der Debussyischen Musik üblich geworden ist. Hier erhält der schwülstig verzückte Text ein ganz anderes Gewicht.

Aber auch das fängt Béjart mit seiner klaren, puren Inszenierung und Choreographie ab: Ein Stück über Symmetrien des Geistes und der Seele könnte man diesen „Sankt Sebastian" nennen, dem in Salzburg ein geradezu begeisterter Erfolg beschieden war.

REINHARD BEUTH


Als Chefdramaturg in München, Hamburg und Berlin Vitalität auf die Bühne gebracht: Ernst Wendt (1937–1986) FOTO: DPA

Ein Theaterbesessener, der Klassikern unter den Rock schaute – Zum Tode des Regisseurs Ernst Wendt

Man verletzte einander, um sich näher zu kommen

Ernst Wendt hat einmal gesagt, man könne auf dem Theater keine Geschichten mehr erzählen. Und so sahen dann auch viele seiner Inszenierungen, vor allem der Münchner Zeit, aus: wie Steinbrüche, aus denen man fragmentarische Zeugnisse vergangener Zeiten barg und sie staunend betrachtete, ohne daraus ein geschlossenes Bild zu gewinnen.

Unumstritten ist der Regisseur, Dramaturg, Theaterautor und Kritiker Ernst Wendt nicht gewesen. Gleichwohl mußte man ihn beachten, und gleichwohl hat er sein Publikum immer nachdenklich gestimmt. Jetzt, da man überrascht und erschrocken zur Kenntnis nehmen muß, daß dieser Theaterbesessene im Alter von nur 49 Jahren an Herzversagen gestorben ist, wird einem doppelt bewußt, daß das „Ärgernis", das Wendt oft war, die deutsche Bühnenszene außerordentlich belebt hat.

Wendt kam schon als Außenseiter zum Theater. Der gebürtige Hannoveraner hatte in Wien und Hamburg Volkswirtschaft und Soziologie studiert. Von 1960 bis 1967 näherte er sich der Bühne als Theaterkritiker, war aber auch als Filmredakteur tätig. Als Chefdramaturg am Bayerischen Staatsschauspiel in München, am Hamburger Schauspielhaus, an den Staatlichen Schauspielbühnen Berlin und schließlich an den Münchner Kammerspielen kam er gleichsam über den Kopf zum Herzstück der Theaterarbeit.

Und diese Annäherung über den Kopf bestimmte auch Wendts Inszenierungen: Oft wirkten sie mehr gedacht als erlebt. Gerade dann, wenn Wendt Vitalität auf die Bühne brachte, konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier einer etwas vorspielen ließ, das ihm nur als fremdes Phänomen verständlich war. Das alles aber tut der Tatsache keinen Abbruch, daß Wendt – vor allem in seiner Zeit an den Münchner Kammerspielen – in seinen Versuchen, die Klassiker der Bühnenliteratur aufzubrechen, immer wieder Begeisterndes zutage förderte. So zum Beispiel in seiner säkularisierten „Maria Stuart" des von ihm oft inszenierten Schiller. Da besetzte er beide Hauptrollen betont gegen alle Konventionen. Doris Schade spielte die Elisabeth als eine Verkörperung des Verblühens, ihre Sinnlichkeit als Selbstverleugnung, ihre Rache als durchbrechende Raserei der letzten Chance. Und die Stuart der Cornelia Froboess war ein mutwilliges junges Mädchen, das selbst die Demutgesten mit lauernder Beobachtung spielte und dann geradezu schnippisch fragte, wie das denn nun mit der Gnade sei.

Solche Perspektiven hatten eines im Sinn: Wendt schaute den Klassikern regelrecht unter den Rock, ob da denn nicht etwas zu finden sei, was heutiger Sprach-, Geist- und Gefühlsarmut entgegensetzbar wäre. Mit den Klassikern hatte das wenig zu tun, wohl aber mit Wendt: Da war einer, der schaute, ob nicht doch noch Rettung möglich ist. Natürlich konnten bei einer solchen Inszenierungsweise, die eher die eigenen Schwierigkeiten beschrieb, Katastrophen nicht ausbleiben. Die schlimmste war wohl wieder eine Schiller-Paraphrase, die „Räuber" in Hamburg, die ein Kritiker zur schlechtesten Inszenierung des Jahres erkor. Das stimmte natürlich nur, wenn man erwartete, ein Stück von Schiller zu sehen. Es hüpfte ein nacktes Räuberlein über die Bühne, es hüpfte der Intrigant wie ein komischer Frosch auf Tisch und Stühle, es stießen die Räuber das Schwert in des Verräters Leib, daß es am anderen Ende wieder herauskam.

Das war eine Inszenierung der gestörten Beziehungen, ein Leiden an der eigenen Beliebigkeit, eine Darstellung der unerfüllten Sehnsüchte. Ernst Wendt war ein Heimatloser, der unter dieser Bindungslosigkeit bitter gelitten hat.

Eine seiner einleuchtendsten Inszenierungen war Strindbergs „Fräulein Julie" in München. Sie war ein Schlüsselstück zu Ernst Wendt: Man verletzte einander, um einander näher zu kommen. Wendt und Strindberg waren sich immer einiger als Wendt und die alten Klassiker. Bei Strindberg lag offen zutage, was Wendt bewegte: die Angst vor der Beziehungslosigkeit. Das ging bis zur Selbstverstümmelung. Wendts Fräulein Julie (Lisi Mangold) war immer dann am schönsten, wenn sie sich menschlich am miesesten gebärdete.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Fünf Neyts-Zeichnungen wieder in Dresden

dpa, Berlin

Fünf wertvolle Zeichnungen aus dem 17. Jahrhundert von dem Niederländer Gillis Neyts sind dem Kupferstich-Kabinett der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden zurückgegeben worden. Die kleinformatigen Arbeiten galten seit 1945 als vermißt. Im vergangenen Jahr standen sie im Angebotskatalog des Auktionshauses Sotheby's in dessen Amsterdamer Filiale. Nachdem die „DDR" ihren Rechtsanspruch angemeldet hatte, übergab Sotheby's die Zeichnungen. Die Arbeiten des Rembrandt-Zeitgenossen gehören zu einem 1728 von August dem Starken erworbenen Sammelband mit insgesamt 32 Zeichnungen von Neyts.

„Simplicissimus" ins Englische übersetzt

dpa, Hanau

Die erste vollständige Übersetzung des „Abenteuerlichen Simplicissimus" ins Englische liegt jetzt vor. Der amerikanische Germanist Monte Adair, der am Hanauer Gymnasium Hohe Landesschule lehrt, hat das Werk Grimmelshausens in siebenjähriger Arbeit übersetzt. Die englische Ausgabe ist in der University Press of America erschienen, kostet 22 Dollar und ist auch über den deutschen Buchhandel zu beziehen.

Würdigung für Johann Valentin Andreä

DW. Calw

Dem Denker zwischen Reformation und Aufklärung Johann Valentin Andreä sind eine Vortragsreihe und eine Ausstellung gewidmet, die die Schwarzwaldstadt Calw im September und Oktober veranstaltet. Referenten aus der Bunderepublik Deutschland, aus Frankreich und der Tschechoslowakei werden Andreä würdigen, der vor 400 Jahren geboren wurde und sich in seinen Schriften für die Versöhnung von christlichem Glauben und Naturwissenschaften einsetzte.

Oberhausen zeigt Otto Nagels Werk

dpa, Oberhausen

Das „Ludwig-Institut für Kunst der DDR" in Oberhausen wird im Mai 1987 zum ersten Mal das Gesamtwerk des Expressionisten Otto Nagel (1894–1967) in der Bundesrepublik Deutschland zeigen. Die Werke stammen aus der Nationalgalerie in Ost-Berlin. Nagel, zunächst ein enger Weggefährte Heinrich Zilles, war nach 1945 der erste Präsident des Verbandes Bildender Künstler in der „DDR" und gilt als „Klassiker des Proletariats".

Zeitgenössische Kunst vom schwarzen Kontinent

DW. Stuttgart

Neun Jahre lang arbeitete Gunter Péus als Afrika-Korrespondent in Nairobi – rund 300 Bilder und Skulpturen aus der Sammlung, die er in dieser Zeit zusammentrug, sind von heute bis zum 28. September in der Stuttgarter „Kultur unterm Turm" zu sehen. Aus der Tradition der Plakatmaler stammen Arbeiten, die einerseits vom Optimismus der erlangten Unabhängigkeit geprägt sind, andererseits Spuren des Biafra-Krieges zeigen. Ein weiteres Beispiel zeitgenössischer afrikanischer Kunst bieten die äthiopischen Legenden-Maler. (112seitiger Katalog mit farbigen Abbildungen 18 Mark)

Musikalische Ehrung für Hans Werner Henze

DW. Gütersloh

Vor wenigen Wochen feierte Hans Werner Henze seinen 60. Geburtstag, vom 8. bis 25. September hat nun seine Vaterstadt Gütersloh ein Festivalprogramm mit seinen Werken zusammengestellt. Eingeleitet wird die Hommage an drei Konzertabenden mit Filmmusiken, so zum Beispiel aus „Eine Liebe von Swann". Henzes „imaginäre Theater" für Singstimme beziehungsweise Klarinettisten beenden das Festival. Ausführende unter anderen das BBC Philharmonic Orchestra.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Sven Hedin, einst Idol vieler junger Menschen, gehört wie Knut Hamsun zu den Skandinaviern, die Bewunderer des Nationalsozialismus waren. Detlef Brennecke schildert Leben und Wirken des schwedischen Großbürgersohns, der selbstbewußt auf oft abenteuerliche Weise unbekannte Gebiete Asiens bereiste, wie kein Forscher zuvor seine Reisen publizistisch vermarktete und sowohl zu Zeiten Wilhelms II. als auch Hitlers ein Freund Deutschlands als auch eine ungewöhnliche Mischung zwischen Realist und Utopist war. Keine Hagiographie, aber auch keine Denkmalsschändung legt Brennecke mit dieser Biographie vor.

ohn

Detlef Brennecke: „Sven Hedin", rororo, 158 S., 9,80 Mark.

Kamen Bootsflüchtlinge aus Hamburgs Umland?

Tamilen in Kanada: Von Deutschen schlecht behandelt

dpa/AP. **Hamburg/Toronto**

Die 152 Tamilen, die am Dienstag von kanadischen Fischern aus Rettungsbooten im Atlantik aufgenommen wurden, sind möglicherweise aus der Bundesrepublik gekommen. Entsprechende Informationen sind gestern der Deutschen Presse-Agentur (dpa) zugegangen. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Rudolf Fischer, teilte mit, er habe Hinweise aus der Verwaltung des Landkreises Stade auf leerstehende Wohnungen bekommen, in denen Tamilen gewohnt haben. Nach den Hinweisen könnten die 152 Tamilen – unter ihnen vier Frauen und fünf Kinder – als Asylbewerber in verschiedenen niedersächsischen Gemeinden in der Nähe von Hamburg gelebt haben.

Nach Fischers Informationen sollen sich die Tamilen am 27. Juli in Jork an der Elbe gesammelt haben. Mit französischen Bussen seien sie nach Frankreich und von dort mit einem chinesischen Frachter auf See gebracht worden. Dieser Ablauf wurde unabhängig davon auch von einem Informanten bestätigt, der sich bei dpa gemeldet hatte.

Die Tamilen, die Asyl in Kanada beantragt haben, waren vor ihrer zufälligen Entdeckung zehn Kilometer vor der Küste Neufundlands nach eigenen Angaben in zwei offenen Rettungsbooten fünf Tage und Nächte auf dem Atlantik getrieben.

Als Obdachlose gefühlt

Wenn es sich tatsächlich um Tamilen aus der Bundesrepublik handelt, stellt sich die Frage, warum sie Deutschland verlassen haben. Ein in Jork bei Hamburg lebender „privater Asyl-Helfer", der sich um die Asylanten gekümmert hatte, sagte, die Tamilen seien „aus der Bundesrepublik geflohen", weil sie von den Behörden unter Druck gesetzt worden seien. Sie hätten die „NS-Methoden" der deutschen Behörden nicht länger ertragen können und wollten sich nicht länger als Obdachlose fühlen.

Der in Toronto erscheinenden Zeitung „Star" sagte gestern der Ceylonese Rod Singarayer, der bei der polizeilichen Vernehmung der Flüchtlinge geholfen hat, daß die geflohenen Landsleute westdeutsches Geld sowie Schmuckstücke und Papiere aus der Bundesrepublik bei sich hätten. „Ein Teil ihrer Habe war sogar in deutsche Zeitungen eingewickelt."

Vor Glück geweint

Singarayer, der Tamile ist und seit 17 Jahren in Kanada lebt, betreibt in St. John's in Neufundland ein Restaurant. Nach Gesprächen mit 45 der Flüchtlinge sagte er: „Sie sehen einfach nicht so aus, als seien sie über einen Monat lang auf See gewesen."

Die Flüchtlinge haben den Behörden berichtet, sie hätten am 7. Juli einen Hafen in Südindien verlassen und sich im Laderaum eines Frachtschiffes befunden, ehe sie in zwei Rettungsbooten vor der Küste Neufundlands ausgesetzt worden seien. Viele von ihnen seien während der fünftägigen Irrfahrt seekrank geworden. Als sie von den Fischern gesichtet worden seien, hätten „alle vor Glück geschrien und geweint", berichtete der 31jährige Kandasamy Lingaratnam.

Lingaratnam sagte, seine eigene Odyssee habe mit einer Fahrt in einem Fischerboot von Ceylon nach Indien begonnen. Er sei zu einem Frachter mit chinesischer oder koreanischer Besatzung gebracht worden. Während der Fahrt zur kanadischen Küste habe er und die anderen Flüchtlinge unter Deck bleiben müssen. Als sich das Schiff Neufundland genähert habe, seien die Flüchtlinge von einem Besatzungsmitglied in zwei Rettungsboote getrieben worden. „Man sagte uns, in zwei Stunden könnten wir Kanada erreichen."

Insekten-Allergien sollten nicht unterschätzt werden / August ist der Wespen-Monat

Die Schockapotheke stets im Gepäck

Brennen und sich bildende Quaddeln – Symptome, die jeder von uns schmerzhaft in Erinnerung hat, der von einer Biene, Wespe oder Hornisse gestochen worden ist. Im Normalfall sind diese Körper-Reaktionen kein Grund zur Besorgnis. Anders jedoch, wenn ein Mensch mit einer Insekten-Allergie gestochen wird. Bei ihm kann innerhalb von Sekunden ein lebensbedrohlicher Schockzustand auftreten, wie bei dem SPD-Politiker Gerd Rehbein, der am vergangenen Wochenende beim Rasenmähen gestochen wurde und daran starb.

Bei einer Insekten-Allergie gibt es keine warnenden Vorboten. Erst der Stich offenbart die Krankheit. Dabei braucht es nicht der erste, sondern es kann auch der zweite oder dritte Stich sein, der unser körpereigenes Immunabwehrsystem in einer Überreaktion sensibilisiert hat.

Bienengift ist ein komplexes, eiweißhaltiges Sekretgemisch, dessen giftige (toxische) Wirkung abhängig ist von der Einstichstelle, der Konstitution des Empfängers sowie von der Jahreszeit. Hautrötung und Schwellung im Umfeld der Einstichstelle sind als normale Reaktionen anzusehen. Schwillt jedoch die ganze Hand, der Arm oder das Bein an, ist das verdächtig. Eine Hautrötung kann den ganzen Körper erfassen. Dies ist auch in Form einer Nesselsucht (Urtikaria) mit Quaddelbildung möglich.

Außerdem gibt es Beschwerden, die von den Betroffenen häufig gar nicht mit dem Stich in Zusammenhang gebracht werden, obwohl sie unmittelbar danach auftreten, wie Brennen der Augen, Schleimausfluß aus der Nase, Übelkeit, Erbrechen und Schwindel. Bei dramatischem Verlauf kann es nach kurzdauernden „Alarmboten" wie Brennen, Jucken und Hitzegefühl schlagartig zu Schweißausbruch, beschleunigtem Herzschlag, Atemnot (Asthma-Anfall) bis hin zur Ohnmacht kommen. Diese schwerste Form der Reaktion wird als anaphylaktischer Schock bezeichnet und stellt einen lebensbedrohlichen Notfall dar. Nur schnelles ärztliches Handeln entscheidet über den Ausgang.



Beim Anblick eines sirrenden Insekts geraten nicht nur Frauen leicht in Panik. Gefahr besteht nur für Allergiker.

Sollte sich ein oder mehrere der Symptome zeigen, so ist unbedingt ein Arzt zu konsultieren, der durch eine Blutuntersuchung eine Allergie gegen Insektengift nachweisen kann. Bestätigt sich der Allergie-Verdacht, dann ist es ratsam, mit dem Arzt eine mögliche Behandlung dieser Überempfindlichkeit zu überlegen, da die Reaktion auf jeden weiteren Insektenstich bedrohlicher werden kann. Therapieziel dieser De- oder Hyposensibilisierungs-Therapie ist die Abschwächung, im Idealfall die Aufhebung der allergischen Reaktionsbereitschaft.

Bei der Insektenallergie geschieht das durch protrahierte, eventuell jahrelange unterschwellige Verabreichung des Bienensekretes (Antigen) in ständig steigenden Dosierungen, das die Bildung von körpereigenen Antikörpern anregen soll.

Behandelt werden kann stationär in speziellen Zentren, in Form einer Schnelldesensibilisierung mit bis zu vier Injektionen pro Tag innerhalb einer Woche, oder konventionell ambulant durch niedergelassene Ärzte. Da dies nicht nur eine belastende, sondern auch gefährliche Behandlungsmethode ist, muß sie eingehend abgewogen werden.

Gefährdete Allergiker sollten zur Selbsthilfe über eine „Schockapotheke" verfügen, deren Medikamente sie bei Reaktion auf einen Insektenstich wie folgt anwenden sollten: 6-10 Hübe Adrenalin-Medihaler (Dosier-Aerosol-Spray) in den Mund, 2-4 Tabletten Decortin H und 2-3 Tabletten Fenistil schlucken. Auch sollte umgehend ein Arzt gerufen werden.

VERA ZYLKA

Warum die Anwälte immer jünger werden

dpa. **Bonn**

Anwälte werden immer jünger, meldet die Bundesrechtsanwaltskammer. Das statistische Durchschnittsalter der knapp 49.000 Anwälte in der Bundesrepublik liegt derzeit bei 44,4 Jahre, vor 20 Jahren lag es bei 51,3 Jahren. Nach Beobachtungen der Anwaltskammer ist die Verjüngung vor allem eine Folge der „Juristenschwemme". Dem weitaus größten Teil der Nachwuchsjuristen bleibe mangels Stellen und Angeboten in Justiz, Verwaltung und freier Wirtschaft nichts anderes übrig, als das Risiko einzugehen, sich als Anwalt niederzulassen.

Waffengeschäft vereitelt

dpa. **München**

Das Bayerische Landeskriminalamt hat ein illegales Waffengeschäft in Höhe von 80 Millionen US-Dollar vereitelt und einen 42jährigen Griechen als mutmaßlichen Drahtzieher festgenommen. Er hatte 4000 Panzerabwehrraketen, 100.000 Granaten für Panzerhaubitzen und 15 US-Kampfhubschrauber zum Kauf angeboten.

Giftfrachter gehoben

dpa. **Den Haag**

Der mit Giftstoffen beladene britische Frachter „Olaf" ist in der Nacht zum Donnerstag vor der holländischen Küste gehoben worden. Es war eine der schwierigsten und kostspieligsten Bergungs- Operationen der letzten Jahre. Der mit 3500 Tonnen giftigen chemischen Abfallstoffen beladene Frachter war am 7. Juli südwestlich der nordholländischen Stadt Den Helder gesunken.

Tod in der Regentonne

AP. **Altenvers**

In der Regentonne ist eine 65jährige Frau aus Altenvers bei Marburg ertrunken. Nach Angaben der Kriminalpolizei wollte die Frau aus dem an der Hausecke installierten Behälter Regenwasser schöpfen. Dabei ist ihr offenbar schlecht geworden und sie fiel kopfüber in den Behälter, in dem noch 35 Zentimeter hoch Wasser gestanden hatte.

Bankkaufmann ist gefragt

dpa. **Köln**

Bankkaufmann ist bei Abiturienten der beliebteste nichtakademische Ausbildungsberuf. Von den etwa 30 Prozent der jährlich rund 300.000 Schulabgänger mit Hochschulreife, die nicht studieren wollen, erlernt jeder sechste den Beruf des Bankkaufmanns, berechnete der Bundesverband Deutscher Banken. 60 Prozent der rund 58.000 Banklehrlinge hätten die Hochschulreife, im Vergleich zu 1970 eine Verzehnfachung.

Unter Denkmalschutz?

AP. **Berlin**

Das berühmte Berliner Lokal „Mampes Gute Stube" muß vermutlich schließen. Ein Sprecher der Firma erklärte, das Haus am Kurfürstendamm sei von seinem Besitzer verkauft worden. Es besteht nur noch geringe Hoffnung, daß der Landeskonservator das Haus unter Denkmalschutz stellt.

Und wieder ein Wochenende mit vielen Staus

dpa. **München**

Mit dem Ende der Schulferien in Berlin und Bremen sowie in Norwegen, Schweden und Finnland rechnet der ADAC am Wochenende erneut mit zahlreichen Staus auf den Autobahnen in Nord und Süd. Besonders langsam dürfte es wieder einmal auf der Salzburger Autobahn in Richtung München vorangehen. Zusätzlich wird im Süden mit Ausflüglern gerechnet, wenn Saarländer und Bayern den Feiertag Mariä Himmelfahrt am Freitag zu einem langen Wochenende nutzen. In Österreich müßten die heimkehrenden Urlauber und die zum Formel-1-Weltmeisterschaftslauf in Zeltweg fahrenden Motorsportfans in beiden Richtungen der Tauernautobahn Geduld aufbringen.

Auf dem Rückzug befinden sich auf breiter Front die Temperaturen. Im Süden soll sich nach Angaben der Meteorologen das Quecksilber um 22 Grad einpendeln. In Südwestdeutschland kündigten Nebelschwaden am Mittwoch ein unbeständiges Finale der „Hundstage" (23. Juli bis 23. August) an. Nach den Vorhersagen der Meteorologen werden die hochsommerlichen Temperaturen von kühleren Lüften unter dicken Wolken abgelöst. Auf Schauer und Sonne müssen sich die Norddeutschen nach der Vorhersage des Hamburger Seewetteramtes am Donnerstag einstellen.

LEUTE HEUTE

Zerschlagen

Wieder eine Mutterrolle für Italiens Filmdiva **Sophia Loren**, die am 20. September ihren 52. Geburtstag feiert. Für die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS spielt sie eine Frau, die durch ihren Sohn in den Strudel der Rauschgiftkriminalität gezogen wird – und sich mannhaft schlägt. „Mutter Courage" (so auch der Titel) hilft der Polizei, einen Kokainhändler-Ring zu zerschlagen.

Verlassen

Eigentlich hatte er beabsichtigt, einen Segeltörn durchs Mittelmeer zu unternehmen. Doch jetzt muß **Fürst Johannes von Thurn und Taxis** erst mal auf den Arzt hören. Der an einer schweren Lungenentzündung Erkrankte kann voraussichtlich erst in der nächsten Woche die Klinik verlassen. Trost für seine Frau, **Fürstin Gloria**: Dem 60jährigen geht es schon wieder wesentlich besser.

Auf dem Lande sind die Bräute rar gesät

WIELAND SCHMID, **Stuttgart**

Einst huldigten frischgebackene Hochzeitspaare in ländlichen Gegenden diesem Brauch: Betraten sie zum ersten Male den gemeinsamen Hof, so starteten sie einen Wettlauf zum Sofa. Wer sich zuerst darauf setzte, hatte im Hause das Sagen. Heute würde mancher junge oder auch nicht mehr ganz so junge Landwirt und Hoferbe gerne das Risiko eingehen, den Wettlauf zu verlieren, wenn er nur eine Frau fände.

Jeder dritte Bundesbürger, so haben Umfragen jüngst wieder ergeben, möchte am liebsten auf dem Lande leben. Auf junge Frauen scheint dies allerdings nicht zuzutreffen, denn jeder sechste Landwirt ist ohne Frau. Die „Verhältnisse" auf dem Land schrecken die jungen Frauen offensichtlich ab. Zwar hat die Technik in Haus und Hof längst viele Arbeiten übernommen, die früher erhebliche Zeit beanspruchten. Doch nach wie vor sieht es mit einer geregelten Freizeit schlecht aus, ist eine Urlaubsreise die Ausnahme, ist das Freizeitangebot auf dem Lande gering, auch wenn in den Dörfern von heute die Diskos längst dazugehören.

Junge Frauen stellen heute andere Anforderungen als einst, ihr Selbstbewußtsein ist gewachsen. In Bauernschwänken geht das Zusammenleben zwischen den Generationen auf dem Hof zwar zuweilen recht skurril, letztlich aber mit Happy-End über die Bretter. In der Alltagswirklichkeit sieht das oft ganz anders aus. Manche Heiratspläne, so wissen Mitarbeiter der Bauernverbände, sind an den Problemen zwischen alt und jung gescheitert.

Die junge Frau besteht auf genauer Festlegung ihrer Rechte und Pflichten. Das erfordert Zugeständnisse von Seite der Schwiegereltern. Diese sind dazu aber oft nicht zu bewegen, denn in vielen Fällen sind die Eltern des Jungbauern selbst noch keineswegs in den Jahren, die einen Rückzug aufs Altenteil rechtfertigen würden. Im Gegensatz zu den Angehörigen anderer Berufe kann der junge Bauer aber nicht bei Streitfällen kurzerhand ausziehen. Er ist an seinen Hof gebunden.

Ist das Problem der unverheirateten Bauern unlösbar? Müssen mehr Höfe aufgegeben werden, weil der Hoferbe keine Aussicht hat, eine Frau zu bekommen? Der Bayerische Bauernverband sagte vor acht Jahren eine Wende zum Besseren voraus. Doch die Wende blieb aus und vor vier Jahren wurde die Lage so prekär, daß man sich an die Öffentlichkeit wandte. Es meldeten sich Heiratsinstitute. Für viel Geld boten sie den Bauern Bräute an, darunter auch Ausländerinnen. So mancher Landwirt zahlte hohe Summen – für nichts.



In einer bundesweit verbreiteten Zeitung für die Landwirtschaft („Landtechnische Zeitschrift") konnten Mädchen, die sich für einen Bauern interessierten, kostenlos inserieren. 30 junge Landwirte kamen auf diesem Wege zu einer Ehegefährtin. Der Bauernverband will sich in Zukunft der ehelos gebliebenen Agrarier stärker als bisher annehmen. Eine bundesweite Ehevermittlung mit hauptamtlicher Mitarbeiterin und Computer soll für Abhilfe sorgen.

Warum unternehmen die jungen Bauern nicht selbst mehr, um eine Lebensgefährtin zu finden? Auf einer Podiumsdiskussion des bayerischen Bauernverbands wurden auch auf solche Einwände Antworten gegeben. Die meisten Bundesbürger finden ihre Zukünftige am Arbeitsplatz. Und hier ist der Bauer klar im Nachteil. Er ist, wie es ein Diskussionsteilnehmer plastisch ausdrückte, auf seinem Acker „Alleinunterhalter". Tagsüber sitzt er allein auf seinem Traktor und am Abend geht er allein ins Bett.

War das früher anders? Diese Frage von Tagungsteilnehmern wurde von einem jungen Bauern humorvoll beantwortet: Damals nahmen sich ledige Jungbauern kurzerhand nachts eine Leiter und stiegen zum Fenster der Angebeteten hinauf. Nicht wenige Ehen seien durch dieses „Fensterln" nach altem bayerischen Brauch zustande gekommen. Und gefensterlt wurde nicht nur in Bayern.

Die Bauernverbände haben erkannt, daß ihnen hier eine wichtige Aufgabe zugewachsen ist: Der Berufsstand des Bauern muß klarer dargestellt, sein Ansehen verbessert werden. Die Tagungsteilnehmer beklagten, zu oft werde der Landwirt als jammernder Subventionsempfänger, gar als Giftspritzer und Landschaftszerstörer dargestellt. Auch müsse das Bild der Bäuerin wirklichkeitsgetreu dargestellt werden. Die junge Bäuerin von heute sei eine berufstätige Frau wie andere auch. Die früh gealterte Landfrau gehöre längst der Vergangenheit an. (dpa)

WETTER: Leicht veränderlich

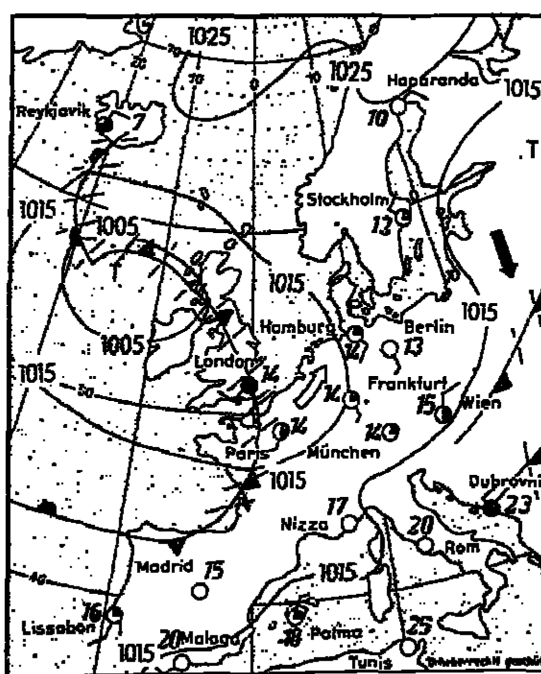
Lage: Nach kurzem Zwischenhocheinfluß greifen Tiefausläufer in abgeschwächter Form von Frankreich her auf Deutschland über.

Vorhersage für Donnerstag: In der Osthälfte zunächst sonnig. Später auch hier wie bereits in der Westhälfte zunehmende Bewölkung von Westen her und nachfolgend strichweise Regen, vornehmlich im Norden und Nordwesten. Temperaturen zwischen 20 Grad im Nordwesten und 26 Grad im Süden. Nächtliche Tiefstwerte 12 bis 16 Gra

Weitere Aussichten: Am Freitag im Südosten noch stark bewölkt, sonst teils wolkig, teils heiter. Weiterhin warm. Am Samstag wechselhaft mit Schauern und etwas kühler.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.07 Uhr*, Untergang: 20.45 Uhr; **Mondaufgang:** 18.21 Uhr, Untergang: 0.10 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 14. Aug., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:					
Berlin	22	bw	Faro	25	wl
Bielefeld	18	bd	Florenz	30	bw
Braunlage	17	bw	Genf	20	he
Bremen	20	bw	Helsinki	17	he
Dortmund	21	he	Hongkong	30	bw
Dresden	20	bw	Innsbruck	21	he
Düsseldorf	22	he	Istanbul	30	he
Erfurt	20	bw	Kairo	33	he
Essen	20	he	Klagenfurt	25	he
Feldberg/S.	11	Ne	Konstanza	29	he
Flensburg	20	he	Kopenhagen	22	he
Frankfurt/M.	21	he	Korfu	32	wl
Freiburg	21	bw	Las Palmas	23	he
Garmisch	17	bw	Leningrad	19	he
Greifswald	21	he	Lissabon	26	he
Hamburg	19	he	Locarno	24	bw
Hannover	19	bw	London	19	bw
Kahler Asten	18	he	Los Angeles	17	bd
Kassel	19	bw	Luxemburg	15	bw
Kempten	17	he	Madrid	28	wl
Kiel	19	he	Mailand	28	he
Koblenz	23	bw	Malaga	27	he
Köln-Bonn	19	he	Mallorca	30	he
Konstanz	19	he	Moskau	21	he
Leipzig	–	–	Neapel	32	he
List/Sylt	18	bw	New York	–	–
Lübeck	19	bw	Nizza	27	he
Mannheim	22	bw	Oslo	17	he
München	16	bd	Ostende	19	bw
Münster	20	he	Palermo	29	wl
Norderney	19	bw	Paris	23	bd
Nürnberg	20	bw	Peking	31	he
Oberstdorf	19	he	Prag	21	he
Passau	17	bd	Rhodos	27	wl
Saarbrücken	17	bw	Rom	30	he
Stuttgart	19	bw	Salzburg	15	bw
Trier	18	bd	Singapur	30	bw
Zugspitze	4	Ne	Split	32	wl
Ausland:			Stockholm	15	Rs
Algier	35	he	Straßburg	20	bw
Amsterdam	20	he	Tel Aviv	31	wl
Athen	36	he	Tokio	28	bw
Barcelona	28	he	Tunis	33	he
Belgrad	31	wl	Valencia	28	he
Bordeaux	23	bw	Varna	31	he
Bozen	26	he	Venedig	27	he
Brüssel	16	bw	Warschau	15	R
Budapest	27	bw	Wien	19	bw
Bukarest	32	he	Zürich	20	he
Casablanca	24	he			
Dublin	14	bw			
Dubrovnik	29	wl			
Edinburgh	13	R			

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Post kommt mit dem Schnellboot

„Operation Zeitbrecher" / In Amsterdam geht ein Kurierdienst ungewöhnliche Wege

HELMUT HETZEL, **Amsterdam**

Hollands Biermillionär Alfred „Freddie" Heineken saß auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol bereits in der Maschine Richtung Paris, als er feststellte, daß er wichtige Geschäftsunterlagen in seinem Büro an der Stadhouderskade vergessen hatte. Anruf genügte. Ein Fall für den VDV-Kurier. Denn nun begann für den superschnellen Kurierdienst, der neuerdings sogar mit Schnellbooten durch die idyllischen Grachten der niederländischen Großstadt jagt, die „Operation Zeitbrecher".

Im Nu war eines seiner Schnellboote über Funk informiert und in Richtung Stadhouderskade gestartet und nahm von dem bereits wartenden Heineken-Büroboten die Unterlagen für den Chef entgegen.

Rechtzeitig am Flughafen Schiphol abgeliefert

Mühelos und ohne im Verkehrsstau einer Gracht steckenzubleiben, legte das Schnellboot in wenigen Minuten den Weg, der bisher Rundfahrtbooten mit Touristen vorbehalten war, zurück. Am Stadtrand, wo der Grachtengürtel endet, übergab das Schnellboot den für Herrn Heineken bestimmten Aktenkoffer einem Motorradkurier. Der brachte die wichtige Post noch rechtzeitig vor Abflug der Maschine nach Schiphol und lieferte sie bei Alfred Heineken ab. Die „Operation Zeitbrecher" war erfolgreich abgeschlossen. Sie war nur möglich dank des Einsatzes eines Grachtenschnellbootes.

Jeder, der einmal mit seinem Wagen in einer der reizvollen, aber auch engen Grachten stand und weder vorwärts noch rückwärts konnte, dabei durch das lange Warten immer wütender wurde, weil irgendein Kombi in aller Ruhe ent- oder beladen wurde – jeden, der das einmal erlebt hat, wird die Idee mit dem Grachtenschnellboot sofort faszinieren. Und aus diesem Grund wurde denn auch dieses neuartige Beförderungssystem in Amsterdam geboren.

„Ich war wieder einmal in einer der Grachten mit meinem Wagen eingeklemmt, hatte eilige Kurierpost zu befördern, die Zeit lief mir buchstäblich davon. Als ich eines dieser Rundfahrtboote vorbeituckern sah, da kam mir diese Idee: Schnellboote", beschreibt Cor van der Voort seinen in Holland bislang einmaligen Beförderungsdienst. Das Schnellboot als Kurierfahrzeug auf der Gracht war geboren. Es war gleichzeitig auch das einzige noch fehlende Glied in der Kette des landesweit operierenden VDV-Kurierdienstes. „Wir arbeiten momentan hauptsächlich für die Medien-, Platten- und Filmbranche", sagt der 29jährige Jungunternehmer, der zusammen mit seinem Bruder, der seinerzeit arbeitslos war, den Kurierdienst vor rund neun Jahren „aus dem Nichts heraus" startete. Heute gebieten die Gebrüder van der Voort über eine ganze Flotte von Kurierfahrzeugen aller Art, haben 70 festangestellte Mitarbeiter und 50 Teilzeitkräfte, sind sieben Tage und 24 Stunden am Tag mit ihrem Transportservice „am Ball" – und sie sind weiter auf Expansionskurs.

Künftig auch auf dem deutschen Markt

„Wir wollen künftig auch auf dem deutschen Markt aktiv werden und suchen dafür noch geeignete Partner in der Bundesrepublik", umschreibt van der Voort seine Expansionsgedanken. Mit Österreich, besser gesagt mit einem ganz berühmten Österreicher, nämlich mit dem Wiener Pop-Star Falco, läuft das Geschäft bereits blendend. Wenn Falco, der von zwei Niederländern gemanagt wird, in einem bei Hilversum gelegenen Studio gerade die letzten Töne für seine neue Platte eingespielt hat, dann sind bereits wenige Minuten später die VDV-Leute mit den fertigen Bändern unterwegs und sorgen dafür, daß eine Hamburger Plattenfirma sie rechtzeitig vorliegen hat, damit der neue Falco-Sound in den berühmten schwarzen Rillen unverzüglich an den Markt und auf die Plattenteller der Musikfans gelangen kann.

ZU GUTER LETZT

Ein Licht auf die Zuverlässigkeit der britischen Hofberichterstattung wirft die Auswertung eines französischen Auslandskorrespondenten der Jahre 1958 bis 1972. In dieser Zeit war die Queen laut Boulevardpresse 92mal schwanger. Sie erlitt neun Fehlgeburten, 149 Unfälle und 73 schwere Ehekrisen.